Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Nr. 47 – 21. November 2009

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Ist da ein Anflug von Ratlosigkeit in den Augen? Vizekanzler und Kanzlerin am Rande der Kabinettsklausur in Meseberg. Bild: pa

Löcher und Baustellen

Auch die Kabinettsklausur in Meseberg hat kein Aufbruchsignal gebracht

Die neue Bundesregierung weiß, dass ihre ersten Schritte wenig gelungen waren. Auf der Kabinettsklausur in Meseberg sollte nun „nachgebessert“ werden. Doch zumindest der Auftakt des Treffens taugte nicht als Aufbruchsignal.

Zu der Serie wenig gelungener erster Schritte der neuen Bundesregierung sind in den letzten Tagen weitere hinzugekommen: Ungewöhnlich barsch hat die Bundeskanzlerin den völlig berechtigten Hinweis der fünf „Wirtschaftsweisen“ abgebügelt, für Steuersenkungen seien kaum Spielräume vorhanden, vor allem aber fehlten im Koalitionsvertrag jegliche Hinweise auf Ausgabensenkungen.

Dann die beiden Gipfel in Rom und Kopenhagen. In Rom ging es um die Welternährung, fast jeder siebte Erdenbürger hat zumindest qualitativ nicht die Ernährung, die er benötigt. Die Bundesregierung tut anerkennenswert viel auf diesem Feld, sowohl bei der humanitären Hilfe in Katastrophenfällen als auch bei der langfristigen Förderung der Landwirtschaft in den von Unterernährung betroffenen Ländern. Die Leistungen dafür können sich sehen lassen, und gerade weil das so ist, bleibt schwer verständlich, warum die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Ilse Aigner, den Gipfel in Rom unbedingt schönreden musste, anstatt ein weitgehend ergebnisloses Treffen auch als solches zu bezeichnen.

> Erstaunlich blass blieben die Formeln aus Meseberg

Bei diesem Gipfel ging es um das Prestige einer Vertrauten der Bundeskanzlerin, beim Klimagipfel in Kopenhagen geht es demnächst um das Ansehen der Bundeskanzlerin persönlich. Nicht erst seit ihrer Wahl zur Regierungschefin hat sie den Klimaschutz weit oben auf die Agenda internationaler Treffen gesetzt. Schon als Bundesumweltministerin unter Helmut Kohl hatte sie dieses Thema massiv forciert. Das Kyoto-Protokoll, für das nun eine Nachfolgeregelung gesucht wird, trägt ihre Handschrift und wäre ohne ihre geschickte Diplomatie kaum zustande gekommen.

Nun hat die Kanzlerin viel Ansehen investiert, indem sie erklärte, persönlich nach Kopenhagen zu fliegen, um die Dinge voranzubringen. Gelingt es ihr, dann wäre das eine für sie kostbare Entlastung angesichts des überaus steinigen innenpolitischen Feldes. Bringt ihre Reise nach Kopenhagen im Dezember hingegen keine Erfolge, dann könnten Merkels noch starke Umfragewerte indessen rasch einen Knick bekommen. Viel zu wenig kommt innenpolitisch voran: Bundeshaushalt, Steuern, Gesundheit – Löcher und Baustellen, wohin man blickt.

Die Formeln der Regierungsspitze angesichts dieser Lage in Meseberg waren irritierend blass: „Wir sind hier zusammengekommen, um die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu schaffen, mit der wir die schwierigen Probleme des Landes lösen können“, erklärte Merkel. „Dazu gehört die schnelle Aufstellung eines Haushaltes, damit wir dann auch investieren können.“ Eine wirklich tatkräftige Regierung formuliert nun mal ganz anders. *K. Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

Das Symbol

Der Streit um die Frage, ob BdV-Präsidentin Erika Steinbach sozusagen am Katzentisch ein klitzekleines bisschen mitreden darf über die künftige Ausgestaltung des von ihr initiierten, unterdessen zweimal umbenannten „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin hat sich zur ersten echten Kraftprobe in der neuen, christlich-liberalen Bundesregierung ausgewachsen.

Fest steht: Wie immer Bundeskanzlerin Merkel persönlich oder aber die Bundesregierung als Ganze in einer Abstimmung am Kabinettstisch am Ende entscheiden wird, es wird „politsch Beschädigte“ geben: Zu massiv haben CSU-Chef Horst Seehofer einerseits („ohne Wenn und Aber“) und FDP-Chef Guido Westerwelle andererseits („Veto!“) verbal aufgerüstet und öffentlich Position bezogen.

Die Höhe dieser Einsätze im tagtäglichen Poker der Parteipolitik steht im absurden Kontrast zum strittigen Gegenstand: Im geplanten Zentrum kann ja letztlich sowieso nichts gezeigt werden, was der Bundesregierung nicht schmecken würde, dafür sorgt das Statut der doppelt verschachtelten Stiftung. Auch Auswirkungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen sind so oder so kaum zu erwarten, weil die dortige Politik die Polemik gegen Steinbach wohlweislich eingestellt hat.

Warum dennoch der jetzige Streit mit so enorm hohen Einsätzen? Das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin und die Besetzung seines Beirats sind zum Symbol geworden – zum Symbol für den Grad an Aufrichtigkeit oder aber Unaufrichtigkeit Deutschlands und seiner politischen Klasse im Umgang mit dem verlorenen Viertel unseres Vaterlandes.

Offene Worte an die Nation

Botschaft des russischen Präsidenten Medwedew – tiefgreifende Modernisierung

Immer wieder schwenkten die Fernsehkameras zu Wladimir Putin, der mit versteinerter Miene in der ersten Reihe des vollbesetzten Kremlsaals saß, als Präsident Dmitrij Medwedew seine Botschaft zur Lage der Nation verlas. Der Präsident sprach kritische Worte; besonders sein vernichtendes Urteil über die Politik seit dem Ende der Sowjetunion dürfte seinem Amtsvorgänger Putin und den ihn umgebenden Politikern nicht gefallen haben. Medwedew nannte die wirtschaftliche Rückständigkeit, die tief verwurzelte Korruption, die Obrigkeitsgläubigkeit des Volkes und das Bestreben, alles Übel dem Ausland anzuhängen als Hinderungsgründe für eine positive Entwicklung des Landes. Das Verharren in der Rohstoffabhängigkeit sei wie eine Droge, an die man sich gewöhnt habe.

Doch damit soll nun Schluss sein. Medwedew forderte eine pragmatische Politik und erteilte Nostalgie und auf Vorurteilen beruhenden Aktivitäten eine Absage. Im vergangenen Jahrhundert konnte die Sowjetunion zwar Erfolge im Weltraum, in der Raketen- und Atomtechnik verzeichnen, doch unter diese Vergangenheit will Medwedew nun einen Schlussstrich ziehen. Es gelte, Russlands Platz in Europa neu zu definieren. Ihm schwebt eine allumfassende Modernisierung vor, basierend auf den Werten der Demokratie. Der zentrale Punkt der Präsidentenrede gilt der Auflösung der Staatskonzerne, weil sie insgesamt perspektivlos seien. Ziel sei es, Russland für ausländische Investoren und Fachleute wieder interessant zu machen. Rentable Konzerne sollen in Aktiengesellschaften umgewandelt, unrentable aufgelöst werden. Neben diesem Punkt

> Staatskonzerne sollen umgewandelt werden

– die Zentralisierung der Schlüsselindustrien war ein Kernziel Putins – nimmt Medwedew die Entmachtung der Regionalparlamente zurück. Kleinen Parteien soll der Zugang zur Duma erleichtert werden, die bisherige Sieben-Prozent-Hürde wurde wieder auf fünf gesenkt. Medwedew setzt auf Investitionen in Industrie, Infrastruktur und Technik, was zum Großteil staatliche Ausgaben und auch Subventionen voraussetzt. Selbst der entlegenste Ort in Sibirien soll schnelle Internetzugänge bekommen.

Westliche Medien sehen in der Rede ein Indiz, dass Medwedew sich von den Fesseln seines Mentors Putin löst und für eine eigene Politik eintritt. Viele Russen halten seine Thesen zur Wirtschaft indes für widersprüchlich. Offen blieb, welche der sieben Staatskonzerne die Umstrukturierungspläne treffen sollen. Experten unken, erst wenn es Medwedew gelänge, die Einfuhrzölle für Autos zu senken und den Protektionismus für marode Betriebe wie beispielsweise „Avtovaz“ zu beenden, würde er tatsächlich die Macht ausüben. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Ohne Beschlüsse

Nach dem Welternährungsgipfel in Rom

Am Mittwoch endete in Rom der dreitägige Welternährungsgipfel. Während der weltweite Hunger vor einigen Jahren bereits weitgehend überwunden schien, gelten heute wieder bis zu eine Milliarde Menschen als unterernährt. Nach Angaben des Generalsekretärs der Welternährungsorganisation FAO, Jacques Diouf, wäre das Problem mit 30 Milliarden Dollar jährlich zu lösen. Kurz vor Ende des Gipfels mit rund 1000 Delegierten aus 190 Staaten zeichnete sich jedoch ab, dass keine konkreten Beschlüsse gefasst werden würden. Allerdings soll nach dem Willen des Gipfels das von der Uno bereits 1966 kodifizierte „Recht auf angemessene Ernährung“ rechtlich und politisch gestärkt werden.

> Auch allzu niedrige Preise sind heikel

Auch wenn sich die Delegierten nicht auf konkrete Maßnahmen einigen konnten, so hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) den Gipfel dennoch als „Startschuss für eine neue Struktur der internationalen Zusammenarbeit in der Welternährung“ gewürdigt.

Das Ernährungsproblem ist um einiges vielschichtiger als oft angenommen. Beispielsweise hat die Phase der niedrigen Lebensmittelpreise in den 90er Jahren die Agrarproduktion gedrückt und Landflucht verursacht. *K. B.*

MELDUNGEN

Iranische Bombe

Moskau/Ankara – Haben sich Russland und die Türkei als direkte Nachbarn bereits mit einem nuklear bewaffneten Iran abgefunden? Vor wenigen Tagen verblüffte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan mit einer Reise nach Teheran (die *PAZ* berichtete), bei der er die Warnungen vor nuklearen Ambitionen des Landes zur Freude iranischer Offizieller als „Klatsch" abtat. Der einflussreiche russische Politologe Aleksej Puschkow wiederum fragte im Interview mit der Tageszeitung „Die Welt": „Können wir den Iran zwingen, auf Atomrüstung zu verzichten? Vielleicht müssen wir lernen, mit einem nuklearen Iran zu leben." *K.B.*

LO-Sprecher widerspricht

Berlin – Im Streit um die Berufung von Erika Steinbach in den Beirat des geplanten Vertriebenenzentrums hat der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt eine weitgehende Äußerung gemacht. „Ich sage ganz klar: Wenn ihre Nominierung durch den BdV nicht akzeptiert wird, ziehen wir uns aus dem Stiftungsrat zurück", erklärte er Anfang vergangener Woche im „Handelsblatt". Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Wilhelm v. Gottberg, wies diese Äußerung zurück. „Diese Entscheidung liegt allein beim Präsidium des BdV, aber nicht bei Herrn Posselt, der diesem Gremium gar nicht angehört." Zum Zeitpunkt der Äußerung von Posselt sei sogar noch unklar gewesen, ob und wenn ja wann der BdV Frau Steinbach letztlich nominieren würde. Er selbst, so v. Gottberg, glaube fest an ein Zustandekommen des Zentrums unter Mitwirkung des BdV. *PAZ*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Treuespende e. V. bei

Die Schulden-Uhr:

Bundesrat mahnt Bund

Länder und Kommunen sind erzürnt, weil der Bund sich nicht an den steigenden Kosten für Miete und Heizung von Arbeitslosen beteiligen will. Obwohl die Kosten 2010 um mindestens 2,4 Prozent steigen werden, will Berlin wie in diesem Jahr 3,7 Milliarden Euro zuschießen. Das entspricht derzeit einem Anteil von 26 Prozent der Gesamtkosten, der aber 2010 aufgrund der steigenden Ausgaben auf 23,6 Prozent sinken dürfte. Nun fordert der Bundesrat, der auf Seiten der Länder und Kommunen steht, mehr Geld vom Bund für die Miet- und Heizkosten von Langzeitarbeitslosen. Außerdem wird kritisiert, dass sich der Bund bei seinen Berechnungen nicht an den tatsächlichen Kosten, sondern nur der Zahl der Hartz-IV-Haushalte orientiert. *Bel*

1.637.904.007.910 €

Vorwoche: 1.635.254.606.837 €
Verschuldung pro Kopf: 19 960 €
Vorwoche: 19 928 €

(Dienstag, 17. Oktober 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Der Ball liegt jetzt bei Merkel

BdV hält an Benennung von Erika Steinbach fest – Auch Michael Wolffsohn weist Polemik zurück

Der Streit um die Benennung von Erika Steinbach für den Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" schwelt weiter. Der BdV hat auf seiner Präsidiumssitzung am Dienstag die Bundesregierung zur Klärung ihrer Position aufgefordert. Die Frage des selbstbestimmten Nominierungsrechtes sei ein „Demokratietest".

Schon in den Tagen davor hatten die kleineren Koalitionsparteien FDP und CSU immer deutlicher Stellung bezogen: Guido Westerwelle wies mit immer neuen, immer gegriffeneren „Argumenten" eine Berufung der verdienten Menschenrechtspolitikerin zurück, die CSU stellte sich nochmals mit eindeutigen Worten hinter die Berufung der CDU-Bundestagsabgeordneten, der ein freundschaftlicher und direkter Draht zur Bundeskanzlerin nachgesagt wird. Merkel aber hielt sich – zumindest bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung – restlos bedeckt, was bei den Betroffenen umso mehr Überraschung und auch Irritation auslöste, als die Kanzlerin in den zurückliegenden Monaten etliche Vertriebenentreffen besuchte, damit ihre Nähe zu den Vertriebenen zumindest optisch zu erkennen gab und genug Gelegenheit hatte, ihre Parreifreundin Steinbach in dieser Sache klar zu unterstützen.

Da diese Klarstellung auch in den Tagen vor der BdV-Präsidiumssitzung ausblieb, begannen in Berlin bereits Spekulationen: Ob der BdV die Nominierung von Frau Steinbach womöglich zurückziehen und Merkel damit eine späte Stellungnahme (mit Ärger bei diesem oder jenem Koalitionspartner) ersparen würde? Immerhin hatte Erika Steinbach in den zurückliegenden Monaten beiläufig schon einmal erklärt, es sei nicht ihr Berufsziel, „Museumsdirektorin" zu werden. Allerdings entschied der BdV letztlich anders. Nach der Sitzung des Präsidiums in Frankfurt veröffentlichte der Verband folgende Erklärung, die wir nachfolgend im Wortlaut dokumentieren:

„BdV-Präsidium fordert Bundesregierung zur Klärung auf: Selbstbestimmtes Nominierungsrecht ist Demokratietest!

Das BdV-Präsidium hat auf seiner Sitzung am 17. November 2009 in Frankfurt einstimmig beschlossen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, während ihrer Klausurtagung in Schloss Meseberg den Weg für die Umsetzung des selbstbestimmten Nominierungsrechts des BdV für die komplette Besetzung des Stiftungsrates der Stiftung ‚Flucht, Vertreibung, Versöhnung' zu ebnen.

Es ist ein Demokratietest für unser Land.

Die gegen eine Berufung von BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB, angeführten Argumente weisen wir zurück. Wir stehen uneingeschränkt hinter ihr. Das BdV-Präsidium hält an ihrer Benennung fest."

Damit liegt die „heiße Kastanie" nun also mitten auf dem Berliner Kabinettstisch. Die Statuten der unselbständigen Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" sehen nämlich drei Sitze für den BdV mit ensprechendem Nominierungsrecht vor. Die eigentliche Entscheidung liegt dann zwar bei der Bundesregierung, es ist jedoch fester Usus in der Demokratie, dass die Nominierung durch den betroffenen Verband von der Bundesregierung durch eine entsprechende Bestellung respektiert wird, wenn nicht zwingende Gründe dagegen sprechen. Eben davon kann aber – außer in den Phantasien einiger polnischer Nationalisten und den taktischen Spielen ihrer Helferinnen und Helfer in der Bundesrepublik – im Falle von Frau Steinbach ernstlich nicht die Rede sein.

Westerwelle erinnert an eine Erklärung von 1991

Auch nach Einschätzung des BdV-Vizepräsidenten Wilhelm v. Gottberg liegt mit dem Beschluss des BdV-Präsidiums der Ball nun bei der Bundesregierung. Falls von deren Seite noch Klärungsbedarf bestehe, so v. Gottberg gegenüber der *PAZ*, würde der BdV eine Gesprächseinladung gewiss annehmen.

Auch Frau Steinbach selbst betonte die Gesprächsbereitschaft und auch Geduld des BdV. Sie halte es „für klug, dass die Bundesregierung auf ihrer ersten Klausur in Meseberg Zeit hat, ihre Positionen zu beraten", erklärte Steinbach nach der Präsidiumssitzung. Damit solle das Kabinett die Möglichkeit bekommen, eine „menschenrechtskonforme Lösung zu finden, die den vielen Freiheitspostulaten im Koalitionsvertrag entspricht", stichelte Steinbach in Richtung der FDP und ihres Parteichefs Westerwelle.

In der breiten Diskussion um das Bennennungsrecht des BdV hat nun auch der Historiker Michael Wolffsohn Stellung genommen. Der Dozent an der Münchner Bundeswehruniversität ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der von Steinbach angeführten BdV-nahen „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen", auf die die ganze Idee zurückgeht. Wolffsohn lobte nun die „Engelsgeduld von Erika Steinbach". Die Politikerin stehe „für einige offenbar als Dauerfußmatte zur Verfügung". Auch Wolffsohn übte Kritik an Westerwelle, ohne dessen Namen zu nennen. Von einem liberalen Politiker erwarte er „Rationalität und Fairness", nicht aber, dass sich der Außenminister „auf dem Rücken der Vertriebenen" zu profilieren versuche.

Einen ganz neuen Aspekt hat Westerwelle zuletzt mit dem Hinweis aufgeworfen, dass Frau Steinbach im Oktober 1991 gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als neuer deutsch-polnischer Grenze gestimmt hatte. Tatsächlich lehnte Frau Steinbach zusammen mit zwölf weiteren Abgeordneten von CSU und CDU den Vertrag seinerzeit ab, weil noch „keine befriedigenden Lösungen" für die „berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und der jenseits von Oder und Neiße lebenden Deutschen" gefunden worden seien, wie es in einer zusätzlichen Erklärung der 13 Abgeordneten heißt. Dies gelte „insbesondere für die Verwirklichung des Rechtes auf Heimat sowie für eine einvernehmliche Regelung der durch den Vertrag offen gebliebenen Eigentums- und Vermögensfragen". Bundesaußenminister Westerwelle (FDP) hat nun ungewollt auch daran erinnert. *Konrad Badenheuer*



„Zeit für eine menschenrechtskonforme Lösung": Erika Steinbach (r.), Wilhelm v. Gottberg (l.), Oliver Dix (Mitte) und Alfred Herold (halb verdeckt) bei der Sitzung des BdV-Präsidiums am Dienstag in Frankfurt. Bild: ddp

Test für die Demokratie

Kosovo: Serben boykottierten weitestgehend die Wahl

Am vergangenen Wochenende fanden die ersten Wahlen im Kosovo seit der einseitig proklamierten Unabhängigkeit vom Februar 2008 statt. Sie wurden allseits als „Demokratie-Test" angesehen. 1,5 Millionen Wahlberechtigte sollten die politischen Vertreter von 36 Kommunen wählen. 74 Parteien, Wählergruppen und Einzelkandidaten buhlten um die Stimmen, 5000 Polizisten wachten über 2250 Wahllokale, 21 000 ausländische und heimische Beobachter über regulären Wahlverlauf.

Der Wahlkampf tönte vor abenteuerlichen Versprechungen der amtierenden Spitzenpolitiker, vor zehn Jahren „Kommandanten" der terroristischen UCK. Premier Hashim Thaci sagte Hunderte Millionen Entwicklungsgelder für Gemeinden zu – ohne zu sagen, woher das Geld kommen sollte.

Das Kosovo war immer ein ökonomisches Sorgenkind, jetzt bescheinigte ihm am Vorabend der Wahlen US-Botschafter Christopher Dell, „unfähig für eigenständige Existenz" zu sein, weswegen die internationale Gemeinschaft noch mindestens zehn Jahre präsent bleiben müsse. Das Kosovo steht seit 1999 unter UN- und Nato-Verwaltung und hat das Jahrzehnt seither als Phase des Niedergangs erlebt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 70 Prozent, laut Weltbank leben 60 Prozent der Menschen im Elend. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2008 1300 Dollar pro Kopf und Jahr, was dem Niveau Ghanas entspricht. 2009 ließ die Weltwirtschaftskrise Investitionen im Kosovo gegen Null gehen. Das Kosovo „lebt" von Kriminalität und Schmuggel, weil es kaum Industrie und nur kleinwirtschaftliche Agrarproduktion aufweist. Desaströs ist seine Handelsbilanz, die 2008 Exporte in Höhe von 196 Millionen Euro auswies, aber Importe von knapp zwei Milliarden Euro.

Die internationale Gemeinschaft muss noch lange bleiben

Fünf EU-Staaten haben Kosovos Unabhängigkeit nicht anerkannt, aber Deutschland zerreißt sich für die Region: Zusage von 200 Millionen Euro auf der Geberkonferenz im Juli 2008, 2800 Bundeswehrsoldaten stehen im Kosovo.

Boris Tadic, Serbiens Präsident, war am Tag nach der Wahl in Berlin, um Kanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle sein Land in Erinnerung zu rufen: Serbien sei einer der besten Balkan-Partner Deutschlands und habe durch seine Reformpolitik seine Position noch verbessert. Serbien werde indes keine Unabhängigkeit seiner Südprovinz Kosovo anerkennen und werde dabei von Russland unterstützt, Belgrad hat gegen die Unabhängigkeit vorm Internationalen Gerichtshof geklagt.

Etwa 100 000 Serben leben noch im Kosovo – kompakt im Norden, wo die Wahlen boykottiert wurden, und in kleineren Zentren im Landesinneren, wo im Zuge der Dezentralisierung fünf neue serbische Gemeinden entstanden. Dort gab es eine symbolische Wahlbeteiligung von Serben, da sie die Voraussetzung lokaler Selbstbestimmung war. Belgrad hatte zum Wahlboykott geraten, aber die lokalen Serben suchten ihre Chance. Die ist gering, denn in den Gemeinden, albanischen wie serbischen, regieren die albanischen UCK-Bosse, die das dicke Geld haben. Bei Redaktionsschluss der *PAZ* führte die Partei von Ministerpräsident Hashim Thaci. *Wolf Oschlies*

Teurer Schutz

Klimaschutz: Ökonomen warnen vor Kosten

Obwohl Angela Merkel nicht beim Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforum (Apec) am vergangenen Wochenende dabei war, so war es doch das Treffen, das die Kanzlerin dazu bewegte, den Klimagipfel in Kopenhagen zu besuchen. Eigentlich hatte sie die Mitte Dezember beginnende Konferenz nicht besuchen wollen, da sie der ganzen Veranstaltung wenig Aussicht auf Erfolg zusprach. Doch nun sind es gerade die geringen Erfolgsaussichten, die die Deutsche dazu motivieren, zumindest für die letzten zwei Tage der fast zweiwöchigen Veranstaltung anzureisen.

EEG benachteiligt deutsche Wirtschaft

Merkel hofft, einen vollkommenen Fehlschlag abzuwenden, obwohl die 21 Apec-Staaten, zu denen auch die USA, Russland und China gehören, bekundet haben, dass sie lediglich eine Absichtserklärung in Kopenhagen abgeben wollen. Doch Merkel verlangt gerade von diesen Staaten, die zwei Drittel der Treibhaus-Emissionen produzieren, deutliche Ziele.

„Damit meine ich eine klar benannte CO_2-Reduzierung für die Industrieländer bis 2020 und 25 bis 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent, die rechtliche Überprüfbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen und die finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer", bestätigte der deutsche Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) dieser Tage Merkels Vorstellungen.

Derweil stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Frage. Zwar würden inzwischen 15 Prozent des deutschen Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen, doch das führe zu einem Überangebot der der EU zugeteilten CO_2-Verschmutzungsrechte, was wiederum deren Preis drücke. Dies habe zur Folge, das europäische Wettbewerber günstiger an die Verschmutzungsrechte kämen. Und so würden also die elf Prozent, die Deutschland an CO_2-Emissionen spart, dann von anderen EU-Ländern ausgestoßen. Und während sich durch das EEG die deutschen Strompreise um etwa drei Prozent erhöhten, sanken sie in den anderen europäischen Ländern um fünf bis acht Prozent. *Bel*

Sie kuschen

Von HARALD FOURIER

Vielleicht war es 1968 etwas Tolles und Neues, wenn Studenten demonstriert und spektakuläre Aktionen für oder gegen was auch immer durchgeführt haben. Aber heute haut das niemanden mehr vom Hocker. In Berlin wurden wieder Hörsäle besetzt – in der Humboldt- und in der Freien Universität. Es ist für Nicht-Studenten noch nicht einmal verständlich, worum es überhaupt geht. In Berlin demonstrieren die Studenten zum Beispiel gegen Studiengebühren. Aber die gibt es in der von SPD und Linken regierten Stadt gar nicht. Wie können die gegen etwas streiken, was sie nicht betrifft? Nun gut, damals haben sie auch gegen den Krieg in Vietnam demonstriert. Der Vietcong von heute ist eben der Kommilitone aus einem CDU-geführten Bundesland mit Studiengebühren. Logisch, nicht wahr?

Außerdem geht es gegen die Murks-Reform, mit der die „Bachelor"-Studiengänge eingeführt wurden, also um die Organisation des Studiums, die in den letzten Jahren nach internationalen Richtlinien verändert wurde. Protest dagegen ist durchaus berechtigt, aber so?

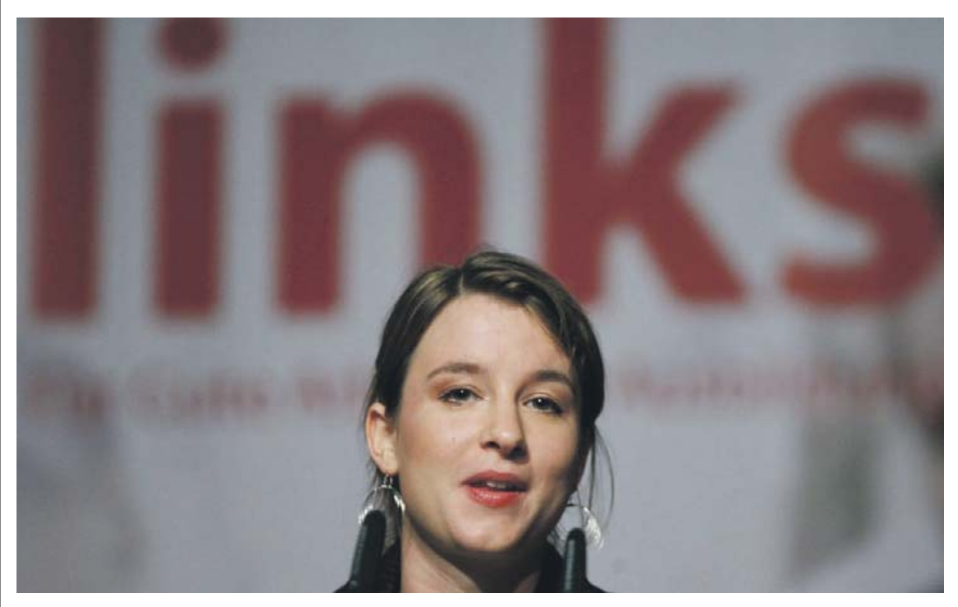
Besonders merkwürdig ist das Verhalten von Politik und Universitätsleitung. Längst sind die 68er und ihre Nachkommen, die seit 40 Jahren Studentenproteste selbst organisiert oder mit Sympathie verfolgt haben, in den Führungspositionen angekommen. Deswegen kommt von ihnen gegen Hörsaalbesetzungen kein Widerstand, sondern Zustimmung! So räumt Margret Wintermantel, die Chefin der Hochschulrektorenkonferenz, reuig ein, es gebe Nachbesserungsbedarf bei der Studienreform. Was sie damit meint? Na, was schon: Die Unis bräuchten mehr Geld. Und Henry Tesch (CDU), Kultusminister von Mecklenburg-Vorpommern, beteuert: „Ich verstehe die studentische Kritik." Entgegenkommen auch vom bayerischen Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP), der die Studenten-Aktionen sogar als Ausdruck von Meinungsfreiheit begrüßte.

Mit anderen Worten: Die Streikenden laufen bei den Mächtigen offene Türen ein, weil diese offenbar nicht den Schneid haben, sich den Forderungen der Studenten zu widersetzen.

Aber sind es überhaupt „die Studenten"? Schauen wir uns mal die Personen an, die den Hörsaal der Humboldt-Uni vor einer Woche besetzt haben: 800 Studenten seien auf der Versammlung gewesen, die den Streik beschlossen habe, verkünden stolz die Rädelsführer vom „ReferentInnen-Rat" (mit großem I). 800 von 34 000 Studenten insgesamt! Das sind noch nicht einmal drei Prozent. Vor dieser winzigen Zahl von Krawallmachern kuschen die Chefs der Humboldt-Uni, statt den Hörsaal einfach räumen zu lassen für Tausende, die dort jetzt nicht studieren können.

Verfassungsschutz warnt vor Links

Präsidentin Claudia Schmid: Sozialdemokraten sympathisieren mit gewaltbereiten Extremisten



Offen für linksextreme Gruppen: Juso-Chefin Franzsika Drohsel

Bild: ddp

In bislang ungekannter Deutlichkeit weist Berlins Verfassungsschutz auf die Gefahr von links hin. Behördenleiterin Claudia Schmid kritisiert zudem offen die Sympathie von Juso-Chefin Franziska Drohsel für Extremisten.

Das rot-rote Bündnis Berlins sieht sich angesichts brennender Autos genötigt, linksextreme Gewalt näher zu untersuchen – zum ersten Mal. Der Berliner Verfassungsschutz stellt Forschungen dazu jetzt in einer 84-seitigen Studie „Linke Gewalt in Berlin" dar. Entsprechende Untersuchungen zu Rechtsextremen gibt es längst. Der Blick nach links ist ein Novum, noch unscharf. Begleitend zur bemüht sachlichen Untersuchung richtet Berlins oberste Verfassungsschützerin Claudia Schmid ungewöhnlich deutliche Worte an die Politik. Auch den Vergleich von linkem mit rechtem Extremismus scheut die Juristin nicht. Die autonome Szene hat die Kampfansage aufgegriffen. Im Internet ruft sie dazu auf, den „Schlapphüten" zu zeigen, was vom Papier zu halten sei. Diesem Milieu zuzurechnende Steinwürfe auf Polizisten, Brandanschläge auf Autos und Attacken auf politisch Andersdenkende in den letzten sechs Jahren kommen in der Studie erstmals in vollem Umfang ans Licht. Fazit: „Revierverhalten", Gewalt vor allem in „linken" Stadtteilen, und „Kampf gegen Rechts" sowie „demonstrationsbezogene Gewalt" bestimmen das Bild. Wissenschaftlich betrachtet ist die Datenlage oft dürftig. Es fehlt an Verdächtigen, geschweige denn Überführten. Dort, wo „Linke" wohnen, wird allerdings am meisten gezündelt. Schmid ging nun in einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel" noch weiter. Sie kritisiert namentlich Politikerinnen für deren Nähe zu bekanntermaßen linksextremen Gruppen. Es könne prinzipiell nicht richtig sein, mit Autonomen gemeinsame Sache zu machen, so Schmid. „Zumindest sollten Parteien und Organisationen links von der Mitte, die sich auf die Bündnis-Politik von Linksextremisten einlassen, eine strikte Abgrenzung zu Gewalt vertreten", sagt sie, von der Zeitung auf die Bundesvorsitzende der SPD-Jugendorganisation Jusos, Franziska Drohsel (29), angesprochen. Drohsel zählt zum linken SPD-Flügel, sitzt im Parteivorstand, ist somit keine Außenseiterin. Sie engagierte sich lange bei der „Roten Hilfe", einem Sammelbecken Linksextremer. Der Verein taucht im Verfassungsschutzbericht auf und fordert die Freilassung sogenannter politischer Gefangener, RAF-Terroristen und anderer Linksextremer. Im November 2007 trat Drohsel, nur Tage nachdem ihre Mitgliedschaft thematisiert wurde, aus der „Hilfe" aus – nicht aus Einsicht, sondern damit die Jusos nicht wegen ihrer Beteiligung dort wahrgenommen werden, so die SPD-Politikerin. Schmid kritisiert nicht umsonst Politiker, die sich auf Linke-Bündnisse „einlassen". Drohsel forderte als eine der ersten ihrer Partei ein Bündnis mit der Linkspartei, sagt, der Sozialismus sei für sie „weiter ein Antrieb". Aktionistisch, jung, links außen und damit Trend – Drohsel ist ein rotes Tuch für Schmid, weil sie Gewaltbereiten in der linken Szene mindestens gleichgültig gegenübersteht, von Distanz keine Spur. Schmids Attacke gegen Drohsel zielt auch auf Berlins rot-rote Koalition, die erkennbar wenig Herzblut in die Studie investiert. Der Behördenleiterin reicht die von Rot-Rot als Ursache benannte wachsende Kluft zwischen Arm und Reich nicht als Erklärung, auch nicht die vermeintliche Entpolitisierung Linksextremer. Sie verweist ausdrücklich auf die Bundesebene, auf schlechte Vorbilder. Die Verfassungsschützerin greift die Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Inge Höger (59) für deren mangelnde Distanz zur „Militanten Gruppe" an. Höger habe sogar die Gewalt jener Gruppe gerechtfertigt, so Schmid. Dass Verfassungsschützer Politiker derart hart angehen, zeigt, wie es um die politische Unterstützung ihrer Arbeit bestellt ist. Als Datenschützerin hatte Schmid sich schon vor Amtsantritt 2001 um den Berliner Zweig der Behörde verdient gemacht, legte Versäumnisse offen. Sie ist die erste Frau in dieser Funktion in Berlin, galt bisher gerade der Politik als Hoffnungsträgerin – keineswegs nur Konservativen, auch wenn der damalige Innensenator der Spree-Metropole, Eckart Werthebach (CDU), sie berief. Nun muss sie, der eine politische Nähe zur FDP nachgesagt wird, die Verfassung auch gegen Politiker verteidigen, die wie Drohsel angesichts der NPD-Verbots-Debatte meinen, Verfassung sei das, was die Straße fordere. Vor Schmid traute sich das nur einer – Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Ihm pfiff Drohsel mit Trillerpfeife noch zu Agenda-2010-Zeiten in eine Ansprache. Seine Reaktion: „Wer pfeift, hat dicke Backen, aber nicht viel im Kopf".

Sverre Gutschmidt

> »Zumindest sollten Parteien, die sich auf die Bündnispolitik von Linksextremisten einlassen, eine strikte Abgrenzung zu Gewalt vertreten«

Bürgerwachen gefordert

Polizeigewerkschaft: Berliner sollen Autoabfackler selbst aufdecken

Falls die Entwicklung in Berlin wie bisher verläuft, kann es gut sein, dass Silvester das 300. Auto in diesem Jahr von linksradikalen Gewalttätern angezündet sein wird. Im Windschatten des „Kampfes gegen Rechts" hat sich eine linke Gewaltszene in der Stadt entwickelt. Das wollen immer weniger „normale" Bürger hinnehmen. Die Schraube der Gewalt scheint überdreht.

Nun hat der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Bodo Pfalzgraf, vorgeschlagen, freiwillige Bürgerwachen aufzustellen. Sie sollen durch Beobachtungen die Beweislage der Polizei und der Gerichte verbessern. Fakt ist, dass die Polizei offenherzig einräumt, dass es ihr unmöglich ist, das gesamte Stadtgebiet gegen Brandanschläge marodierender Linksextremisten zu schützen.

Dennoch ließ die Kritik von der DGB-Konkurrenz der DPolG (Gewerkschaft der Polizei, GdP), den Linken, Grünen und der SPD nicht lange auf sich warten. Pfalzgraf wird vorgeworfen, der Formierung einer Bürgerwehr das Wort zu reden. GdP-Sprecher Klaus Eisenreich nannte den Vorschlag gar „gefährlich". Die vom Aufwind der Meinungsumfragen beflügelte Berliner CDU unterstützt hingegen den Vorstoß. Kurt Wansner, der stadtbekannte Kreuzberger CDU-Abgeordnete, hegt für Pfalzgrafs Idee auch ganz persönlich motivierte Sympathien. Er selbst wurde bereits zweimal Opfer von Anschlägen.

Wansner: „Nachbarn sollten ihre Fahrzeuge dort parken, wo sie sie im Blick behalten und nachts auch regelmäßig Streife gehen." Aber nicht bewaffnet mit Pfefferspray und Schlagstock. „Ich will keine Schlägertrupps", so der CDU-Sicherheitsexperte. Als einziges Hilfsmittel empfiehlt er Mobiltelefon oder Funkgerät. „Damit im Notfall schnell die Polizei zu Hilfe geholt werden kann." Nachdem der resolute Wansner in der Vergangenheit ins Fadenkreuz gewaltbereiter Linksautonomer geraten ist und sich dennoch nicht einschüchtern ließ, musste er sich von Grünen-Abgeordneten Benedikt Lux fragen lassen, ob er Märtyrer werden wolle.

Der Kreuzberger Wansner macht sich Sorgen um den Ruf seines Bezirks und wirft der Polizei partielles „Wegsehen" insbesondere bei sehr teuren Autos vor: »Umso schlimmer, wenn dann führende Polizei-Beamte den Leuten indirekt vorwerfen, sie seien selbst schuld an den Brandanschlägen, wenn sie sich so teure Fahrzeuge kaufen."

Hans Lody

> SPD, Linke, Grüne und GdP strikt dagegen

Schlappe für Wowereit

Koalitions-Kandidatin für den Rechnungshof durchgefallen

Klaus Wowereit tröstete sich mit seinem guten Abschneiden auf dem Dresdener SPD-Parteitag über die schlimme Woche hinweg. Er erhielt das zweitbeste Stimmergebnis als stellvertretender Vorsitzender (89,6 Prozent). Ein „Überraschungs-Erfolg für Wowereit" sei dies, kommentierte die „Berliner Morgenpost".

Trotzdem ist seine Laune gedrückt. Klaus Wowereit und sein innerer Zirkel geben dieser Tage ihre Möglichkeiten durch für den Fall, dass der rot-rote Senat in Berlin zerbricht. Die Koalition wackelt wie noch nie zuvor.

Am Donnerstag vor einer Woche erlebte der Senat im Abgeordnetenhaus eine gewaltige Schlappe. Dort sollte die neue Präsidentin des Landesrechnungshofs gekürt werden. Zur Wahl stand Baustaatssekretärin Helga Dunger-Löper (SPD). Kritiker sehen die Unabhängigkeit dieses Gremiums in Gefahr, wenn ein Mitglied der Regierung auf den Chefsessel des Rechnungshofs wechselt und dort sogar die eigenen Entscheidungen nachträglich bewerten darf.

Nun trat der bereits im Vorfeld befürchtete schlimmste Fall (siehe *PAZ* 44/2009) tatsächlich ein: Wowereits Kandidatin Dunger-Löper fiel durch. Ihr fehlten in der geheimen Wahl zwei Stimmen aus dem Lager von SPD und Linkspartei. Seitdem stehen die Regierungsparteien unter Schockstarre.

Hektisch werden jetzt die „U-Boote" gesucht, die ihre Stimme verweigerten, aber bislang ohne Erfolg. Außerdem bemüht sich die SPD-Spitze um Schadensbegrenzung. Die könnte so aussehen, dass der Posten an die Grünen geht, damit die Oppositionspartei mit Ja stimmt. Verweigern sich die Grünen einem solchen Kuhhandel jedoch, wird es schwer für Wowereit. Verlöre er auch die Abstimmung über den nächsten Haushalt, so drohe ein Ende der Koalition, warnt der Fraktionschef der Linken, Udo Wolf.

Vor drei Jahren ist Klaus Wowereit schon einmal fast gescheitert. Bei seiner Wiederwahl 2006 fehlten ihm im ersten, geheimen Wahlgang ebenfalls zwei Stimmen. Ob es die selben Abgeordneten waren? Damals wurde die Sitzung des Parlaments kurzfristig unterbrochen. Die Nerven lagen blank: Es gab Abweichler im linken Regierungslager, die bis heute keiner kennt. Wowereit keifte auf dem Weg in seine Amtsräume aufgebracht ein Reporterteam von „Spiegel-TV" an. Ihm war anzusehen, wie heftig ihm die Schlappe in die Glieder gefahren war.

Markus Schleusener

> Zwei von Rot-Rot stimmten mit Nein

Zeitzeugen



Peter Hartz – Die von dem deutschen Manager und Ex-VW-Vorstandsmitglied geleitete Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ brachte nicht nur die Hartz-IV-Gesetze hervor. Die Hartz-I-Gesetze, die bereits 2003 in Kraft traten, regelten auch die Förderung der beruflichen Weiterbildung durch die Arbeitsagentur und führten den Bildungsgutschein (siehe Kasten rechts) ein.

Bernhard Jirku – „Langzeitarbeitslose haben so gut wie keine Chance auf Weiterbildung“, sagte der Referent für Sozialpolitik bei der Gewerkschaft ver.di dem „Tagesspiegel“. Er kritisiert den Umstand, dass Bildungsgutscheine nur noch selten an Langzeitarbeitslose und schwer vermittelbare Personen vergeben werden.



Klaus Heimann – Der Leiter der Abteilung Berufsbildung beim Vorstand der IG Metall hält das jetzige System für richtig, wenn auch verbesserbar. Der ehemalige Mitarbeiter im Bundesministerium für Bildung und Forschung ist gegen Kontrollen der Seminare. Es sei eine Frage, ob man ein Miss-trauens- oder Vertrauenssystem bevorzuge. Die IG Metall ist der größte politische Bildungsträger Europas. Jedes Jahr besuchen 2,5 Millionen Teilnehmer ein Seminar der IG Metall.

Ralf Nuglisch – Der Teamleiter beim Paritätischen Wohlfahrtsverband hält die Aussichten von Hartz-IV-Empfängern auf Weiterbildung derzeit für schlecht. Der Grund: Durch das Konjunkturpaket II werden nun auch zahlreiche Kurzarbeiter in Weiterbildungslehrgänge vermittelt. Vor allem in Süddeutschland konkurrierten Arbeitslose und Kurzarbeiter. Letztere hätten aber bessere Chancen.



Frank-Jürgen Weise – „Als Bundesagentur für Arbeit wissen wir“, so der Chef der Bundesagentur für Arbeit, „dass Qualifikation und Bildung die entscheidenden Schlüssel sind, um Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen beziehungsweise Arbeitslosigkeit so schnell wie möglich wieder zu beenden.“ Weiterbildung sei daher als vorbeugende Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit hoch einzuschätzen. Leider werde die Notwendigkeit lebenslangen Lernens in Deutschland verkannt. Im EU-Vergleich läge Deutschland bei der Weiterbildung im letzten Drittel.

Vermittlung unerwünscht?

Das Geschäft mit den Arbeitslosen: Weiterbildung ohne Konzept und staatliche Kontrolle

Masse statt Klasse lautet offenbar das Credo bei der Weiterbildung von Arbeitslosen. Zahlreiche Bildungsträger versuchen so viele Bildungsgutscheininhaber so lange wie möglich als Kunden zu halten.

Schon beim Überfliegen der eingegangenen Bewerbungen beginnt die Personalsachbearbeiterin einer Zeitarbeitsfirma mit dem Aussortieren. Anschreiben von Arbeitslosen, deren Ausbildung nur an der „Grone“-Schule erfolgte, werden sofort zurückgesandt. Im Laufe der letzten Jahre haben immer mehr Arbeitgeber die Erfahrung gemacht, dass das Niveau der Absolventen der „Grone“-Schule, die sich seit 1895 für die berufliche Qualifizierung von Menschen engagiert, und auch anderer für die Arbeitsagentur tätiger Bildungsträger gesunken ist. Das verwundert zwar auf den ersten Blick, ist das Angebot doch vielseitig und wird von der Nürnberger Behörde auch geprüft, doch unter der Oberfläche offenbaren sich zahlreiche Defizite.

Zwar wurde mit den Hartz-Gesetzen ab 2003 die von der Arbeitsagentur geförderte Weiterbildung (siehe Kasten) reformiert, auch wurden Qualitätsstandards eingeführt, doch danach geschah nichts mehr. Etliche Milliarden gab die Arbeitslosenversicherung 2008 für die Qualifizierung von Arbeitslosen aus, auch wenn für Weiterbildung nur 670 Millionen Euro ausgewiesen sind. Alles andere firmiert unter Formulierungen wie „vertiefte Berufsorientierung“. 2009 wird dieser Betrag noch steigen, da aufgrund der Wirtschaftskrise dieKurzarbeit zugenommen hat. Und auch Kurzarbeiter erhalten auf Kosten der Arbeitsagenturen Weiterbildungskurse.

Und so machten auch sie die Erfahrung, dass einige Kurse eher einer Beschäftigungstherapie gleichkamen als einer Qualifizierung. Da es keine allgemein gültigen Standards gibt, kann jeder Bildungsträger seine Kurse selbst gestalten. Doch jener Gestaltungsspielraum wird im Massengeschäft der Weiterbildung auch aufgrund mangelnder Kontrollen wenig genutzt. So berichten Dozenten, dass sie ohne Lehrplan in Kurse geschickt wurden. Was die jeweilige Lehrkraft dann unter Oberbegriffen wie „Finanzen“ versteht, kann von der Aufstellung eines Haushaltsplanes bis zur Erklärung der Bankenkrise reichen.

> Die Dozenten sind vor allem billig – Unterricht ohne Plan

Auch stellt das Lehrpersonal selber einen Schwachpunkt im System dar. Nur ein Teil hat eine Ausbildung für einen Lehrberuf durchlaufen beziehungsweise Lehrerfahrung. Überhaupt ist der Hauptanspruch an die Dozenten, dass sie billig sind. Um die zehn bis 15 Euro die Stunde erhalten sie, was zur Folge hat, dass vor allem an Unterbezahlung gewöhnte Sozialpädagogen oder Studenten diese Jobs übernehmen.

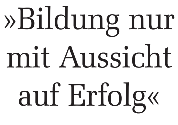
Trotz dieser Qualitätslücken laufen die Arbeitnehmervertreter, sprich die Gewerkschaften, nicht Sturm. Da sich unter dem Dach der Gewerkschaften auch Bildungsträger befinden, verdienen diese an dem jetzigen System mit. Gerade in Zeiten sinkende Mitgliederzahlen bieten Inhaber von staatlich finanzierten Bildungsgutscheinen eine willkommene Einnahmequelle. Das Interesse, die Seminarteilnehmer schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren und sie somit als „Kunden“ zu verlieren, ist daher bei den gewerkschaftlichen Bildungsträgern ähnlich wie bei den privaten.

Dass es auch anders geht, beweisen die Handwerkskammern. Die Selbstverwaltungseinrichtung des Handwerks einer Region vereint Arbeitgeber. Diese haben ein Interesse daran, dass die Absolventen der von ihnen angebotenen Kurse qualifizierte Arbeitnehmer sind. „Man muss solche Weiterbildungsmaßnahmen differenziert betrachten. Unsere Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt Nord macht sehr gute Erfahrungen. Die Nachfrage ist hoch und wir bieten entsprechende Qualifikationen“, so die Handwerkskammer Hamburg.

Rebecca Bellano



Bei Bildungsträgern heiß begehrt: Der vom Arbeitsamt bezahlte Bildungsgutschein ist gutes Geld wert. Bild: TopicMedia



»Bildung nur mit Aussicht auf Erfolg«

Seit dem 1. Januar 2003 gibt es Weiterbildung nur noch gegen Bildungsgutschein. Dieser weist das Bildungsziel, den regionalen Geltungsbereich und die Gültigkeitsdauer von drei Monaten, in welcher der Gutschein eingelöst werden muss, aus.

Der Berater der Arbeitsagentur entscheidet, ob sein Kunde einen Bildungsgutschein zur Einlösung bei einem für die Weiterbildungsförderung zugelassenen Träger erhält. Auch gibt es die Vorgabe, dass ein Gutschein nur vergeben werden soll, wenn die Wahrscheinlichkeit, dass sein Einlöser einen Job findet, bei etwa 70 Prozent liegt. Wie diese Wahrscheinlichkeit berechnet werden soll, ist nicht definiert. Für welchen Kurs der Leistungsempfänger seinen Gutschein dann verwendet, kann dieser selber entscheiden. Der

Keine Nach-Kontrolle bei Bildungsträgern

Berater darf keine Empfehlung aussprechen.

Die zur Wahl stehenden Bildungsträger müssen zuvor von fachkundigen Stellen aus der Privatwirtschaft, die die Arbeitsagentur ausgewählt hat, anerkannt werden. Dies geschieht nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung (AZWV) aus dem Jahr 2004.

Ziel ist es, auf diese Weise die Qualität der Weiterbildungsmaßnahmen sicherzustellen. Geprüft wird, ob der Antrag zur Zertifizierung des Bildungsträgers bestimmte Kriterien berücksichtigt wie zum Beispiel ein kundenorientiertes Leitbild. Ist ein Bildungsträger zertifiziert, wird nicht mehr kontrolliert, ob das, was auf dem Papier angekündigt wurde, auch so umgesetzt wird. Schließlich hat der Bildungsträger sich mit seinem Antrag gleichzeitig verpflichtet, eigene Prüfungen zur Funktionsweise des Unternehmens durchzuführen. Erst bei Bekanntwerden von Missständen und bei Beschwerden wird von außen geprüft. *Bel*

»Ihr Dozent ist jetzt online«

Moderne Formen der Weiterbildung und phantasievolle Namen

Innovative Technologien und kreative Lernmethoden“, so preist das Institut für Berufliche Bildung Hamburg (IBB) sein Weiterbildungsangebot an, „unterstützen die modulare Fortbildung mit Computer-Based-Training-Anteilen ebenso wie individuelle, frei kombinierbare Lernmodule und individuelle Lernzeiten.“ Doch was so exklusiv und ganz speziell auf einen Teilnehmer zugeschnitten zu sein scheint, bedeutet keineswegs, dass dieser allein von einem Dozenten unterrichtet wird. Denn die meisten dieser Kurse gibt es nur in den Weiten des Internets und der Dozent ist nicht körperlich vor Ort, sondern begegnet den Teilnehmern nur online. Durchschnittlich einmal die Woche kommt er per Chat „vorbei“ und bespricht mit seinen Schülern aus verschiedenen Fachrichtungen eine Stunde lang die Inhalte in dem eigens dafür konzipierten virtuellen Klassenraum. Trotz allem muss der Teilnehmer jeden Tag pünktlich bei dem Bildungsträger erscheinen, auch wenn er nur in einem Raum mit anderen Onlinekursteilnehmern sitzt, den das IBB übrigens „Campus“ nennt. Der Kursteilnehmer soll sich auf diese Weise gewissenhaft sieben Stunden mit dem Stoff des jeweiligen Kurses beschäftigen. Die Rolle des im Raum präsenten, zumeist fachfremden und freiberuflichen Tutors beschränkt sich laut Aussage von Hamburger IBB-Absolventen auf eine reine Kontrollfunktion der Anwesenheitspflicht und Organisationsaufgaben. Denn fehlt der Teilnehmer zu häufig, wird sein Bildungsgutschein (siehe Kasten) aberkannt und er muss die Seminarkosten von zirka 700 bis 1200 Euro selbst tragen. Ansonsten ist es der Steuerzahler, der für diesen offiziell zugelassenen Kurs aufkommt, der im Übrigen mit der lückenlosen Anwesenheit und nicht mit einer erfolgreichen Prüfung als bestanden gilt.

> Es gibt keine Prüfung, bloße Anwesenheit reicht für Nachweis

Zu den beim Arbeitsamt im Angebot befindlichen Kursen, die der Integration in den Arbeitsmarkt oder Wiedereingliederung dienen, zählen neben EDV-Kursen und Schwerpunktkursen wie Buchführung, Personalwesen und Controlling Seminare mit so phantasievollen Namen wie FRECH oder CHIC. „FRECH“ („Frauen ergreifen Chancen“) wird für Aussiedlerinnen und Migrantinnen zwischen 25 und 40 Jahren angeboten und ist ein Projekt zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt durch Verbesserung der Sprachkenntnisse und weitere berufliche Förderung. Die Maßnahme „Chic“ verfolgt ein ähnliches Projekt bei den Jugendlichen. Auch hier möchte man vor allem den Teilnehmern bessere Chancen durch Weiterbildung geben.

Richtiges Anleiten der Arbeitslosen, persönliche Begleitung im Bewerbungsprozess und vor allem Schulungen mit straffen, gut strukturierten Konzepten könnten Auswege aus der Arbeitslosigkeit bieten und nicht nur die Arbeitslosenzahlen schönen. Doch: „Das ist im Grunde nur ein Weg von der Straße“, spottet eine Absolventin, die sich mit ihrem PC und ihren Aufgaben, die sie als unsinnig empfand, alleingelassen fühlte. „Wir sind für die nur so lange interessant, bis sie unseren Bildungsgutschein haben.“ *Rita Möller / Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1634**

Zum »Kronleuchter« hochstilisiert

Die SPD und die linken Medien feiern Sigmar Gabriel und übersehen die vielen offenen Fragen

Seltsam orientierungslos, aber in guter Stimmung, verließen die meisten SPD-Delegierten den Parteitag in Dresden. In der Tat ist eine Art Neuanfang gemacht, wie von der neuen Führung erhofft. Dass dieser Wechsel nur rhetorisch und personell, aber kaum programmatisch-sachpolitisch begründet ist, hat die meisten Genossen in Dresden nicht gestört.

Der mit 94 Prozent gewählte Parteichef Sigmar Gabriel verstand es, der demoralisierten Basis mit einem zweistündigen rhetorischen Feuerwerk neues Selbstbewusstsein einzuimpfen. Sein Wort von der „Deutungshoheit", was politisch links und was Mitte sei, die übrigens wieder zurückgewonnen werden müsse, blieb als zentrale Aussage des Parteitags in Erinnerung. Auch hieß es, die SPD sei und bleibe die „Volkspartei der linken Mitte".

Was die deutsche Linkspresse betrifft, verfielen die Kommentatoren von der „Süddeutschen" bis zur „Frankfurter Rundschau" umgehend ins Schwärmen. Gabriel sei für die Partei nicht ein „Hoffnungsschimmer", sondern ein „Kronleuchter", kommentierte sogar eine linke Redakteurin des BR-Hörfunks. Die ebenfalls SPD-nahen „Nürnberger Nachrichten" diagnostizierten, noch sei die SPD nicht verloren, ein Aufbruch sei gemacht. Man meint, alte und jüngere 68er aus den linken Redaktionsstuben vor sich zu sehen, wie sie – von neuer Hoffnung beseelt – beim Lied „Brüder zur Sonne zur Freiheit" feuchte Augen bekommen haben und fest zu schlucken mussten.

Dieser Teil der roten Truppen scheint zu stehen und könnte nun zur Offensive blasen. Das könnte noch zu erheblichen publizistischen Auseinandersetzungen führen, zumal die schwarz-gelbe Bundesregierung einen bemerkenswert schwachen Start hingelegt hat.

Auch der augenfällige Generationswechsel – Gabriel ist 19 Jahre jünger als sein Vorgänger Franz Müntefering, die linke Generalsekretärin Andrea Nahles ist gerade 39 – sorgt für ein bisschen Aufbruchstimmung.

Doch eine Trendwende ist bislang reines Wunschdenken: In Umfragen liegt die SPD momentan zwischen 20 und 21 Prozent und damit noch unter ihrem niederschmetternden Wahlergebnis von 23 Prozent. Kernpunkt des Problems ist der Verlust an Profil, ja an inhaltlicher Identität. Niemand weiß mehr so recht, wofür die SPD steht, was sie anders machen würde, wenn sie zu regieren hätte. Hieran hat auch der Dresdner Parteitag nichts geändert, und die Frage bleibt: Wohin sollte sich die Partei auch bewegen? Einzige Möglichkeit ist eigentlich, nach Linksaußen zu gehen und den zur SED-Linkspartei abgewanderten Wählern nachzulaufen, die radikalere SPD vor dem Godesberger Programm 1959 zu werden und die Dinge, die man selbst in der Regierung beschlossen hat, zurückzunehmen.

> Ähnlich wie bei Schwarz-Gelb wird ersteinmal »geprüft«

Doch auch hier bleibt die SPD erstaunlich vage: Der Leitantrag pendelt zwischen einer Überprüfungsankündigung, ob man die Rente mit 67 abschaffen will, die einst Müntefering durchgesetzt hatte, der Beibehaltung von Hartz IV, das einst Steinmeier mit Schröder eingeführt hatte, und drei klar linken Forderungen: der Wiedereinführung einer Vermögensteuer, der Verstaatlichung der Stromnetze und der Ablehnung der Privatisierung der Bahn. Auch das war bisher ein Ziel der SPD gewesen.

Der einzige Beschluss, der wirklich in den nächsten Jahren umgesetzt werden wird, dürfte indes der Plan sein, fortan alle Jahre und nicht alle zwei Jahre Parteitage abzuhalten. Das kostet zwar Geld und Organisation, bringt aber viel Öffentlichkeit. Die SPD wird durch zunehmend radikale Forderungen die Herzen der Linkspartei-Wähler zurückgewinnen wollen. Von daher erweist sich die SPD in der Tat als „geborene Oppositionspartei", als die sie viele Kenner bezeichnen: Forderungen aufstellen, die sich nicht an der harten Wirklichkeit messen lassen müssen.

Bei den Präsidiums-Neuwahlen gab es diesmal weniger einen Gegensatz Seeheimer (Parteirechte) und Netzwerker (Mitte) gegen die Parteilinken, sondern eher eine Abrechnung mit der älteren Generation und denen, die eher für Zerstrittenheit der Partei stehen. Nach den 94 Prozent für Gabriel erhielt Andrea Nahles nur 69 Prozent, die sie selbst als Niederlage empfunden haben dürfte. Die Parteibasis signalisiert damit klar, wer in der künftigen Führung Koch und wer Kellner(in) sein soll. Kennzeichnend für die künftigen SPD-Themen und Diskussionen ist die Riege der Partei-Stellvertreter: Mit Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit und der NRW-Landesvorsitzenden Hannelore Kraft wurden zwei Politiker gewählt, die offen die Koalition mit den SED-Nachfolgern anstreben. Die beiden anderen Stellvertreter, Olaf Scholz und Manuela Schwesig, sind Sozialpolitiker. Experten für Wirtschaft, innere Sicherheit und Bildung gibt es in der engeren SPD-Führung nicht mehr.

Von alledem relativ unbeeindruckt ist vorläufig der Fraktionschef Steinmeier. Er ist der führende Repräsentant der auf dem Parteitag allseits verrissenen Schröder-Politik. Er versteht, dass er in einer diffusen SPD, die nach links rücken will, aber sich nicht traut, langfristig nur in seinem Amt bestehen kann, wenn er kraftvolle Oppositionspolitik macht. Im Bundestag hat er sich bereits darauf eingestellt und die Kanzlerin im Wahlkampfstil kräftig angegriffen. Aus dem Wahlkampf raus und in eine kraftvolle Oppositionspolitik rein, dieser Wechsel steht ihm noch bevor.

Anton Heinrich



Abgang von Franz Müntefering: Der Wechsel zu Sigmar Gabriel als Parteichef hat der SPD bislang kein neues inhaltliches Profil gegeben. Viele wissen nicht mehr, wofür die Partei überhaupt steht. Bild: ddp

MELDUNGEN

Proteste gegen »Bologna«

Berlin – Vergangene Woche demonstrierten Zehntausende Studenten. Ihr Unmut gilt vor allem den neuen Studiengängen, die 1999 EU-weit in Bologna beschlossen wurden. Bereits in 75 Prozent aller Studiengänge gilt die neue Studienordnung, die das deutsche Diplom und den Magister durch Bachelor und Master ersetzt. Doch die angestrebten Vorteile wie europäische Vereinheitlichung, eine größere Qualitätssicherung sowie eine stärkere Berufsqualifizierung sind in der Realität nicht so eingetreten wie erhofft. Stattdessen klagen viele Studenten über Prüfungsstress, Zeitnot und übermäßigen Leistungsdruck. Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) äußerte für diese Kritik Verständnis. Andere Forderungen vieler, vor allem linksgerichteter Studenten, wie die nach der Abschaffung der Studiengebühren und mehr Mitbestimmung, ignorierte sie. *Bel*

Guttenberg ehrt tote Soldaten

Berlin – Am vergangenen Volkstrauertag gedachte Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg erstmals an der neuen zentralen Gedenkstätte auf dem Gelände des Ministeriums der Toten der Bundeswehr. In seiner Ansprache am Sonntag erinnerte der Minister an die Gefallenen der beiden Weltkriege und an die „Opfer von Krieg, Terror und Gewalt in unseren Tagen". Durch die kriegerische Zuspitzung in Teilen Afghanistans, die seit etwa zwei Jahren auch die deutschen Soldaten unmittelbar betrifft, habe der Tag neue Aktualität gewonnen. Zu Guttenberg verlas Namen, Dienstgrad und Todesumstände von neun Soldaten, die in diesem Jahr ihr Leben gelassen haben – davon sieben infolge des Afghanistan-Einsatzes und zwei in Deutschland. *HEB*

Russki-Deutsch (43):

Wsjatka

Von Wolf Oschlies

Gesetze gab es in Russland zu allen Zeiten im Übermaß, aber die allgemeine Legalität war stets so, dass Präsident Medwedjew zu Recht vom russischen „Rechtsnihilismus" spricht: Russen kennen und achten russische Gesetze meist nicht. Daraus entstehen Probleme, die Russen seit 90 Jahren mittels „wsjatka" lösen.

Die Wsjatka ist, was anderswo „Bakschisch", „bribe", „Schmiergeld" oder „Bestechung" heißt. In Russland nahm das Wort erst unter den Bolschewisten diese Bedeutung an – schwamig definiert als „Bezahlung oder Geschenk an Beamte, die illegale Handlungen im Interesse des Gebers vornehmen". Vor der Revolution von 1917 war Wsjatka das, was Bienen bei Blumen einsammelten, um daraus Honig zu produzieren. Oder es bezeichnete Trümpfe im Kartenspiel. Immer steckte das Verb „wsjatj" (nehmen, einstreichen) darin.

Soweit die linguistischen Bezüge, die politische Umstände nicht ahnen lassen. Die hat 1973 der deutsche Journalist Rolf Winter in seinem Russlandbuch „Die ärmliche Weltmacht" mit boshafter Detailliertheit aufgelistet: Vom Babyschnuller bis zur Grabstätte muss in Russland für alles Wsjatka hingelegt werden. Vergebens mahnte die Partei zu Ehrlichkeit und übten Behörden Strenge – wenn allgegenwärtige Versorgungsengpässe nur mit Wsjatka zu überbrücken sind, dann wird eben eine ganze Nation korrumpiert.

Kommunistische Mangelwirtschaft besteht in Russland nicht mehr, aber die Wsjatka hat noch zugenommen, wie der deutsche Korrespondent Manfred Quiring 2008 beobachtete: „Ob bei der Verkehrsmiliz, in Ämtern, Schulen oder bei Gericht und im Gesundheitswesen – Bestechungen sind in Russland an der Tagesordnung. Denn ohne Wsjatka, ohne Bestechungsgeld, lassen sich viele Dinge nicht regeln." Wer es, wie Quiring, dennoch auf legalem Weg versucht, wird von Russen nur ob seiner „Sturheit" belächelt. Viele Gesetzestreue gibt es nicht, denn die Gesamtsumme der Wsjatki (Plural) wurde 2006 auf 240 Milliarden Dollar geschätzt, ebenso hoch wie die Staatseinnahmen. In Industrieprojekten gehen 30, bei Bauten 40 Prozent der Investitionssumme für Wsjatki drauf, woran sich nichts ändern wird – allen Reformvorhaben des Juristen Medwedjew zum Trotz.

Gut integriert

Der Südwesten gedenkt der Vertriebenen

Wohl selten waren die ostdeutschen Heimatvertriebenen den baden-württembergischen Landtagsabgeordneten derart präsent wie derzeit. Seit dem 12. November ist im Haus der Geschichte in Stuttgart die Ausstellung „Ihr und Wir – Integration der Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg" zu besichtigen. Die Ausstellungsräume der bis zum 22. August 2010 gezeigten Landesschau befinden sich in direkter Nähe zum Landtag. Überall künden große Plakate von der Ausstellung, die veranschaulicht, wie die Integration von 1,2 Millionen Neuankömmlinge gelingen kann.

„Den Heimatvertriebenen ist großes Unrecht und Leid zugefügt worden. Die Vertreibung war aber eine Folge des vom NS-Regime entfachten Krieges und der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft. Es ist wichtig, Flucht und Vertreibung der Deutschen als ein Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte zu begreifen, es aufzubereiten und an nachfolgende Generationen weiterzugeben", sagte Noch-Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) bei der Ausstellungseröffnung. Er betonte hierbei, dass sich Baden-Württemberg seit Jahren darum bemühe, das Thema fest in den Lehrplänen der Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen zu verankern.

„Die Schau verschweigt nicht", so Oettinger weiter, „dass es in der Anfangszeit Spannungen zwischen Alteingesessenen und Neubürgern gab." Trotz Konflikten um Wohnraum, Arbeit und Chancen, trotz unterschiedlicher kultureller Traditionen fanden Alteingesessene und Neubürger zusammen. Die Ausstellung zeichnet diesen mühsamen Weg nach. Auch zeigt sie Faktoren auf, die für jetzige Integrationsprozesse eine Rolle spielen.

> »Ihr und Wir« heißt die Ausstellung

Noch heute werden Menschen kriegsbedingt aus ihrer Heimat vertrieben und der Neuanfang in einer anderen Gesellschaft falle jetzt wie damals nicht leicht. Und so zeigt die Ausstellung neben den Lebensläufen ostdeutscher Heimatvertriebener auch fünf Biographien von Flüchtlingen der Gegenwart. Diese stammen aus Bosnien, dem Irak, dem Sudan, aus Vietnam und Kambodscha.

Die Schau ist in Zusammenarbeit mit dem Institut für Donauschwäbische Geschichte (Tübingen) entstanden. Viele Exponate stammen von privaten Leihgebern. *Bel*

Humboldt IV?

Unmut über schwarz-grüne Schulpolitik

Die Hamburger Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL) bezichtigt die Gegner ihrer Schulreform des „dumpfen Populismus". Man könne sich „mit solchen Leuten" nicht solidarisieren, die sich gegen die Einführung der sechsjährigen Primarschule und des ebenso langen Gymnasiums sowie gegen die Abschaffung des Elternwahlrechts stemmen.

Zum Ärger der Bildungssenatorin, die einst vehement für Volksbegehren plädierte, engagieren sich Tausende Hamburger Bürger quer durch alle Parteien (mit Ausnahme der Linkspartei) gegen die schulpolitischen Pläne des schwarz-grünen Senats. Der Protest bündelt sich derzeit im Volksbegehren „Wir wollen lernen". Bis zum 17. November sollten 63 000 Unterschriften gesammelt werden. Nicht nur in Wohnvierteln der bürgerlichen Mittelschicht solidarisieren sich die Bürger gegen die Senatspolitik, sondern auch in sozialen Brennpunkten: Auch hier wollen die Eltern möglichst selbst über die Schullaufbahn ihrer Sprösslinge bestimmen.

> Volksbegehren in den Ferien geplant

Für beide Regierungsparteien kommt die Opposition von der Straße äußerst ungelegen. Die Christdemokraten verlieren massiv an Zustimmung in ihrer bürgerlichen Klientel. Die Grünen können sich angesichts ihrer schulpolitischen Vorstellungen sogar der Unterstützung des linksliberalen „Spiegel" nicht mehr sicher sein. In der aktuellen Ausgabe höhnen die Autoren: „Sie (die Grünen) träumen davon, dass Bildung so umverteilt werden kann wie Geld in der klassischen Sozialpolitik. Auch die sozial Schwachen sollen davon etwas abbekommen, eine Art Humboldt IV für Hartz-IV-Empfänger."

Zur weiteren Polarisierung der Stadt hat Senatorin Goetsch Hans-Peter de Lorent, ein früherer wegen Extremismus vom Staatsdienst ausgeschlossenes DKP-Mitglied, engagiert. Er war Vorsitzender der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Bürgermeister Ole von Beust (CDU) gibt sich derweil gelassen und hat Zweifel am Erfolg des Volksbegehrens geäußert. Mit Goetsch plant er die Volksabstimmung im Juli 2010, mitten in den Sommerferien, zu platzieren. Dann dürften die 240 000 Stimmen wohl kaum zusammen kommen. *HEB*

MELDUNGEN

Lieber Ruin als Johannis

Bukarest – Am 22. November sind Präsidentschaftswahlen in Rumänien, doch die Umfragen deuten darauf hin, dass im ersten Wahlgang weder der amtierende Präsident Traian Basescu noch sein größter Kontrahent, der Sozialdemokrat Mircea Geoana, die absolute Mehrheit erringt. Also dürfte Rumänien noch über den 6. Dezember hinaus, den Termin für die Stichwahl, ohne Regierung bleiben. Diese wurde nämlich mit einem Misstrauensvotum gestürzt, doch Basescu und die Mehrheit im Parlament stellende Opposition können sich auf keinen Kandidaten einigen. Die Opposition beharrt auf den deutschstämmigen Klaus Johannis, doch den will der Präsident, der das Vorschlagsrecht hat, nicht akzeptieren. Derweil verschob der Internationale Währungsfonds (IWF) aufgrund der Ungewissheiten die Auszahlung von dringend benötigten Hilfsgeldern an Rumänien. *Bel*

Sarkozy im Umfragetief

Paris – In wenigen Wochen stürzten die Umfragewerte des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy um neun Punkte auf nur noch 39 Prozent Zustimmung ab. Doch seine Versuche mit Hilfe symbolischer Jahrestage wie des deutschen Mauerfalls oder des Endes des Ersten Weltkrieges die wichtige Position Frankreichs in Europa in Szene zu setzten, brachte ihm eher Spott als Achtung ein. Nicht nur ein falsch datiertes Foto von Sarkozy an der Berliner Mauer aus dem Jahr 1989, sondern auch die Erkenntnis, dass die Deutschen sich nicht sonderlich für ihre unter dem Triumphbogen „Vive l'amitié franco-allemande!“ rufende Kanzlerin interessierten, lieferte seinen Kritikern Stoff. *Bel*

Siechtum unter Palmen

Kubas Misere schreitet voran – Madrid will mit EU-Linie brechen und dem Castro-Regime helfen

Mit Mini-Reformen will die rote Führung Kubas dem Niedergang entgehen. Doch Ratlosigkeit und sozialistischer Dogmatismus, Unterdrückung und Schlendrian ziehen das Land immer weiter in die Tiefe.

Hinter den Kulissen tobe ein Machtkampf, munkeln Kenner der politischen Szene auf Kuba: Reformwillige um den neuen Staats- und Regierungschef Raúl Castro lägen sich mit den Betonköpfen aus der Zeit seines Bruders und Vorgängers Fidel in den Haaren – daher das ständige Hin und Her von Reförmchen einerseits und Rückschritten andererseits.

Möglich ist aber auch, dass die kommunistische Führung in Havanna flügelübergreifend einfach nicht weiß, was sie machen soll. Die wirtschaftliche Misere verschärft sich zusehends, eigentlich besteht dringender Handlungsbedarf. Doch: Zu präsent ist das Beispiel der Sowjetunion, wo die von der kommunistischen Führung selbst eingeleiteten Neuerungen das System schließlich hinfortspülten. Aus diesem Dilemma weiß das Castro-Regime offenkundig keinen Ausweg, weder in der Wirtschaftspolitik noch darin, wie sie mit Menschen- und Bürgerrechten umgehen soll.

Es ist nicht lange her, da rief der frischgebackenen neue Herrscher des Landes Raúl Castro die Bürger dazu auf, öffentlich Kritik zu äußern. Das Parteiorgan „Granma“ druckt vorsichtige Unmutsäußerungen per Leserbrief ab, in denen auf die himmelschreienden Missstände hingewiesen wird – freilich ohne die sozialistische Heilslehre an sich in Frage zu stellen.

Tauwetter? Vor wenigen Tagen wurden die bekannte Regimekritikerin Yoani Sánchez und einer ihrer Mitstreiter von roten Häschern auf offener Straße entführt, zusammengeschlagen und nahe der kubanischen Hauptstadt auf die Straße geworfen – Methoden wie im Stalinismus. Sánchez betreibt die Internetseite „Generación Y“, auf der sie ihre Eindrücke des täglichen Lebens der Kubaner in alle Welt verbreitet, auch auf deutsch. Auf Kuba selbst unternehmen die Kommunisten alles, um den Zugang zu der Seite so gut wie unmöglich zu machen. Im Rest der Welt jedoch ist Sánchez das Fenster Kubas geworden, was die rote Führung zur Weißglut treibt.

Der kubanische Widerstand nahm den Übergriff auf Yoani Sánchez zum Anlass, die Welt an die immer noch über 200 politischen Gefangenen zu erinnern, und an die fortdauernde Diktatur überhaupt. Immer noch geben sich vor allem europäische Linke Illusionen hin, wenn es um den „Sozialismus unter Palmen“ geht.

Exilkubaner mit engen Bindungen an die Heimat berichten vor allem von der prekären Lebensmittelversorgung. Reis sei so ziemlich das einzige, was sich jeder leisten könne. Staatsbedienstete bekommen täglich ein gut belegtes Butterbrot extra. Doch statt es

> Regime-Kritkerin Yoani Sánchez brutal entführt

selbst zu essen, verkaufen sie es lieber auf der Straße. Überall in Havanna kann man daher „Sandwiches“ erwerben, vom Verkehrspolizisten, vom Parkaufseher oder auch vom Wachpersonal vor einem Regierungsgebäude. Mit dem Geld kaufen die „privilegierten“ Staatsdiener vermutlich lieber eine Extraportion Reis oder Brot.

Horrende Grundsteuern verhindern trotz der schlechten Versorgungslage zudem, dass Lebensmittel in nennenswertem Umfang privat angebaut werden. Im Unterschied zur DDR, die durch subventionierte Ankaufpreise privaten Kleinanbau gezielt förderte, strangulieren die kubanischen Kommunisten selbst diese Quelle noch. Mit dem Durchschnittsgehalt von umgerechnet elf Euro monatlich ist indes kaum über die Runden zu kommen. Deshalb handeln die Kubaner mit allem, was sie in ihrem Betrieb zusammenraffen können. Das volkswirtschaftliche Resultat solch staatlich erzwungener Klauerei ist aus den roten Diktaturen Europas bekannt: Die Produktivität der kubanischen Wirtschaft liegt am Boden.

Dazu trägt auch bei, dass die Motivation der Beschäftigten darunter leidet, dass (abgesehen von der kleinen Partei-Elite) jeder nahezu das Gleiche verdient, ob Chefarzt oder Hilfsarbeiter. Hier zumindest will das Regime nun ansetzen und verspricht, eine „leistungsorientierte“ Bezahlung einzuführen.

Die Frage ist nur: Bezahlung womit? Auf Kuba kursieren zwei Währungen, der gewöhnliche Peso und der „konvertible“. Letzterer entspricht in etwa den „Forum-Schecks“, mit denen Bewohner der DDR im „Intershop“ begehrte Westwaren kaufen konnten. Für den gewöhnlichen Peso hingegen bekommt man fast nichts mehr.

Hoffnungen setzt das Castro-Regime denn auch vor allem auf das Ausland. Venezuelas roter Präsident Hugo Chávez schickt täglich 90 000 Fass Öl zum Sonderpreis. US-Präsident Obama lockerte die Restriktionen hinsichtlich von Reisen und Geldüberweisungen US-amerikanischer Exilkubaner. Und Spanien will die durchgängige EU-Linie, dass Zugeständnisse gegenüber Castro von mehr Achtung vor den Menschenrechten und echten Reformen abhängen sollen, aufbrechen. Noch sind alle diplomatischen Vertretungen von EU-Staaten gehalten, zu ihren Feierlichkeiten (etwa Nationalfeiertagen) auch Regime-Kritiker einzuladen. Doch als der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos vergangenen Oktober Havanna besuchte, lehnte er jedes Treffen mit Oppositionellen demonstrativ ab und stellte der kommunistischen Führung Spaniens Hilfe in Aussicht. Diese Politik der seit 2004 in Spanien regierenden Sozialisten führte bereits zu hörbaren Protesten jener EU-Partner, die bis vor knapp 20 Jahren selbst unter der roten Knute gelitten haben. Auch FDP-Außenpolitiker Werner Hoyer äußerte seinen Unmut über Madrid und forderte dazu auf, bei der gemeinsamen EU-Politik gegenüber Kuba zu bleiben. *Hans Heckel*



„Priviliegiert“: Staatsbedienstete erhalten pro Tag ein Sandwich, das sie auf der Straße weiterverkaufen. Bild: pa

Hisbollah ist dabei

Neue Allparteienregierung im Libanon

Dem designierten libanesischen Ministerpräsidenten Saad Al-Hariri, Sohn des 2005 ermordeten Ex-Ministerpräsidenten Rafik Al-Hariri, ist es nach fünfmonatigen Verhandlungen endlich gelungen, eine neue Koalitionsregierung zu bilden. Voraussetzung für die Einigung zwischen den beiden verfeindeten Fraktionen war offensichtlich, dass sich vor einigen Wochen deren jeweilige Schutzmächte Syrien und Saudi-Arabien ausgesöhnt hatten und dass sie nun entsprechenden Druck auf ihre libanesische Klientel ausübten.

In der Allparteienregierung stellt das aus Sunniten und antisyrischen Christen gebildete Parteienbündnis, welches aus den Parlamentswahlen im Juni als Sieger hervorgegangen war, 15 Mitglieder. Das unterlegene Bündnis aus Schiiten und prosyrischen Christen ist mit zehn Ministern vertreten, und fünf weitere, darunter die Minister für Inneres und für Landesverteidigung, wurden von Staatspräsident Michel Suleiman selbst nominiert.

Die Formel 15:10:5 bedeutet, dass die prosyrische Fraktion bei Ministerratsbeschlüssen – sie erfordern laut Verfassung eine Zweidrittel-Mehrheit – keine Veto-Möglichkeit mehr hat. Die schiitische Hisbollah, die jetzt zwei Minister stellt, hatte in der 2008 gescheiterten Regierung zwar nur einen Minister – aber auch ein vertraglich vereinbartes Veto-Recht.

Ob Saad Hariri, der als weit weniger durchsetzungsfähig gilt als sein Vater, den Anforderungen gewachsen ist, bleibt abzuwarten.

> Hisbollah-Streitkräfte ausgeklammert

Denn eine Einigung über die Regierungszusammensetzung ist zwar schön, aber um das Regierungsprogramm wird weiter gefeilscht. So dürfte man sich vorrangig um die weniger kontroversen Themen kümmern, nämlich das Haushaltsdefizit, die enorme Staatsverschuldung, die überbordende Bürokratie und die Infrastruktur-Probleme, die vor allem auf die israelischen Bombardements im Sommer 2006 zurückgehen. Die wirklich heißen Eisen – die Überwindung des politischen Konfessionalismus und die Eingliederung des bewaffneten Arms der Hisbollah in die Streitkräfte – dürften liegen bleiben. Dies umso mehr, als vielfach über einen neuerlichen israelischen Angriff im Frühjahr 2010 spekuliert wird. *RGK*

Waldbrand als Waffe im Dschihad

Australien im Visier islamistischer Attacken – Erst 2,4 Prozent sind Muslime

Eine besonders perfide Form des „Heiligen Krieges“ macht seit einigen Jahren der australischen Regierung in Canberra zu schaffen. Wenig darüber ist bisher an die Außenwelt gedrungen: Extreme Muslime zünden mehr und mehr Wälder und den Busch an und riskieren bewusst den Tod von Menschen und Tieren. Von den zahlreichen Feuersbrünsten der letzten Jahre auf dem fünften Kontinent gehen, so wurde jetzt bekannt, viele auf radikale Islamisten zurück.

Rund 500 000 Bürger oder 2,4 Prozent der australischen Bevölkerung bekennen sich zum Islam, Tendenz ständig steigend. Anteilsmäßig noch nicht viel, aber die „Aussies“ sehen sich seit etwa 2005 trotzdem einer geballten Aggression von Gotteskämpfern verschiedenster lokaler, islamistischer Gruppen mit internationaler Vernetzung gegenüber. Die gemeinste Spielart ist der sogenannte „Forest-Dschihad“, verheerende, durch Brandstiftung entstehende Waldbrände mit vielen Toten und zerstörten Häusern. Verantwortlich dafür zeichnet die Gruppe „Al-Ikhlas Islamic Network Muslims“. In dem von solchen Brandstiftungen am meisten heimgesuchten Bundesstaat Victoria leben 33 Prozent der australischen Muslime, zum Teil in 10 000 bis 12 000 Mitglieder umfassenden Gemeinden. „Die Wälder der Ungläubigen müssen verbrannt werden, da sie auch unsere Wälder vernichtet haben“, so die Gruppe.

Im August wurde ein geplantes Attentat somalischer und libanesischer Zuwanderer vereitelt. Mitglieder der „al Shabaab“-Terrorgruppe aus Somalia hatten auf die Holsworthy Barracks in Sydney einen Bombenanschlag geplant. Ein weiteres, noch gewaltigeres Komplott wurde 2005 zerschlagen. Es handelte sich dabei um den Plan eines Selbstmord-Bombenattentats auf ein mit 100 000 Fußballfans besetztes Stadion. Für diese tückischen Ideen zeichnete die Terrorgruppe „Abdul Nacer Benbrika“ verantwortlich.

> 2005 sollte ein volles Fußballstadion attackiert werden

Bevor Benbrika für zwölf Jahre hinter Gitter kam, rief er seine Anhänger dazu auf, auch Frauen und Kinder der Ungläubigen nicht zu verschonen. Die Wahrheit über diesen im Zeichen der „fatwa“ geplanten Coup, so berichtete die irische Zeitung „The Sun“ im Juli, gestand ein Terrorist irischer Abstammung namens Shane Kent vor Gericht ein. Bereits 2003 sorgte das im Internet verbreitete Video des in den nördlichen Vorstädten von Melbourne lebenden Klerikers Samir Abu Hamza für Empörung vor allem der australischen Frauenwelt. In dem Video bezeichnete Hamza die Vergewaltigung in der Ehe als legal, die Frau habe sich den sexuellen Wünschen ihres Mannes zu unterwerfen.

Im Westen ist diese Intensität muslemischer Radikalität kaum bekannt. Immer wieder kommt es in dem freiheitsliebenden Land zu solch verbalen Attacken von Islamisten: Anfang 2007 tauchte ein Video auf, in dem der Leiter eines Jugendzentrums in Sydney Kinder zum Märtyrertum aufrief und zudem mehrere antisemitische Äußerungen von sich gab. Im Jahr 2006 war Scheich Taj Aldin al-Hilali als Großmufti und oberster Kleriker Australiens sogar abgesetzt worden, nachdem er modisch leicht bekleidete Frauen als „unbedecktes Fleisch“ gegeißelt hatte.

Australien kann also geradezu als Musterland dienen, wie mit der Ausbreitung des Islam auch radikales Gedankengut in ein Land schwappt und zur Bildung gefährlicher Terrorzellen führt.

Ganz toll trieb es der Hassprediger Scheich Tai El Dira Hilaly. Er täuschte – um mehr radikale Kräfte zu mobilisieren – einen Überfall christlicher Widersacher auf seine eigene Moschee vor, wurde aber entdeckt, weil er vergaß, die Überwachungskameras abzuschalten.

Bei den verschiedenen Gerichtsverhandlungen gegen militante Islamisten stellte sich heraus, dass in Somalia für Ozeanien, ähnlich wie in Afghanistan für Europa und Amerika, Ausbildungslager für Gotteskämpfer aus aller Welt betrieben werden. Auch künftige amerikanische Dschihadisten trainieren dort den Massenmord im angeblichen Auftrag Gottes.

„Ich kann es nicht mehr hören, wenn wir uns fragen, ob wir manche Individuen oder deren Kultur verletzen“, wetterte 2005 der damalige Premier des Landes, John Howard, und forderte alle Muslime auf, die mit der Scharia liebäugeln, sofort das Land zu verlassen. Howards Finanzminister Peter Castello sekundierte: „Wenn manche Imame nicht akzeptieren können, dass wir ein säkulares Land sind, dann müssen sie dahin zurück abhauen, wo es die Scharia gibt.“

Deutliche Worte, wie sie hierzulande kaum fallen könnten und in unseren Medien verschwiegen werden – aufgestauter Ärger in einem dünn besiedelten Land, das ohnehin von einer Naturkatastrophe nach der anderen heimgesucht wird. *Joachim Feyerabend*

China hält Rohstoffe zurück

Wirtschaft ist exportstark, aber dennoch einseitig ausgerichtet – westliche Hochtechnologie als Chance

Seit Jahren sichert sich Peking die Rohstoffe dieser Welt. Bei den Seltenen Erden ist China fast Monopolist und begrenzt nun den Export dieser wichtigen Rohstoffe. Die deutsche Industrie ist besorgt.

Äußerst skeptisch blickt Berlin auf die afrikanischen Aktivitäten Chinas. Peking, das schon im eigenen Land die Menschenrechte wenig achtet, legt in Afrika noch weniger wert auf diese. Und während Deutsche und alle anderen Europäer ihre Hilfsgelder an afrikanische Staatschefs zumindest mit der Einhaltung von Menschenrechten verknüpfen, kümmern sich die Chinesen absolut nicht darum, was ihre Geschäftspartner und Kreditnehmer mit ihrem Volk anstellen. Deswegen sind die kapitalistischen Kommunisten in Afrika besonders gern gesehen, und so bauen sie ihre Machtbasis auf dem schwarzen Kontinent Stück für Stück weiter aus. Ob Rohstoffe oder Ackerland, das Reich der Mitte interessiert sich für fast alles.

Doch auch wenn sich der Westen über Chinas Vordringen in Afrika ärgert, so klammert er diese Verstimmung bei gemeinsamen Verhandlungen weitgehend aus. Inzwischen allerdings sichert sich Peking nicht nur Ackerland, Öl, Erz, Kupfer und ähnliches außerhalb seiner Grenzen, es behält auch immer mehr der im eigenen Land geförderten Rohstoffe für sich. Derzeit wehren sich nur die USA lautstark dagegen, dass die asiatische Weltfabrik den Export von Zink, Magnesium, Seltenen Erden und seltenen Metallen limitiert. Sie erheben nun selbst Zölle auf einige chinesische Waren und haben die Welthandelsorganisation (WTO) um Unterstützung gebeten. Die WTO soll die Chinesen davon abhalten, mit ihrem Verhalten die Welthandelspreise in die Höhe zu treiben. Dabei geht es den Chinesen keineswegs darum, durch eine künstliche Verknappung auf dem Weltmarkt höhere Preise für ihre Rohstoffe zu erzielen. Vor allem die Seltenen Erden und seltenen Metalle werden aus absolut wirtschaftspolitischen Gründen im Land behalten. Tantal, Neodym, Ferrit, Indium, Niob, Gallium, Kobalt, Germanium heißen einige dieser begehrten Stoffe. Sie alle gelten als Schlüsselmaterialien für die Industrie des 21. Jahrhunderts. So wird Indium für die Dünnschicht-Photovoltaik, Germanium für Glasfaserkabel und Infrarotoptik, Kobalt für Lithium-Ionen-Akkus und Neodym für Hybridmotoren und Windkraftanlagen benötigt. All jenes sind Materialien, die vor allem die deutsche Industrie dringend benötigt, denn es sind diese zukunftsweisenden, innovativen Endprodukte, denen Deutschland seine Stellung als größte Exportnation eben neben China verdankt. Doch das wissen auch die Chinesen, die im Rahmen der Weltwirtschaftskrise feststellen mussten, dass Textilien, Kinderspielzeug und einfache Technikartikel weniger nachgefragt wurden. Ein Drittel der Aufträge aus dem Westen ging den chinesischen Billigfabriken Ende 2008 verloren. Zwar wurde versucht, neue Märkte im eigenen Land, im übrigen Asien, im Nahen Osten und Afrika zu erschließen, doch häufig fehlen die kaufkräftigen Kunden. Auch sind gerade diese Länder Chinas Konkurrenten auf dem Feld der Billigproduktion. Inzwischen muss das Reich der Mitte erleben, wie Unternehmen ihre Produktion nach Bangladesch oder Vietnam verlagern, weil die Herstellung dort billiger ist. Auch die Tatsachen, dass das gigantische staatliche Konjunkturpaket das Land in eine riesige Baustelle verwandelt hat und so Teile der entlassenen Fabrikarbeiter als Bauarbeiter weiterbeschäftigt und auch die weltweite Nachfrage wieder angestiegen ist, täuschen nicht darüber hinweg, dass die Weltfabrik ein Strukturproblem hat. Zwar hält Peking den Yuan künstlich billig, um so die Weltmarktpreise seiner Schuhe, Hemden und Computer konkurrenzfähig zu halten, doch auf die Dauer geht auch das ins Geld und somit an die Substanz.

> China behält Schlüsselmaterialien des 21. Jahrhunderts

Da die anderen Schwellenländer näher an China heranrücken, rückt China näher an die Industrienationen heran und das bedeutet, dass auch die Asiaten mehr auf Hochtechnologie setzen. Bereits jetzt produzieren sie beispielsweise verstärkt Solaranlagen und Windräder. Als Folge wächst der Eigenbedarf an Seltenen Erden und seltenen Metallen. Und da China 95 Prozent der weltweit geförderten Seltenen Erden und auch den Großteil der seltenen Metalle abbaut, hat es nahezu eine Monopolstellung. Diese erlaubt es ihm, Konkurrenten vom Markt zu drängen: nur wer in China produziere, der könne vor Ort die Rohstoffe zu günstigen Konditionen beziehen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mahnt an, dass China mit seiner Limitierung „den internationalen Handel“ gefährde. Und da das Fraunhofer-Institut erst vor kurzem nachgewiesen hat, wie wichtig für die deutsche Industrie jene von China dominierten Rohstoffe sind, deren Bedarf sich bis 2030 eher noch vervielfache, drängt der BDI die Bundesregierung zu einer „Rohstoff-Außenpolitik“. Doch die scheint das Problem noch nicht erkannt zu haben und schweigt zumindest nach außen hin.

Allerdings haben auch deutsche Unternehmen die Entwicklung verschlafen. So soll der Chemieriese Bayer alle Beteiligungen, die mit dem Abbau von Rohstoffen in Brasilien und Südafrika zu tun hatten, verkauft haben. Das hat zur Folge, dass der Konzern jetzt zu Weltmarktpreisen teuer einkaufen muss, anstelle selbst geförderter Rohstoffe zu verarbeiten.

Einige Unternehmen überlegen jedoch bereits, welche anderen technischen Methoden sie anwenden können, um die Verarbeitung der teuren Rohstoffe zu umgehen. Siemens wiederum recycelt das Indium aus alten Röntgengeräten. Auch für das Berliner Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung ist Wiederverwertung eine wichtige Strategie zur Rohstoffgewinnung, auch wenn die teuren Personalkosten in Deutschland derzeit nur die Zweitverwertung von sehr teuren Rohstoffen zulassen. *Rebecca Bellano*



Rohstoffe: Ob Kohle, Öl oder Seltene Erden, das wachsende China braucht alles in gigantischen Mengen. Foto: pa

MELDUNGEN

EU: Wachstum nur in Polen

Warschau – Im Herbst 2010 will Polens Ministerpräsident Donald Tusk Staatspräsident werden, wobei er wohl gegen Amtsinhaber Lech Kaczynski antreten muss. Ein starkes Argument für Tusk ist der wirtschaftliche Erfolg Polens: In diesem Jahr dürfte das Land ein Wachstum von 1,2 Prozent schaffen, erwartet die EU. Damit würde Polen als einziges der 27 EU-Länder überhaupt zulegen, im EU-weiten Durchschnitt rechnet Brüssel mit einem BIP-Rückgang von 4,1 Prozent. Zu den Gründen des Erfolgs gehört, dass Polen vor der Krise in geringerem Umfang als etwa die baltischen Staaten und Ungarn ausländisches Kapital angezogen hatte, das dann hätte abgezogen werden können. Der Haushalt war solider als etwa in Ungarn. Außerdem profitiert Polen vom Export nach Deutschland, von umfangreichen Transfers der EU und von den Überweisungen eigener Gastarbeiter. *K.B.*

Langfristiger Erfolg lohnt sich

Ludwigshafen – Der Chemiekonzern BASF geht mit gutem Beispiel voran und berücksichtigt als erster Dax-Konzern zum 1. Januar 2010 das neue „Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütungen“. Das Gesetz schreibt vor, dass die variablen Bestandteile dieser Gehälter, die rund zwei Drittel der Gesamtbezüge der Top-Manager ausmachen, stärker am langfristigen Firmenerfolg ausgerichtet werden müssen. Bei der BASF müssen die Vorstände im Sinne dieser Regelung künftig zehn Prozent ihrer Einkünfte in BASF-Aktien anlegen, die für vier Jahre festliegen. Das Unternehmen ändert gleich alle Verträge der obersten Manager, obwohl das neue Gesetz nur bei Neuverträgen angewendet werden muss. Die Aktie der BASF gehört mit einem Plus von knapp 40 Prozent seit Jahresanfang zu den sieben erfolgreichsten Dax-Werten. *Bel*

Peking dominiert

Apec-Gipfel bestätigt den Verfall des US-Einflusses in Asien

Chinas Präsident Hu Jintao, Japans Regierungschef Yukio Hatoyama, Australiens Premier Kevin Rudd ebenso wie der russische Staatschef Dmitrij Medwedjew reisten zum Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Apec) nach Singapur an. Auch Präsident Barack Obama schaute übers Wochenende für die Kameras kurz vorbei. Nur die Europäer, die sich sonst auf allen Gipfeln tummeln, waren nicht eingeladen, da die Apec nur die 21 Pazifikanrainerstaaten vereint. Doch sie verpassten wenig.

Die Apec-Mitglieder kontrollieren zwar 54 Prozent der Weltwirtschaft, doch müssen sie im Gegensatz zur EU immer einstimmig entscheiden. Deshalb blieben die in Singapur erneut bekräftigten frommen Wünsche der versammelten Regierungschefs zur Ankurbelung der Weltkonjunktur und gegen den Protektionismus einmal mehr folgenlos.

Die USA haben, obwohl als Apec-Mitglied eigentlich auf den Freihandel eingeschworen, unter Obama beispielsweise kein Interesse an der Liberalisierung des Agrarhandels. Auch zur Ratifizierung des bereits ausverhandelten Freihandelsabkommens mit Korea, das im Kongress auflief, rührt der Gewerkschaftsinteressen verpflichtete US-Präsident keinen Finger. Während in Ost- und Südasien ein Netzwerk von Freihandelsabkommen entsteht, das den Ländern ermöglicht, sich von ihrer Exportabhängigkeit von den westlichen Krisenmärkten freizuschwimmen, schließen sich die USA unter Obama von der entstehenden wachstumsstarken Freihandelszone Asien-Pazifik mehr und mehr aus. Bereits im Vorjahr wurden die USA durch China als wichtigster Exportmarkt Japans und als drittwichtigster Markt der südostasiatischen Nationen (Asean) auf die Plätze zwei und vier verdrängt. Gerne sähen die USA eine Aufwertung des unterbewerteten chinesischen Yuan. Vage spricht eine Apec-Resolution von flexiblen marktgerechten Währungskursen. Doch als die mit 800 Milliarden Dollar größten Gläubiger von US-Schuldverschreibungen lassen sich die Chinesen von ihren US-Schuldnern keine Vorschriften mehr machen. Scharf wies Premier Wen unlängst auf die Gefährdung des US-Schuldendienstes durch die geplanten 1200 Milliarden Dollar schweren Zusatzausgaben des Gesundheitsreformprojektes des US-Repräsentantenhauses hin.

> Obama: Empfang des Dalai Lama Peking zuliebe abgelehnt

Ohnehin scheint Obama vor den Chinesen „vorauseilend kapituliert“ zu haben. Seine sonst scharfzüngige Außenministerin Hillary Clinton erwähnte in China Menschenrechtsanliegen, die Religionsfreiheit und die Repression in Tibet und Xinjiang nicht mehr. Obama selbst weigerte sich in Washington als erster Präsident in fünf Jahrzehnten, den Dalai Lama zu empfangen. Auch die chinesische Hochrüstung wird für den US-Präsidenten in Peking kein Thema sein.

Im Lichte der Implosion der Pax Americana in Asien orientieren sich nicht nur die Asean-Länder und Korea, sondern auch Japan und Australien mehr und mehr an China. Lee Kuan Yew, der greise Staatsgründer Singapurs, meinte deshalb, das von den USA geschaffene Machtvakuum leiste nur dem Einfluss Chinas Vorschub. *Albrecht Rothacher*

Enttäuschte Kunden im Blick

Die Quirin Bank wirbt offensiv, doch die Kunden zögern

Lieber Herr Schäuble, was wir können, können Sie auch: Befreien Sie Bankkunden von Provisionen.“ Mit diesen Worten wirbt derzeit die Quirin Bank offensiv in Medien wie dem „Spiegel“ für seine Honorarberatung. Für 150 Euro Einmalhonorar will die Bank Kunden beispielsweise zum Thema Altersvorsorge unabhängig beraten. Wer sein Vermögen verwalten lassen wolle, solle bei diesem Institut davor sicher sein, dass der Berater ihm nur für die Bank provisionsträchtigen Fonds und Zertifikate verkauft. Dafür müssten allerdings 75 Euro monatlich pauschal gezahlt werden. Außerdem will die Bank 20 Prozent der realisierten Gewinne.

Seit der Bankenkrise ist die von Provisionen und somit Eigeninteresse geleitete Beratung der klassischen Banken in der Kritik. Und obwohl die Bankenkrise zahlreiche Fehlentwicklungen aufgezeigt hat, hat sich am Verdienstmodell der Privatbanken, der Sparkassen und Volksbanken nicht viel geändert. Doch wenngleich die Quirin Bank seit über einem Jahr in den Medien als löbliche Alternative gefeiert wird und Karl Matthäus Schmidt, der Vorstandsvorsitzende der 2006 von ihm gegründeten Bank, sich und seine Idee selbstbewusst vermarktet, wächst das junge Finanzinstitut nur durchschnittlich. Zum 30. Juni betrugen die Verluste 4,8 Millionen Euro und hatten sich somit gegenüber dem Vorjahreszeitraum hal-biert. Die Mitarbeiterzahl hat sich seit der Gründung mehr als verdoppelt: Inzwischen beraten rund 90 Vermögensberater die etwa 5000 Kunden. Doch angesichts des Medieneinsatzes ist der Erfolg doch eher lau.

> 75 Euro pro Monat, dafür aber eine unabhängige Beratung

Jörg Laser von der Hamburger Conrad Hinrich Donner Bank bestätigt zwar, dass sein Bankhaus seit der Umstellung auf die Honorarberatung vor sechs Jahren den Kundenstamm erweitern konnte, aber die kleine, feine Privatbank spricht auch gezielt eine gehobene Klientel an. Doch Laser ist überzeugt, dass die Honorarberatung durchaus eine „mögliche Alternative für das mittlere Privatkundengeschäft“ darstelle. Denn wenn man bedenke, dass manche klassischen Bankprodukte Ausgabeaufschläge von drei bis fünf Prozent hätten, zeige sich, dass durchaus Raum für ein Honorierungssystem vorhanden sei. Fünf Prozent Ausgabeaufschlag auf eine Anlagesumme von 50 000 Euro sind 2500 Euro, also ein Betrag, für den man einen normalen Honorarberater gleich mehrere Tage beschäftigen könnte.

Trotzdem scheint die Honorarberatung nur für einen kleinen Kundenkreis infrage zu kommen. Umfragen haben ergeben, dass die direkt ausgewiesenen Beraterhonorare Kunden abschrecken. „Auch wenn dies möglicherweise zu einer Objektivierung der Beratung beitragen könnte, wie es oft als Vorteil herausgestellt wird, können wir uns aktuell nicht vorstellen, dass dies auf breite Akzeptanz bei den Kunden stößt“, meint auch die Postbank.

Derweil beklagt der Bundesverband der Verbraucherzentralen, dass es keine einheitliche Rechtsgrundlage für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen gibt. Bei der Offenlegung von Provisionen wird die vorhandene Rechtsgrundlage hingegen nicht umgesetzt. Das führe dazu, dass der Druck auf die Banken, die Qualität ihrer Beratung zu verbessern, gering sei. *Bel*

Unsäglich

Von Konrad Badenheuer

Immer absurder werden die argumentativen Verrenkungen des neuen Bundesaußenministers. Sein „Nein" zur Mitsprache Erika Steinbachs im Zentrum gegen Vertreibungen begründete der Außenpolitik-Neuling allen Ernstes mit dem Hinweis, sie solle „persönliche Ambitionen" hintanstellen. Gerade so, als ob es für eine Bundestagsabgeordnete eine Beförderung wäre, ein Mandat zu übernehmen wie den Sitz im Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung": einer von 13 Sitzen in einem Gremium, in dem die zehn anderen Mitglieder jederzeit jeden erdenklichen Unsinn beschließen können über ein Projekt, das sinnvollerweise der Bund der Vertriebenen autonom gestalten können sollte.

Unsäglich ist der Hinweis Westerwelles, seitens des BdV dürfe „die Grenze zwischen Deutschland und Polen auch nicht intellektuell" in Frage gestellt werden. Nicht rechte Intellektuelle stellen diese Grenze in Frage, sondern das klare völkerrechtliche Prinzip, dass durch Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschaffene Fakten nicht anerkannt werden dürfen. Gewiss: Dieses Prinzip ist eine Herausforderung für Deutsche und Polen, und politisch vielleicht nicht mehr umsetzbar. Ein Denk- und Redeverbot in dieser Sache – und darauf läuft die Forderung dieses Liberalen hinaus – würde nichts voranbringen. Am wenigsten die von Westerwelle momentan so oft beschworene Versöhnung.

Dicht auf den Fersen

Von Rebecca Bellano

Chinas Machtgewinn macht schon Angst. Denn alles deutet darauf hin, dass das Land sich keineswegs mit seinem derzeitigen Platz im Welthandel begnügen wird. Peking will mehr und muss auch mehr wollen. Schließlich hat vor allem der wachsende Wohlstand des 1,3-Milliarden-Volk dazu gebracht, so lange dem gestrengen Regime keine Widerworte zu leisten. Doch was bedeutet das für den Westen, für Europa, ja für Deutschland?

Sollte China sich dazu veranlasst sehen, von Billigprodukten noch mehr als jetzt schon zu Hochtechnologie überzugehen, dann fragt sich, was Deutschland dann noch machen kann. Zwar kann sich das Reich der Mitte in der Neuzeit bisher nicht großer Erfindungen rühmen. Noch hat der Westen die kreativen Köpfe, doch wie lange noch? Ein Blick auf die deutsche demographische Entwicklung und die heimische Bildungslandschaft lässt erahnen, dass es um den deutschen Nachwuchs nicht bestens bestellt ist. Zum zahlenmäßigen Ungleichgewicht kommt, dass auch die Qualität so mancher chinesischen Kaderschmiede deutsche „Elite-Unis" zunehmend erblassen lässt.

Und selbst wenn der Westen noch die großen Erfinder und Entwickler in Sachen Zukunftstechnologien in seinen Reihen hat, so sind die Asiaten doch fix darin, alles zu kopieren, Marken- und Patentrechte werden oft verletzt. Der westliche Vorsprung hat dadurch eine immer kürzere Halbwertszeit. Schon allein deshalb sollte die Bundesregierung, wie der BDI es fordert, verstärkt deutsche Wirtschaftsinteressen vertreten.

Gequälte Liebesbeteuerungen

Von Hans Heckel

Die offensive Deutschfreundlichkeit des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy überrascht ein wenig. Gestartet war der Mann im Elysée gänzlich anders: Schon Jahre vor seinem Amtsantritt ging er auf Distanz zum deutsch-französischen „Sonderverhältnis": Die Beziehungen zu Berlin seien ihm nicht wichtiger als jene zu London oder Washington, gab der Rivale des damaligen Staatschefs Jacques Chirac zu Protokoll. Nun will er die Achse gar mit einem gemeinsamen Minister, der beide Staatsbürgerschaften besitzen soll, krönen und festschreiben – eine fürwahr extreme Wandlung.

Indes wohnt in dieser Wende schon fast eine gewisse Regelmäßigkeit, die direkt auf Sarkozys Vorgänger François Mitterrand und Chirac deutet. Beide waren zunächst bemüht, französische Großmachtpolitik ohne oder gar gegen Deutschland umzusetzen. Von der Herzlichkeit, die Helmut Schmidt mit Valérie Giscard d'Estaing verband, war zwischen Mitterrand und Kohl lange eher wenig zu spüren, trotz großer Gesten wie dem Händedruck über den Gräbern von Verdun 1984. 1989 setzte der französische Präsident alle Hebel gegen die sich anbahnende deutsche Einheit in Bewegung. Doch am Ende stimmte er zu (für den Euro als Gegenleistung) und fand vor seinem Tode herzliche Worte der Anerkennung für die Wehrmachtssoldaten, denen er als Kriegsteilnehmer in deutscher Gefangenschaft begegnet war. So klingt der Übergang von der Versöhnung zur Freundschaft.

Deutsche bleiben – bedauerlicherweise – verlässlichster Partner

Jacques Chirac signalisierte mit seinen weltweit kritisierten Atomversuchen im Pazifik 1995 ebenfalls das Streben nach unabhängiger Größe. In seiner zweiten Amtszeit aber wich er dem deutschen Partner nicht mehr von der Seite, ließ seinen Premier Dominique de Villepin gar den Plan einer staatlichen Vereinigung Frankreichs mit Deutschland öffentlich skizzieren.

Nun Sarkozy: Anscheinend haben alle Versuche, die französische Weltgeltung mit Hilfe engerer Kontakte zu den USA oder Großbritannien auszubauen, nicht gefruchtet. So ist er wie seine Vorgänger schließlich wieder bei den Deutschen gelandet. Anscheinend wohnt dem Zweierbündnis eine Unausweichlichkeit inne, die wir beruhigt als dessen stärksten Pfeiler begrüßen dürfen.

Doch Berlin sollte sich nicht überrumpeln lassen: Als unangefochtener primus inter pares der EU muss Deutschland darauf achten, eines jeden EU-Staates natürlicher Ansprechpartner zu sein und zu bleiben. Hebt es das Bündnis mit einem einzigen Land, noch dazu dem zweitstärksten, über Gebühr hervor, setzt es alle anderen zurück. Die suchen sich ihren Fürsprecher dann anderswo. Andererseits gilt es, Frankreich nicht zu brüskieren durch eine kalte Schulter. Angela Merkel muss jetzt viel Fingerspitzengefühl beweisen.



Ungeliebte Notlösung: Nachdem die Charmeoffensive des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy Richtung Washington und London nicht fruchtete, wendet er sich nun notgedrungen, dafür aber doppelt so inbrünstig, wieder den Deutschen zu. Bild: pa

Nachgefragt:



Kollektive Trauer – Hoffnung auf Besinnung?

Von Hans-Jürgen Mahlitz

You'll never walk alone – niemals wirst du alleine gehen: Als globale Fußballhymne ertönt der Song aus dem Broadway-Musical „Carousel" nicht nur an der legendären Anfield Road in Liverpool, sondern in den Stadien der Welt, wo immer 22 junge Leute in kurzen Hosen einem aufgeblasenen Stück Leder nachjagen. Auch die tränenreiche Trauerfeier im Fußballstadion zu Hannover stand ganz im Zeichen des Kultliedes. 40000 Freunde und Verwandte, Fans und Funktionäre aus Sport und Politik suchten Trost in Versen wie „Don't be afraid of the dark/hab' keine Angst vor der Dunkelheit" oder „Walk on with hope in your heart/geh weiter mit Hoffnung im Herzen".

Der, um den hier und im ganzen Lande, ja in der ganzen Fußballwelt getrauert wurde, war seinen letzten, seinen schwersten Weg freilich allein gegangen. Er war, um dem Liedtext zu folgen, viele Jahre seines jungen Lebens „durch den Sturm gegangen", für die Außenwelt durchaus „erhobenen Hauptes". In Wahrheit aber hatte er die „Angst vor der Dunkelheit" nie besiegen können, hatte keine „Hoffnung im Herzen", sah „am Ende des Sturms" keinen „goldenen Himmel", zumindest nicht in diesem irdischen Leben, dem er nun selbst ein Ende setzte.

Zum Helden und Idol wurde Robert Enke, geboren am 24. August 1977, gestorben am 10. November 2009, eigentlich erst durch die öffentliche Anteilnahme, die seinem einsamen Tod folgte. Als Torwart zeigte er immer wieder exzellente Leistungen, brachte es zum Leistungsträger und Mannschaftskapitän bei Benfica Lissabon und Hannover 96, hatte die Chance, mit der deutschen Nationalmannschaft nach Südafrika zu reisen – und vielleicht gar als Weltmeister zurückzukehren. Das wäre dann freilich sein erster großer Titel geworden; bislang hatte es weder zu einem Pokal noch zu einer Meisterschaft gelangt. Möglicherweise lag hier eine der Ursachen seiner schweren psychischen Erkrankung. Wer stets das Beste gibt und allenfalls das Zweitbeste zurückbekommt, kann – auch außerhalb des Leistungssports – in Depression verfallen.

Bis zuletzt wurde Robert Enke wahrgenommen als ein mustergültiger Profi, den Erfolge nicht übermütig, arrogant oder elitär machten, der mit sportlichen Rückschlägen wie auch mit viel schlimmeren persönlichen Schicksalsschlägen umzugehen, sie in Leistung, Verantwortungsbereitschaft und soziales Engagement umzusetzen verstand. Er hatte nur Freunde, sein einziger Feind war das krankhaft Finstere in seiner Seele.

Der einzige Feind: Das krankhaft Finstere in der eigenen Seele

Dies aber machte er erst mit seiner Selbsttötung öffentlich. Zeitlebens hatte er panische Angst, als psychisch Kranker ausgesondert, als Versager und Schwächling verachtet zu werden. So wurde die Angst vor dem Bekanntwerden der Krankheit zum Teil der Krankheit.

Über das Einzelschicksal hinaus sollte der jähe Tod dieses sympathischen jungen Menschen ein Fanal sein, ein Anlass, einmal innezuhalten und darüber nachzudenken, dass in unserer Gesellschaft einiges auf fürchterliche Weise schiefgelaufen ist.

In der Tat wirkte die Betroffenheit so vieler Menschen – der Fußballfans wie der vielen, die sich eigentlich gar nicht für Sport interessieren – glaubwürdig. Diese Tränen, die uns tagelang über alle TV-Kanäle und Boulevard-Titelseiten in Großaufnahme frei Haus geliefert wurden, waren zweifellos echt. Die Worte, die Sportkameraden, Verbandsfunktionäre, Politiker und Geistliche, vor allem aber die tapfere Witwe fanden, hatten Tiefe und waren dem ebenso traurigen wie schockierenden Anlass angemessen.

Aber wie lange wird die Wirkung andauern? Wann werden wir alle wieder zur Tagesordnung übergehen und vergessen, dass wir gerade noch meinten, nichts werde mehr so sein wie zuvor? Werden die Fans, wenn wieder einer ihrer Helden Schwäche zeigt, wirklich nicht mehr so brutal und herzlos über ihn herfallen? Werden notorische Krawallmacher künftig nicht mehr den Sport und andere Massenveranstaltungen als Kulisse für abartige Gewaltorgien missbrauchen? Werden Vereinsbosse und -manager davor zurückschrecken, Leistungssport als moderne Form der Sklaverei auf höchstem Niveau zu organisieren, junge Menschen zu kaufen und zu verkaufen und sie nur noch nach ihrem aktuellem Marktwert zu beurteilen?

Machen wir uns doch nichts vor: Gerade in diesen unmenschlichen Auswüchsen ist der Sport ein getreues Spiegelbild unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit, die geprägt ist von Geldgier, Kälte und Rücksichtslosigkeit. Robert Enke war ja kein Einzelfall. Nach seriösen Angaben leiden in Deutschland an die vier Millionen Menschen an Depressionen, knapp fünf Prozent der Bevölkerung. Laut WHO ist Depression weltweit die vierthäufigste Krankheit. Die Prognosen der UN-Gesundheitsorganisation lassen erwarten, dass die Psycho-Krankheit bis 2020 auf Rang zwei vorgerückt sein wird.

Kälte, Rücksichtslosigkeit, Geldgier – der Sport als Spiegelbild der Gesellschaft

Natürlich führt bei weitem nicht jede Depression zwangsläufig zur Selbsttötung. Doch auch hier sind die Zahlen erschreckend. Pro Jahr nehmen sich in Deutschland rund 10000 Menschen das Leben, doppelt so viele, wie bei Verkehrsunfällen sterben. Die Dunkelziffer dürfte erheblich sein – viele Selbsttötungen gerade bei älteren Menschen werden von den Ärzten nicht erkannt.

Was treibt einen Menschen dazu, die in jedem von uns tief verwurzelte Selbsttötungshemmung zu überwinden? Auch wenn die konkreten Anlässe sehr unterschiedlicher Art sind – einige Grundmuster lassen sich sehr wohl benennen.

Zum Beispiel die Vereinsamung unserer so genannten Single-Gesellschaft. Kinder, die mehr Zeit mit Playstation und Computer, Video und TV verbringen als mit Eltern, Spielkameraden oder Geschwistern. Menschen, die plötzlich spurlos verschwinden und monatelang von niemandem vermisst werden. Alleinlebende Alte, die wochenlang tot in ihrer Wohnung liegen, bis einem Nachbarn endlich etwas auffällt. Schlimm, dass all dies heute zum Alltag gehört, noch schlimmer aber, dass sich niemand mehr darüber aufregt.

Ein zweites Beispiel: In unserer rücksichtslosen, wahrhaft gottverlassenen Welt muss der Mensch stark und hart sein, eben „cool". Wer schwach ist (oder etwas offenbart, was als Schwäche ausgelegt werden kann), wird beiseite gedrängt, hat keine Chance mehr, ist „zum Abschuss freigegeben". Das Faustrecht regiert: Der Starke gewinnt, der Schwache geht unter. Ob Rousseau sein „Zurück zur Natur" wirklich so gemeint hat?

Dass solch fatale Fehlentwicklungen unserer modernen Gesellschaft einen nicht unbeträchtlichen Anteil haben am seelischen Leiden von Millionen (mit tödlichem Ende für Tausende!), wurde im Rahmen der öffentlichen Trauer um Robert Enke durchaus thematisiert. Zumindest darin unterschied sich diese Massen- und Medien-Inszenierung positiv von dem eher peinlichen Spektakel nach dem Drogentod des umstrittenen Pop-Idols Michael Jackson.

Aber was bleibt? Darf man auf die so gern zitierte Nachhaltigkeit hoffen? Wenn ein solcher Tod überhaupt einen Sinn haben kann, dann doch diesen: Anstoß zu geben zur Besinnung, zur Umkehr. Und dazu, dass leidende Menschen keine Angst mehr davor haben müssen, dass jemand etwas von ihrer Krankheit erfährt.

Oder wird, wenn nun der erste Schock vorüber ist, die tausendfachen Tränen getrocknet sind und die Medien sich anderen Erregungsthemen zugewandt haben, doch wieder jeder seinen Weg allein gehen wollen, egal, zu welchem Ende er führt? Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Trauer braucht Platz

Der Trend zu neuen Bestattungsformen nimmt seltsame Auswüchse an – Bischof fordert Rückbesinnung

Die Bestattungskultur eines Volkes zeigt die Einstellung seiner Menschen zu Religion und Glaube. Im Laufe der Jahrhunderte hat sich diese Kultur gewandelt – bis hin zu bizarren Auswüchsen.

„Wundersam ist die Torheit der Menschen, dass sie den Tod fürchten, dem doch niemand entfliehen kann, der allen Menschen gemein ist“, hat Martin Luther (1483–1546) in seinen „Tischreden“ geschrieben. Der moderne Mensch fürchtet den Tod offensichtlich so sehr, dass er ihn aus der Gesellschaft verbannt hat. Der Tod, das Sterben sind tabu. Erst kürzlich kritisierte der braunschweigische Landesbischof Friedrich Weber den Umgang mit der alten Friedhofs- und Bestattungskultur. In der Gesellschaft würden der Tod und die Toten als Fremdkörper ausgegrenzt

Der Tod wurde ausgegrenzt, die Toten entsorgt

und gewissermaßen entsorgt. Noch in den 70er Jahren habe er als Gemeindepfarrer erlebt, wie Tote zuhause aufgebahrt wurden. Heute sehe man im Stadtbild kaum noch Leichenwagen. Es gebe eine deutliche Tendenz, den Tod zu anonymisieren. Indem man die Toten auf Grabfeldern ohne Hinweise zu ihrer Person bestatte, nehme man ihnen den Namen, so Weber. – Und die Würde, möchte man ergänzen. – Notwendig sei eine Rückbesinnung darauf, dass der Tod und die Toten nicht dadurch ihren Schrekken und gar Bedrohung verlieren, dass man sie ausgrenzt, sondern dass beides zum Leben gehört.

Die Tradition der Bestattung hat sich im Laufe der Zeit völlig verändert. Geht man über alte Teile großer Friedhöfe, dann sieht man aufwendig gestaltete Familiengräber und sogar Mausoleen. Damals musste man sich lediglich entscheiden: Erdbestattung oder Urnengrab. Erst in jüngster Zeit ist das Interesse an alternativen Bestattungsformen gestiegen. Manche Menschen ziehen eine Seebestattung vor, andere wieder wollen anonym unter einer großen Rasenfläche begraben werden, um ihren Hinterbliebenen nicht zur Last zu fallen. Der genaue Ort ist dann nur noch der Friedhofsverwaltung bekannt. Aber Trauer braucht Platz. Und so gibt es auf einigen Friedhöfen Stelen, auf denen wenigstens die Namen der so Bestatteten zu lesen sind.

Eine Alternative zum Gräberfeld sind die so genannten Kolumbarien, die im Mittelmeerraum und in den Alpen bereits Tradition haben, weil es dort oft schwierig ist, in dem felsigen Boden Gräber auszuheben. So werden die Urnen in steinerne Nischenwände eingelassen, die an Schließfächer erinnern. Auf Verschlussplatten aus Granit, Sicherheitsglas oder Messing werden nur die Namen und die Lebensdaten vermerkt.

Einen ganz besonderen Ort der letzten Ruhe können Fußballfans in Hamburg finden. In Hörweite des Stadions können sich HSV-Anhänger beerdigen lassen. Es ist lediglich eine Geschmacksfrage, ob den Sarg und den Grabstein auch die schwarzweiße Raute auf blauem Grund schmücken soll.

Naturverbundenheit zeigt eine andere mögliche Bestattungsform. Im Jahr 2001 wurde der erste Friedwald im Reinhardswald bei Kassel eröffnet. Inzwischen gibt es über 80 solcher Einrichtungen, auf denen Urnen aus ökologisch abbaubarem Material zwischen den Wurzeln eines Baumes beigesetzt werden. Noch ist es allerdings in Deutschland verboten, die Asche Verstorbener in der Landschaft zu verstreuen.

Allen negativ anmutenden Erscheinungen zum Trotz bahnt sich eine neue Entwicklung an. Wer etwas auf sich hält (und das nötige Kleingeld hat), der lässt sich wie die Vorväter ein Mausoleum errichten. Der Hamburger Fotograf F. C. Gundlach hat auf dem Ohlsdorfer Friedhof in der Hansestadt einen Klotz aus Beton errichten lassen, pur und schnörkellos. Allein ein in den Beton gegossenes Foto seiner Ägyptenreise 1966, die Pyramiden und zwei Frauenköpfe zeigend, schmückt den gewaltigen Quader. Gerold Eppler vom Kasseler Museum für Sepulkralkultur sieht darin kein Problem: „Generell kann man seiner Kreativität beim Grabzeichen völlig freien Lauf lassen – solange man die Friedhofswürde nicht verletzt.“ In der Zahl zunehmender anonymer Bestattungen sieht der Hamburger Historiker Norbert Fischer, der sich seit 25 Jahren mit Bestattungskultur und der Geschichte des Todes beschäftigt, eine Tendenz. „Es gibt heute ein breites Spektrum an Trauer- und Erinnerungskultur. Etwa Gedenkseiten im Internet, die zunehmend beliebter werden.“



Sorgsam gepflegt: Das Grab des Dichters Ernst Wichert auf dem Alten Zwölf-Apostel-Friedhof in Berlin Bild: Osman

Auf vielen Friedhöfen gibt es historische Grabstätten, die von Angehörigen nicht mehr gepflegt werden können. Diese Gräber werden an neue Nutzer vergeben, die eine Patenschaft übernehmen. Die Gräber stehen unter Denkmalschutz und müssen restauriert und gepflegt werden. *PAZ*-Leserin Hella Leuchert-Altena hat die Patenschaft über das Grab des aus Kuckerneese bei Tilsit stammenden Malers Friedrich Schröder-Sonnenstern (1892–1982) übernommen, das sich auf dem Alten Zwölf-Apostel-Friedhof in Berlin-Schöneberg befindet. Auf dem zwischen 1864 und 1879 nach Plänen des Königlichen Gartenbau-Inspektors Carl David Bouché errichteten Friedhof findet sich eine Reihe von Grabstätten bedeutender Männer und Frauen. Betritt man von der Kolonnenstraße aus den Kirchhof, umfängt einen tiefe Ruhe. Nur von fern hört man noch das Tosen des Großstadtverkehrs. Das Grab des Richters und Dichters Ernst Wichert (1831–1902) ist schnell gefunden. Eine hohe Stele mit dem Bildnisrelief schmückt den Grabstein. Eine rote Rose inmitten des grünen Bodendeckers zeigt, dass sich jemand kümmert. Nichte Hella Leuchert-Altena wird es gewesen sein, die dem entfernten Onkel damit ein Zeichen der Zuneigung setzte. Sie hat auch dafür gesorgt, dass das Grab neu bepflanzt wurde. Das Nutzungs-

Private Initiativen retten Gräber vor dem Verfall

recht für das Grab hat jetzt die Landsmannschaft Ostpreußen für 20 Jahre übernommen, nachdem die Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e. V. 1989/90 im Zusammenwirken mit der Kreisgemeinschaft Insterburg die Grabanlage hatte restaurieren und wiederherstellen lassen und sich zwei Jahrzehnte darum kümmerte. Wie wichtig es ist, dass Gräber bedeutender Geistesschaffender und Künstler auch lange nach ihrem Tod gepflegt werden, zeigen zwei andere Ruhestätten auf dem Zwölf-Apostel-Friedhof: das Grab des Bildhauers und Schöpfers des Neptun-Brunnens vor dem Roten Rathaus Reinhold Begas (1831–1911) und das des Malers und Akademieprofessors Anton von Werner (1843–1915). Beides sind Ehrengräber der Stadt Berlin, beide wirken ungepflegt und nicht gerade repräsentativ. In Zeiten knapper Kassen fallen Kulturdenkmäler wie auch Grabstätten dem Rotstift zum Opfer. Da können offensichtlich nur noch private Initiativen helfen. *Silke Osman*

Christliches Wort zum Totensonntag

Warum lohnt es sich der Toten zu gedenken? Kein Mensch tut dies an sich gerne. Der Monat November mit seinen vielen Toten-Gedenktagen ist in unseren Gegenden ein regnerischer, feuchter und düsterer Monat. Wenn Katholiken am Monatsanfang und Protestanten gegen Monatsende die Gräber ihrer Angehörigen besuchen, ist dies oft kein leichter Gang. Der Gedanke an den eigenen Tod kommt dabei zwangsläufig auf.

Warum es sich lohnt, der Toten zu gedenken? Weil sich viele Dinge im Leben erst vom Ende her erschließen. Ein kluger Geschäftsmann bedenkt die Erfolgsaussichten einer Investition vom Ende her. Wenn die Rendite oder der Gewinn stimmen soll, darf man nicht die Mühen des Anfangs betrachten, sondern muss sich überlegen: Was kommt dabei heraus?

Oder denken Sie an die Familiengründung. Natürlich macht jede Geburt der Frau Schmerzen, die Erziehung und Sorge für die Kinder kostet unendlich viele Mühen, Geld und Leid. Aber wie groß ist auch die tiefe Freude derjenigen, die im Alter dann nicht alleine sind, sondern umsorgt werden und ihre Enkel sehen dürfen. Und wie einsam kann der Lebensweg derer sein, die kinderlos – und nach gescheiterten Ehen oder Partnerschaften – vielleicht völlig einsam leben, sterben müssen.

„Herr, lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir weise werden“, heißt es im 90.

Weisheit des Herzens bedenkt das Ende

Psalm, der häufig bei Beerdigungen gelesen wird. Diese Weisheit, die das Ende bedenkt, darf man nicht mit der Klugheit des Kopfes verwechseln. Es geht hier um die Weisheit des Herzens. Auch sehr einfache, arme oder ungebildete Menschen können eine tiefe Wärme ihres Herzens besitzen. Diese wird nicht an Schulen oder Universitäten gelehrt, sondern in der Schule des Lebens und des Glaubens erworben. Hier steht man als Mensch – und dies vor allen Dingen in jungen Jahren – vor bestimmten Entscheidungen, denen man nicht ausweichen sollte. Wem vertraue ich mich rückhaltlos an? Lebe ich mit Gott als meinem Herrn oder eher ohne ihn? Wage ich eine Ehe mit einem Menschen, den ich naturgemäß vor einer Hochzeit nie vollständig kennen lernen kann? Und setze ich im Vertrauen auf Gottes Schutz und Fürsorge Kinder in die Welt, auch wenn die eigenen,

Das gemeinsame Gebet bereichert

beruflichen, finanziellen oder räumlichen Verhältnisse dies vielleicht momentan kaum zulassen? Diese warmherzige Weisheit, die aus Vertrauen und Glauben entsteht, ist in dem Psalmwort gemeint. Wer sich daher in diesen Tagen aufmacht zu den Gräbern der Vorfahren, kann dabei weiser werden. Das gemeinsame Gebet des Vaterunsers am Grab oder ein „Engel des Herrn“ oder ein freies Dankgebet für die Wagnisse, Opfer, die Liebe und Fürsorge der Verstorbenen bereichern letztlich die Betenden selbst. Mancher falsche Weg relativiert sich. Und gerade Kinder und Jugendliche, die mit dabei sein sollten, lernen auf diese Weise ganz nebenbei, wie sie weiser und warmherziger werden können. *Hinrich E. Bues*

Kunstführer

Kleine Broschüren über Schlösser

Über Friedrich den Großen und sein Weinbergschloss Sanssouci ist viel geschrieben und erzählt worden. Fundiert und gleichzeitig kompakt fasst nun ein neuer Kunstführer der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) die wichtigsten Informationen zusammen.



„Schloss Sanssouci“, herausgegeben in Kooperation mit dem Deutschen Kunstverlag (DKV), begleitet den Besucher kundig durch Schloss und Garten. Drei weitere Führer zum Belvedere auf dem Pfingstberg, Schloss und Park Caputh sowie Schloss und Park Rheinsberg liegen ebenfalls vor; ein Führer zum Schlossmuseum Oranienburg wird in Kürze erscheinen.

In den kommenden Jahren soll diese Reihe fortgesetzt werden. Ziel ist es, dem Besucher zu kleinen Preisen handliche und dennoch hochwertige Führer durch die von der SPSG verwalteten Sehenswürdigkeiten anzubieten. Auf 30 bis 50 Seiten im Handtaschenformat veranschaulicht jeder Führer spannend und detailreich Kunst, Kultur und Geschichte in Brandenburg-Preußen. Alle Texte sind von Experten geschrieben, großzügig farbig bebildert und mit weiterführenden Literaturhinweisen versehen. Wichtige Informationen wie Öffnungszeiten oder Garten- und Schlosspläne finden sich gleich auf den ersten Blick in der Klappenbroschur oder im Anhang. So kann sich der Besucher vor Ort umfassend informieren, aber auch später zu Hause seine Reise wieder lebendig werden lassen.

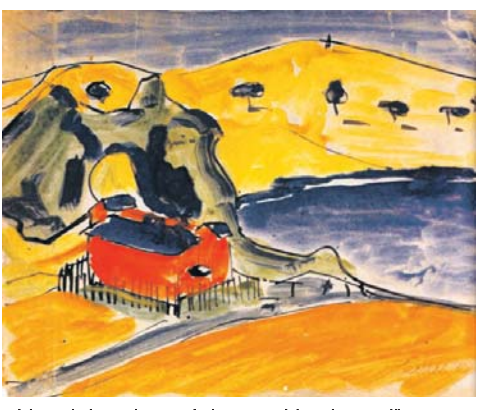
Alle bisher erschienenen Führer stehen ab sofort in den Museumsläden der SPSG und an den Schlosskassen zum Verkauf. Durch die Kooperation mit dem Deutschen Kunstverlag gibt es außerdem die Möglichkeit, die Bände bereits im Vorfeld einer Reise über den deutschsprachigen Buchhandel zu erwerben. Die Preise für die einzelnen Führer liegen zwischen 3,95 und 5,95 Euro. Übersetzungen in mehrere Sprachen werden ebenfalls angeboten. *PAZ*

Ausdrucksmittel Aquarell

Ausstellungsreihe mit Werken des Malers Erich Heckel

Menschen bei der Ausübung ihres Berufs, Tänzer, Clowns, Artisten, Landschaften in Deutschland, aber auch in Frankreich und Holland, Stilleben und Porträts – dieses breite Spektrum findet sich im Werk des Malers und Graphikers Erich Heckel (1883–1970). Zunächst fertigte er meist Skizzen an, um danach im Atelier Aquarelle zu schaffen. Im dritten Schritt schließlich folgten die im Motiv sehr ähnlichen Ölbilder.

Schon zu Lebzeiten schenkte der Mitbegründer der Künstlergruppe „Brücke“ dem Berliner „Brücke“-Museum über 1000 eigene Arbeiten. Nach seinem Tod setzte seine Witwe Siddi Heckel diese Schenkungen fort, darunter waren 121 Aquarelle, die nun an verschiedenen Orten in Deutschland auf einer Ausstellung zu sehen sind. Jede Ausstellung hat dabei einen eigenen Schwerpunkt. In Quedlinburg und Emden wie auch in dem Katalog ist vor allem die Gegenüberstellung von Aquarell und Gemälde interessant, wird doch deutlich, dass Heckel im Aquarell ein „unentbehrliches Ausdrucksmittel“ sah. *os*



Erich Heckel: An den Moritzburger Teichen (Aquarell) Bild: Katalog

Die Ausstellung „Erich Heckel – der stille Expressionist“ ist bis zum 10. Januar 2010 in der Lyonel-Feininger-Galerie in Quedlinburg zu sehen. Anschließend in der Städtischen Galerie Villingen-Schwenningen (24. Januar bis 25. April 2010), in der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf in Schleswig (16. Mai bis 29. August), in der Kunsthalle Emden (11. September 2010 bis 9. Januar 2011) und im Brücke-Museum Berlin (11. November 2011 bis 11. März 2012). Zur Ausstellung ist im Hirmer Verlag, München, ein Katalog erschienen (320 Seiten mit 280 Farbabbildungen, gebunden, 39,90 Euro).

Genial, aber teuer

Das Schütteln des Hubkolben-Verbrennungsmotors störte Felix Wankel (1902–1988) so sehr, dass die Entwicklung eines vibrationsarmen Motors für ihn zur Lebensaufgabe wurde. In der Rotationskolbenmaschine sah der Badenser die geeignete Antriebsform. Er richtete im Haus seiner Mutter eine Versuchswerkstatt ein und ging bald mit ersten Forschungsergebnissen an die Öffentlichkeit. Ab 1936 förderte das Reichsluftfahrtministerium Wankels Forschungen mit Millionenbeträgen.

Nach dem Krieg wurden Wankels Werkstätten von den Siegermächten demontiert und er selbst mit einem Arbeitsverbot belegt. So konnte er seine Forschungen erst 1951 wieder aufnehmen. Im selben Jahr begann seine Zusammenarbeit mit dem Fahrzeughersteller NSU. Es dauerte noch weitere sechs Jahre, bis er den ersten voll funktionsfähigen Drehkolbenmotor praktisch erproben konnte. In dieser Zeit nahmen die NSU-Ingenieure immer mehr Einfluss auf die geheime Motorenentwicklung und modifizierten Wankels ursprünglichen Drehkolben- zu einem Kreiskolbenmotor, wodurch sie dessen Leistung beschränkten.

Auch in dieser Form wies der Wankelmotor gegenüber dem Ottomotor klare Vorteile auf. Anstelle der Hubkolben werden dreieckige Kreiskolben verwendet, die in einer Kammer auf einem Zapfen der Exzenterwelle rotieren und sich dabei um die eigene Achse drehen. Dadurch wird gleich eine



Foto: Internet

Wankelmotor

Kreisbewegung erzeugt, so dass nicht erst eine Horizontalbewegung in eine Kreisbewegung umgewandelt werde muss. Da der Wankelmotor nur wenige bewegliche Teile hat, ist er sehr kompakt und verschleißarm. Er hat geringere Reibungsverluste und arbeitet zudem weicher und weitgehend vibrationsfrei. Dem stehen jedoch höhere Produktionskosten und ein höherer Kraftstoffverbrauch entgegen.

Am 24. November 1959 ging NSU mit dem produktionsreifen Motor an die Öffentlichkeit. Zu diesem Zeitpunkt war dessen Schöpfer längst ausgebootet. Allerdings machten ihn die Lizenzgebühren in den folgenden Jahrzehnten auch so zum Millionär. Zu den Lizenznehmern gehörten neben dem Vorreiter NSU Daimler-Benz, General Motors, Toyota und Mazda. 1963 brachte NSU mit dem Spider den ersten in Serie gefertigten Wankel-Personenkraftwagen auf den Markt. Großes Aufsehen erregte 1967 der in jeder Hinsicht avantgardistische NSU Ro 80, der allerdings sehr störanfällig war und daher nur in verhältnismäßig geringer Stückzahl verkauft wurde.

Seit der Übernahme von NSU durch Audi/VW und dem Ende der Wankel-Erprobung bei den anderen Herstellern Anfang der 1980er Jahre wird der Wankelmotor nur noch von Mazda im Automobilbau verwendet. Der von ihm erfundene Motor treibt heute außer den Mazda RX 8 noch Flugzeuge, Boote und Maschinen an.

Jan Heitmann

Holocaust, Völkermord oder was?

Der internationale Streit um die Interpretation des Holodomor ist groß, da die Konsequenzen immens sind

In Russland an der unteren Wolga, in Kasachstan, im Kuban-Gebiet, besonders aber in der Ukraine kamen 1932/1933 bis zu sieben Millionen Menschen bei einer entsetzlichen Hungersnot ums Leben. Die Ukrainer nennen dieses sie heute noch traumatisierende Ereignis „Holodomor", was auf Deutsch so viel heißt wie „durch Hunger sterben lassen". Sie werfen der damaligen Sowjetführung unter KP-Generalsekretär Josef Stalin vor, damit einen Völkermord verübt zu haben.

Die heutige russische Führung verteidigt Stalin damit, er habe in seinem ersten Fünfjahresplan die Kollektivierung der Landwirtschaft durchsetzen wollen. Das hätte nach seiner Vorstellung die Lebensmittelversorgung sichergestellt, welche die werktätige Bevölkerung in den Industriezentren benötigte. Dafür habe man Maschinen importieren müssen, und die Devisen dafür wären auch durch Getreideexport aus der Ukraine erzielt worden. Seit 1987 gibt Moskau aber zumindest zu, dass dabei mit ungeheurer Brutalität verfahren wurde.

Die Bauern, sofern sie nicht schon ab 1928 in eine Kolchose gepresst waren, hatten rigorose Ablieferungspflichten zu erfüllen, ohne Rücksicht auf den Ernteertrag. Wenn sie nicht die vorgeschriebene Menge Getreide brachten, mussten sie ersatzweise Fleisch, Fett, Milch etc. liefern. Viele weigerten sich, schlachteten aus Trotz ihr Vieh, versteckten ihre Getreidevorräte. Da wurden Greifkommandos ausgeschickt, die oft genug einfach alles mitnahmen, wessen sie habhaft werden konnten. Das Ergebnis war flächendeckende Hungersnot. Ganze Dörfer starben aus, die Leichen lagen in Haufen unbestattet auf den Straßen, viele Fälle von Kannibalismus sind bezeugt.

Es war auch eine Machtfrage; durch die Staatskontrolle über die Landwirtschaft sollte das freie Bauerntum gebrochen werden. Das Schimpfwort „Kulak" machte die Runde. Eigentlich bedeutet das Wort „Großbauer", aber in der stalinistischen Propaganda wurde es zum Synonym für reaktionäres Gesindel, das seine Knechte ausbeutet und seine Güter für schmutzige Spekulationen hortet. Wer nicht gerade armselig dahinvegetierte, galt schnell als „Kulak" und wurde umgebracht, meistens



Foto: pa

In der Ukraine sind die Opfer des Stalinismus keine Opfer zweiter Klasse: Der ukrainische und der US-Präsident mit ihren Ehefrauen am Monument für die Opfer des Holodomor in Kiew

aber in den kalten Norden des Riesenreiches deportiert. Die Zahl dieser Deportationsopfer wird auf rund 1,8 Millionen geschätzt.

Also verheerende Ideologie, sagen die Moskauer heute, nicht nationaler Kampf der Russen gegen die Ukrainer. Denn an der Wolga und am Kuban habe es auch die Russen getroffen. Kein Geno-Zid („Völkermord") also, sondern sozusagen ein Sozio-Zid, tödlicher Klassenkampf.

Dagegen argumentieren die Ukrainer, die Machtfrage sei gleichzeitig eine nationale Frage gewesen. Stalin habe, als er vom Widerstand der ukrainischen Bauern hörte, sofort gefürchtet, dass dahinter eine nationalistische Verschwörung im Zusammenspiel mit den Polen stekke. Dort lebte nämlich im Südosten des Landes, in Ostgalizien eine über sechs Millionen starke ukrainische Volksgruppe, mit deren Hilfe sie der jungen Sowjetmacht die Ukraine durch Subversion wieder zu entreißen getrachtet hätten. Da hätten die sowjetischen Ukrainer eben durch Hunger gebrochen werden müssen. So habe es der stalinschen Verschwörungs-Paranoia entsprochen.

Nach der „orangenen Revolution" vom Winter 2004/2005 kam das Thema auch amtlich in neuen Schwung. Die nationale Deutung des „Holodomor" fand Eingang in die Schulbücher. Der 25. November 2006 war der erste offizielle „Tag des Gedenkens an die Opfer des Holodomor und der politischen Repressionen." Ein nach polnischem Vorbild gegründetes „Institut des nationalen Gedenkens" sollte die Erinnerung festhalten. In allen regionalen Zentren der Ukraine waren entsprechende Denkmäler zu errichten. In der Nähe des Kiewer Höhlenklosters sollten ein Denkmal, ein Museum und ein wissenschaftliches Institut zum Thema angesiedelt werden.

Artikel 1 des Gesetzes vom 28. November 2006 „über den Holodomor in der Ukraine in den Jahren 1932 und 1933" dekretiert, dass es sich damals um Völkermord gehandelt habe. Leugnung wird durch Artikel 2 verboten als „Verhöhnung des Gedenkens der Opfer". Die Opposition in Kiew, die russlandfreundliche „Partei der Regionen", wollte Russisch als zweite Staatssprache einführen und musste sich das vorwerfen lassen als „Versuch, den kulturellen Schlag des Holodomor gegen die Ukraine auch für die Zukunft festzuschreiben".

Präsident Wiktor Juschtschenko ging auch international in die geschichtspolitische Offensive. Bis zum 31. Oktober 2007 hatten Argentinien, Australien, Ecuador, Georgien, Kanada, Litauen, Peru, Polen, Spanien, Ungarn, der Vatikan und auch die USA den Holodomor als Genozid anerkannt. Am 7. September 2009 ist in Warschau im Beisein der beiden Staatspräsidenten ein Denkmal für die Opfer der Hungerkatastrophe enthüllt worden. Das Europäische Parlament stufte den Vorgang immerhin im Herbst 2008 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein.

Weniger Erfolg hatte Juschtschenko mit seinem Ende 2008 unternommenen Versuch, in der Uno eine Resolution durchzusetzen, die den Genozid feststellt. Das hätte die Einforderung von Schadensersatz durch Russland als dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion erleichtert. Es gelang den Russen jedoch zweimal, den Antrag von der Tagesordnung abzusetzen.

Fürchtet Russland Wiedergutmachungsansprüche, so Israel eine Relativierung der Judenmorde. Das israelische Außenministerium hat seine Ablehnung der Klassifizierung des Holodomor als Holocaust zu Beginn dieses Jahres gegenüber der russischen Presse mit den Worten begründet: „Holocaust, das ist allein der Genozid, der an uns Juden verübt wurde."

Bernd Rill

Westbindung gegen wirtschaftliche Vorteile

Vor 60 Jahren unterzeichneten Adenauer und die Alliierten Hohen Kommissare das Petersberger Abkommen

Vor 60 Jahren hatten der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Vereinigten Staaten von Amerika ein wichtiges gemeinsames Ziel. Beide wollten die Westbindung der Bundesrepublik einschließlich Teilnahme an der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), Europarat und Marshallplan.

Und wie Adenauer hatten auch die USA ein Interesse daran, dass der amtierende Bundeskanzler im Amt blieb. Mit der Alternative, Oppositionsführer Kurt Schumacher, war die geplante Westbindung nämlich kaum zu erreichen. Der sozialdemokratische, patriotische Westpreuße wollte ein sozialistisches, unabhängiges, geeintes Deutschland. Die Bindung an den „kapitalistischen Westen" lehnte er ab, weil sie – zumindest in seinen Augen – zum einen analog zur Ostbindung der DDR die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erschwerte und zum anderen der Bundesrepublik ihre (vermeintliche) Wahlfreiheit zwischen Sozialismus und Kapitalismus nahm.

Adenauer und die USA hatten mit der Westbindung ein wichtiges gemeinsames Ziel

Adenauer wusste, dass seine Politik der Westbindung in der Bundesrepublik nur politisch mehrheitsfähig und damit durchsetzbar war, wenn sie mit einer Verbesserung der Lebenssituation seiner Mitbürger einherging. Schon aus diesem Grunde musste er sich für eine Lockerung des Besatzungsregimes mit seinen Demontagen und Beschränkungen etwa der Werftindustrie einsetzen. In den USA sah man durchaus ein, dass man den Bundesbürgern materielle Anreize bieten musste, wollte man sie als Verbündete in der bipolaren Ordnung mit der Sowjetunion gewinnen.

Abgesehen davon, dass es fünf Jahre nach dem Völkerringen in den USA durchaus noch Ressentiments gegen Deutsche gab, wollten die US-Amerikaner es allerdings verhindern, in dieser Frage von der Bundesregierung gegen ihre Verbündeten und Mitbesatzungsmächte Großbritannien und Frankreich ausgespielt zu werden. Entsprechend reserviert war ihr Entgegenkommen gegenüber der Bundesregierung.

Im Prinzip stellten sich vor 60 Jahren die drei Westmächte zu der in Aussicht stehenden Stärkung der Bundesrepublik genauso wie 40 Jahre später. Die europäischen Mächte Großbritannien und Frankreich reagierten mit Angst. 1949 wurde die Fortsetzung der wirtschaftlich-industriellen Knebelung der Bundesrepublik von Frankreich aus sicherheitspolitischen Gründen gewünscht, damit Deutsche in Feldgrau „nicht ein viertes Mal in hundert Jahren" auf französischem Boden stünden, und von den Briten aus wirtschaftspolitischen, um die deutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten nicht zu groß werden zu lassen. Die USA hingegen reagierten 1949 wie 1989 mit der Souveränität einer Supermacht. Ihnen schien die Bundesrepublik weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftspolitisch gefährlich werden zu können. In den USA wusste man 1949 wie 1989, dass eine Stärkung der Bundesrepublik die Stärkung des von ihnen selbst geführten westlichen Lagers bedeutete, sofern denn die Westbindung der Bundesrepublik sichergestellt wäre.

Ein Pfand war den US-Amerikanern dabei das wenige Wochen vor der Verkündung des Grundgesetzes beschlossene Ruhrstatut, das der Bundesrepublik die (alleinige) Verfügungsgewalt über das wirtschaftliche Herz Deutschlands, wenn nicht gar Europas, das Ruhrgebiet, vorenthielt. Gemäß diesem von den Westalliierten und den Beneluxstaaten beschlossenen Statut sollte eine von den Unterzeichnerstaaten und Deutschland beschickte Ruhrbehörde das Aufsichtsrecht über die westdeutsche Schwerindustrie ausüben. Von der Bundesregierung erwarteten die Besatzungsmächte nun, dass sie wie die Signatarstaaten Vertreter in die Behörde entsandte und sie damit anerkannte. Für Schumacher war das genauso wie die gemeinsame Mitgliedschaft mit dem Saarland im Europarat Verrat – und Adenauer ein „Bundeskanzler der Alliierten", denn dieser setzte die Mitarbeit in der Ruhrbehörde wie den Beitritt zum Europarat durch. Im Gegensatz zu den Franzosen und Briten, aber ähnlich wie die US-Amerikaner verband der Kanzler mit der Ruhrbehörde die Hoffnung, dass von diesem Instrument der einseitigen Diskriminierung der Bundesrepublik eine (west)europäische Integration gleichberechtigter Staaten ausgehen könne. Erleichtert wurde der Bundesregierung die Entscheidung zur Mitarbeit in der Ruhrbehörde durch diverse, insbesondere wirtschaftliche und damit für den Volkswohlstand bedeutende Erleichterungen des Besatzungsregimes: Die Demontagen wurden eingeschränkt, die Beschränkungen im Schiffbau gelockert und die Errichtung von Konsulaten in den westlichen Ländern genehmigt.

Deutsche Mitarbeit in der Ruhrbehörde gegen Lockerung des Besatzungsregimes

Festgezurrt und verbindlich gemacht wurden diese ersten Schritte der Bundesrepublik Richtung Westbindung und die Gegenleistungen der Besatzer durch das Petersberger Abkommen. Vor 60 Jahren, am 22. November 1949, unterzeichneten der deutsche Bundeskanzler auf der einen Seite sowie die drei Alliierten Hohen Kommissare Sir Brian Hubert Robertson, André Francois-Poncet und John Jay MacCloy auf der anderen diese erst frei ausgehandelte Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und ihren Besatzungsmächten auf dem Petersberg, dem Sitz der Alliierten Hohen Kommission.

Manuel Ruoff

Eine gezielte Kugel traf ihn von hinten

PAZ-Serie über ostpreußische Märtyrer (Teil 3): Kuratus Hubert Groß

Von Nationalsozialisten wie Bolschewisten verfolgt, fiel Kuratus Hubert Groß in Ostpreußens Hauptstadt schließlich einer russischen Militärstreife zum Opfer.

Nur wenige Priester und Pastoren blieben Anfang 1945 noch in Ostpreußen, nachdem der Evakuierungsbefehl schon erteilt worden war. Dazu gehörte der als Hilfsgeistlicher eingesetzte „Kuratus“ Hubert Groß. Nach der Evakuierung von Ludwigsort im Februar 1945 ging Groß zunächst nach Pillau. Hier gab es noch die Möglichkeit zur Flucht per Schiff nach Dänemark. Aber der Geistliche blieb dort, auch als der Ort Mitte April total geräumt wurde, um sich gemeinsam mit dem Redemptoristenpater Max Caspar der großen Zahl der ins Samland verschlagenen Katholiken anzunehmen. Das Wort Jesu stand ihm dabei vor Augen: „Der gute Hirt gibt sein Leben hin für die Schafe. Der bezahlte Knecht aber, der nicht Hirt ist und dem die Schafe nicht gehören, lässt die Schafe im Stich und flieht, wenn er den Wolf kommen sieht“ (Joh 10,11 f.).

Nach der Eroberung Pillaus schrieb Pfarrer Groß an seine leiblichen Geschwister: „Ich habe nichts als mein Leben gerettet. Nach vielen Strapazen und sechs Lagern bin ich im Mai nach Königsberg entlassen worden, zusammen mit Pastor Casper. Grauen packte uns, als wir Königsberg sahen.“ So nahm er sich der verwaisten Pfarrei Amalienau an, bis auch er vom Typhus gepackt wurde. Entgegen aller Erwartung – seinem Bischof hatte man seinen Tod bereits gemeldet – genas der Priester jedoch von seiner Krankheit.

Trotz schwierigster Umstände und geschwächter Gesundheit machte sich Groß danach öfters zu Fuß von Königsberg nach Heiligenbeil und Ludwigsort auf, wo er seit 1941 die Gemeinde betreut hatte. Nur noch vier deutsche Familien fand er dort vor. Die katholische Kirche wurde von den Russen als Pferdestall benutzt. So hielt der Priester die Heilige Messe in der Volksschule ab. Einmal wurde er unterwegs ausgeplündert und verlor seinen wertvollen Kelch und das Messgewand.

Als mutiger Mann war Kaplan Groß schon während der nationalsozialistischen Regierung hervorgetreten. Der Seelsorger versuchte, die Jugend, die ihm anvertraut war, mit allen Mitteln der Staatsjugend zu entziehen. In einem Lagebericht an die Gestapo hieß es 1935: „Eine besondere Tätigkeit in dieser Beziehung entfaltete Kaplan Groß in Frauenburg. Groß hat in dem bischöflichen Dom ein Jugendheim eingerichtet und hält in diesem streng geheim wöchentliche Versammlungen ab. Auffallend ist eine Anweisung von Kaplan Groß an die Mitglieder der Christus-Jugend, sich unter die HJ und SA zu mischen und dort ihren Einfluss geltend zu machen.“

Trotz des Verbots durch das Reichskirchenministerium verlas Groß 1937 den Fastenhirtenbrief seines Bischofs Maximilian Kaller, der „Angriffe auf Führer und Staat in einer bisher noch nie da gewesenen Form“ – so der offizielle Lagebericht – enthalte. Als sich Kaplan Groß in einer Predigt gegen die Untergrabung der elterlichen Autorität durch den Staat wandte, wurde er „wegen angeblich heimtückischer Predigtäußerungen“ angezeigt und durch das Sondergericht Königsberg am 28. Juli 1937 zu einer achtmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Während seiner Haft von Juli 1937 bis April 1938 in Braunsberg, bei der er vielfältige Schikanen durch das Wachpersonal zu erdulden hatte, lernte er das Neue Testament auswendig. Durch das berühmte Buch, „Die Nachfolge Christi“ von Thomas von Kempen, das er ebenfalls während seiner Haftzeit las, sah er sich tief gestärkt. Demonstrativ holte ihn Dompropst Sander bei seiner Entlassung vom Gefängnis ab und führte ihn offiziell an seine Kaplansstelle zurück, wo er von der Jugend herzlich begrüßt wurde.



Elisabeth-Krankenhaus in Königsberg: Hier fand Hubert Groß (links oben) 1947 den Tod.

Bilder (2): Archiv

Nach seiner Haft wurde er fortwährend von der Gestapo bespitzelt. Sein Nachfolger an der Kirche in Frauenburg, Pfarrer Nikolaus Schwinden aus der Diözese Trier, würdigte Hubert Groß vor allen Dingen für seinen Widerstand gegen die örtlichen und übergeordneten Behörden und Parteistellen. So konnte im Jahre 1938 in Ludwigsort eine Kirche eingeweiht werden. Dorthin kamen aus der zerstreuten Gemeinde und in der Kriegszeit auch mehrere hundert dienstverpflichtete Arbeiterinnen und Angestellte einer großen Munitionsfabrik zum Gottesdienst. Auch das gute Verhältnis des noch jungen, 1908 geborenen Geistlichen zu den evangelischen Pfarrern der Umgebung fand rückblickend besondere Anerkennung.

An seiner letzten Wirkungsstätte, in Königsberg, erfüllte ihn schließlich die Ahnung, „dass er die Stadt lebend nicht verlassen würde“. Seit geraumer Zeit hatten sich in Königsberg die Rotarmisten in seiner direkten Umgebung niedergelassen. Unschwer konnten sie den Geistlichen an seiner Kleidung erkennen. Nicht selten gingen sie hasserfüllt gegen die Kirche vor. Als Pfarrer Groß am Abend des 19. Januar 1947 das örtliche Elisabeth-Krankenhaus betreten wollte, traf ihn von hinten die gezielte Kugel einer russischen Militärstreife. Mit dem Schrei „Mein Gott!“ auf den Lippen starb der Seelsorger schon nach wenigen Minuten.

„Die Liebe zu den Ermländern ließ ihn im Samland bleiben“, sagte der Pfarrer bei Groß’ Beerdigung. So vollendete sich ein Lebenslauf, der trotz seiner Kürze bis heute ein lebendiges Zeichen blieb. Von einem Weggefährten wurde er als „ein richtiges Sonnenkind“ beschrieben. Von allen Priestern des Ermlands sei er der innerlich fröhlichste gewesen. Dabei sei er manchmal ein wenig mehr auf den Wolken des Himmels als auf den Steinen der Erde gewandelt, was einem Geistlichen allerdings gut anstehe. Seine tiefsten Wurzeln seien jedoch nicht in seinem fröhlichen Gemüt, sondern in seinem Herrn Jesus Christus gewesen. *Hinrich E. Bues*

Nach: „Zeugen für Christus – Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts“, herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz, 4., vermehrte und aktualisierte Auflage, Paderborn 2006.

Das Seenotwerk begann in Ostpreußen

Vor 200 Jahren wurde in Memel die erste deutsche Rettungsstation gegründet – 1910 ein engmaschiges Netz

Es passt zu ihrem Wesen, dass es Ostpreußen waren, die in ihrer ältesten, 1253 gegründeten Stadt Memel schon 1809 die erste aller deutschen Rettungsstationen gründeten. Die Kaufmännische Korporation stiftete ein Rettungsboot, das 1810 seinen Dienst aufnehmen konnte, vornehmlich von Lotsen bemannt.

Noch während der „privaten Phase“ der 1839 in eine sogenannte fiskalische, sprich staatliche Rettungsstation der Königlichen Preußischen Regierung umgewandelten Station Memel verzeichnete das Ruderrettungsboot erfolgreiche, heute nicht mehr datierbare Einsätze. Und diese Memeler Aktivitäten wirkten ansteckend. In den 1820er Jahren entstanden auch in Pillau und Mellneraggen privat geförderte und später zeitweilig „fiskalisch gewordene“ Rettungsstationen.

Schon ab 1827 wurden per Rakete Leinen zu Schiffbrüchigen geschossen

Als profunde Kenner der umliegenden Küsten waren sich die Memeler Rettungsmänner illusionslos darüber im Klaren, dass es immer wieder Situationen geben würde, in denen ein gerudertes Rettungsboot beim besten Willen nicht an ein gestrandetes Schiff herankommen konnte. Das verbot sich im steinigen Vorfeld von Steilküsten, für die das Samland besonders bekannt war. Man erreichte per Rettungsboot aber auch havarierte, zum Wrack gewordene Schiffe nur unter Schwierigkeiten oder gar nicht, wenn sie von starker Brandung allzu nahe vor offenen Sandstränden auf Grund geworfen waren.

Die Überlegung der Seenotretter bewegte sich um die Frage, ob die dann gegebene Strandnähe es gestatten würde, von Land aus eine Leinenverbindung zum Abbergen der Schiffbrüchigen herzustellen. Die örtlich zuständige Regierungsbehörde befasste sich mit den Darlegungen und gab 1827 grünes Licht für den ersten Leinenschießversuch mittels Rakete. Der in Memel befehlende Brigadegeneral durfte ihn in offiziellem Auftrag durchführen lassen. Zwei besonders fähige Artillerie-Unteroffiziere stellten die erste leinentragende Rakete Deutschlands her, die im Beisein der für solche Sachfragen zuständigen Rettungsmänner und Lotsen erprobt wurde. Auf dem Erprobungsgelände hatte man die Nachbildung eines Schiffsmastes errichtet. Es gelang auf Anhieb, mit der Rakete aus 250 Meter Entfernung eine Leine dorthin zu schießen. Sie verfing sich in dem Mast. Dieser Erfolg beeindruckte alle Augenzeugen tief. Und doch war die Zeit für ein derart weitblickend vorgenommenes Experiment noch nicht reif. Die Armee hatte für die Weiterentwicklung solcher nichtmilitärischen Raketen keinen Etat.

Nach englischem Vorbild wurden Manby-Mörser und Hosenbojen eingesetzt

Inzwischen war nach Deutschland durchgedrungen, dass auf den britischen Inseln erfolgreich mit Leinen-Mörsern experimentiert worden war. Ohne Wissen voneinander war es zwei Erfindern gelungen, mittels steilgefeuerter Kanonenkugeln Leinen auf Schiffswracks zu schießen. Die Ergebnisse waren derart beeindruckend, dass binnen Kurzem 45 Plätze der englischen Küste mit sogenannten Manby-Mörsern bestückt wurden. Bis zum Jahr 1823 wurden mit Hilfe solcher Mörser bereits 292 Schiffbrüchige gerettet.

Zur Zeit der Memeler Raketenerprobung hatten sich, dem Memeler Beispiel folgend, bereits weitere Rettungsstationen gebildet. Neben Pillau und Mellneraggen waren das im benachbarten Westpreußen Bodenwinkel am Frischen Haff, Neufahrwasser, Brösen und Hela. Zählt man die ebenfalls in Pommern entstandenen Stationen hinzu, dann galt es, insgesamt 20 fiskalische Rettungsstationen nachzurüsten. Das trieb zur Eile. Die preußische Regierung entschied sich deshalb trotz bauartbedingter Nachteile für den Manby-Mörser. Die Mörserkugel wird im Moment des Abfeuerns nämlich sehr stark beschleunigt, und diese ruckartige Bewegung ließ leicht die Leinen brechen. Bei der Memeler Raketen-Erprobung war die Rakete hingegen nach dem Abfeuern sanft davongezogen und hatte ihre Geschwindigkeit erst im weiteren Verlauf der Flugbahn gesteigert. Immerhin gelangen auch in Ostpreußen Rettungen mit dem britischen System, obwohl die Schießpulver-Treibladung der Mörser nur Leinenschussweiten von 120 Metern ermöglichte.

Schon bald lernte man noch eine weitere, ebenfalls aus England importierte Erfindung zu nutzen. Es war die Hosenboje, die auch später bei den Raketengeräten erfolgreich weiterverwendet wurde: Zwischen einem am Strand errichteten Dreibein und dem Wrack wurde eine stabile Rettungstrosse gespannt, an der die Schiffbrüchigen relativ bequem mittels der Hosenboje an Land gebracht werden konnten, zumeist sogar ohne Berührung mit dem Wasser. Die Boje wurde mit einem endlosen Jolltau zwischen Wrack und Strand hin und her gezogen.

Auf Initiative des Nationalökonomen Arwed Emminghaus schlossen sich 1865 die bis dahin entstandenen privaten Rettungsvereine von Bremen, Kiel, Lübeck und Rostock zur Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) zusammen. Später traten auch die Rettungsvereine von Emden, Hamburg, Stralsund und Danzig sowie – in den Jahren 1884 bis 1888 – alle fiskalischen Rettungsstationen Preußens diesem bis heute populären und höchst effektiven Rettungswerk bei.

Ab 1887 wehte auch über den Rettungsstationen von Pillau, Memel und Mellneraggen die schwarz gerandete weiße Flagge mit dem roten Hanseatenkreuz. Schließlich bestand von Borkum bis nach Nimmersatt nördlich Memel ein durchgehendes, einheitlich ausgerüstetes Netz, das 1910 nicht weniger als 129 Rettungsstationen umfasste. *Hans Georg Prager*

Weltmeister 1955

Mit 200 Siegen war Hermann-Paul Müller (1909–1975) einer der erfolgreichsten Rennfahrer seiner Zeit. Der am 21. November 1909 in Bielefeld Geborene entwickelte frühzeitig ein Interesse für Fahrzeuge und Verkehrsmittel. Nach der Mittleren Reife machte er 1928/29 ein Volontariat beim Bielefelder Automobilbauproduzenten Dürkopp und 1929 eine Pilotenausbildung im westfälischen Münster. Mit einem rennmäßig hergerichteten Sportmotorrad nahm er 1929 erstmals an einem Rennen teil und gewann gleich. Weitere Erfolge folgten und Müller machte sein Hobby zum Beruf. Ab 1931 arbeitete er als Versuchs- und Rennfahrer für die Victoria-Werke in Nürnberg. Bereits 1932 errang er mit einer Beifahrermaschine seinen ersten Deutschen Meistertitel. 1935 wechselte er als Versuchsfahrer und Techniker zum damals größten Motorradhersteller, DKW. Hier war es seine besondere Aufgabe, die Ebenbürtigkeit des Zwei- mit dem Viertaktmotor in Rennen unter Beweis zu stellen. 1936 gewann er die Deutsche Meisterschaft in der Halbliterklasse.

Dann zog sich jedoch DKW aus der Halbliterklasse zurück und Müller wechselte als Nachwuchsfahrer zur Rennwagen-Abteilung der Auto Union, zu der DKW ab 1932 gehörte. 1937 begann Müllers Karriere als Automobil-Rennfahrer und bereits im ersten Jahr belegte er den dritten Platz bei einem Rennen im italienischen Pescara. 1939 war das beste und letzte Jahr des Autorennfahrers Müller.



Bild: Internet

Hermann-Paul Müller

Im letzten Friedensjahr gewann er den Grand Prix von Frankreich und wurde Zweiter beim Großen Preis von Deutschland. Er war auch schon auf dem Weg zum Europameistertitel, aber dann wurde nicht nur seine Karriere jäh vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unterbrochen.

Während des Krieges war Müller in einer Flugzeugfabrik in Lodsch („Litzmannstadt“) tätig und danach wurde er von der sowjetischen Besatzungsmacht zur Zwangsarbeit in Chemnitz verpflichtet. Nach seiner Entlassung konnte er 1946 in seiner Heimat Westdeutschland wieder an seine Motorsportkarriere anknüpfen. Mit einer Vorkriegs-DKW gewann er 1947 und 1948 die Deutschen Meisterschaften in der Viertelliterklasse. Seinen Unterhalt bestritt er in dieser Zeit als technischer Leiter im Zweigwerk Emmen des niederländischen Moped- und Mofaherstellers Pluvier.

Erst als DKW die Fahrzeugproduktion 1949 wieder aufgenommen hatte und rasch eine Rennabteilung aufbaute, konnte Müller als dessen Angehöriger wieder seine Leidenschaft zum Beruf machen. 1950 und 1951 wurde er auf einer DKW Deutscher Meister in der Achtelliterklasse. 1954 wechselte er zum damals größten deutschen Motorradproduzenten NSU. Auf einer NSU erlebte Müller denn auch den Höhe- wie auch Schlusspunkt seiner Motorradrennfahrerkarriere. Nachdem er 1954 noch ein siebtes Mal Deutscher Meister geworden war, diesmal in der 350-Kubikzentimeterklasse, gewann er 1955 die Weltmeisterschaft in der Viertelliterklasse. *Manuel Ruoff*

Gedenksteine von Privatmann

Zu: „Stein des Anstoßes – An Flucht und Vertreibung erinnert" (Nr. 32)

Wie sich abzeichnet, wird die Erinnerungsstätte in Berlin noch längere Zeit auf sich warten lassen. Da die Vertreiberstaaten ein Mitspracherecht an der Gestaltung erhalten werden, wird es darauf hinauslaufen, dass die Gedenkstätte den Vorstellungen und Belangen der Vertriebenen nicht gerecht werden wird. Das Hinausdrängen von Frau Steinbach aus den Entscheidungsgremien spricht bereits Bände.

In der Verbandsgemeinde Zweibrücken stehen jedoch drei Gedenksteine, welche an das Geschehen nach den Weltkriegen und an das dem deutschen Volke zugefügte Unrecht erinnern. Die Gedenksteine wurden von Apotheker Alfred Welter auf dessen Privatgrundstück errichtet.

Diethard Sdorra, Waldhausen

Merkel hätte den USA auch gleich für die Teilung danken können

Zu: „Außen hui, innen pfui" (Nr. 45)

Wie die Medien stolz berichten, hat die Kanzlerin in Washington im Kongress viel Beifall dafür erhalten, dass sie sich für die große und selbstlose Hilfe der USA bei der deutschen Wiedervereinigung herzlichst bedankt hat.

So weit, so gut, aber sie hätte mehr tun müssen. Sie hätte sich erst einmal dafür bedanken sollen, dass die USA seinerzeit gegen Deutschland in den Krieg eingetreten sind; denn das war die Voraussetzung für alles andere.

Besonders herzlich hätte Frau Merkel den Dank dafür abstatten sollen, dass die USA Deutschlands Städte zerstört haben, sonst hätten wir ja nicht die große Leistung des Wiederaufbaus vollbringen können. Hierbei hätte sie nicht versäumen sollen, auch der nicht geringen Mithilfe des United Kingdoms bei den Bombardements dankbar zu gedenken. Für die Besetzung Deutschlands mit allen Begleitumständen und Folgen und die Zerstörung der deutschen Staatlichkeit zu danken, wäre selbstverständlich auch freudige Pflicht gewesen.

Den allerheißesten Dank hätte Frau Merkel aber für die Teilung Deutschlands zum Ausdruck bringen sollen, denn so selbstlos wie die USA zur Wiedervereinigung beigetragen haben, so selbstlos haben sie schon bei der Teilung gehandelt, und ohne die Teilung hätten die USA uns ja das generöse Geschenk der Wiedervereinigung gar nicht machen können.

Deshalb sollten wir jedes Jahr einen Tag der deutschen Teilung feiern, mit einem Dank-Panegyrikus auf die USA.

Heinrich Banse, Haselhorst

Alliierte dagegen

Zum Leserbrief: „Prinzenerlass gab es nicht" (Nr. 45)

Die Leserbriefschreiberin irrt: Dieser Erlass bezog sich nur auf die Prinzen der bis 1918 regierenden Häuser. Prinz Sayn-Wittgenstein gehörte nicht dazu. 1941 wurden die Prinzen der vormals regierenden Häuser aus dem Frontdienst herausgezogen, und 1943 wurden sie aus der Wehrmacht entlassen. Dass sich der Erlass dazu nicht finden lässt, bedeutet nichts. 1945 wurden das Reichsarchiv und die deutschen Militärarchive nach England und in die USA geschafft und dort durchgeforstet. Papiere, die in die Propaganda der Alliierten nicht passten, sind oft nicht auffindbar. Schließlich sah die Führung der Alliierten in den Vertretern der Monarchie und deren Anhängern nur eine Störung in ihrem Kampf gegen alles Deutsche. Das hat sich nach dem 20. Juli 1944 erwiesen.

Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



20 Jahre Mauerfall: Der sowjetische Ex-Präsident Michail Gorbatschow (v.l.), Kanzlerin Angela Merkel, der polnische Ex-Präsident Lech Walesa und der Bürgerrechtler Markus Meckel (SPD) Bild: ddp

Heute Walesa, morgen Thatcher?

Betr.: Feiern zum 9. November in Berlin

Der polnische Solidarnosc-Gewerkschaftsführer Lech Walesa, damals von den deutschen Gewerkschaften freundschaftlich unterstützt, bekam vom offiziellen Deutschland für seine Verdienste um die Wiedervereinigung eine Geschenkgabe überreicht.

Derselbe Lech Walesa gab am 7. April 1990 als damaliger polnischer Präsident folgende offizielle Erklärung in der niederländischen Zeitung „Elsevier" in Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung ab: „Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendigen fortgeschrittenen Technologien, um diesen Urteilsspruch durchzuführen."

Ich erhebe stärksten Protest gegen diese ehrenvolle Auszeichnung und fordere unsere Regierung auf, Walesa die Auszeichnung umgehend abzuerkennen!

Frage: Warum bekommt die damalige englische Premierministerin Thatcher diese Auszeichnung nicht? Sie lag doch auf derselben Linie! Oder vielleicht könnte man – basierend auf derselben geistigen Ebene – posthum Stalin oder Hitler den Friedensnobelpreis überreichen!

Haben denn unsere „Volksvertreter" der oberen Etage vollkommen ihren Verstand verloren?

Bert Jordan, Landstuhl

Unsere *PAZ* ehrt Helden

Zu: „Der ‚Löwe von Wilna' führte von vorne" (Nr. 44)

Ein dickes Bravo sage ich der *PAZ*, dass man diesem verdienstvollen Offizier mit dem Bericht Lob, Anerkennung und Dank in entsprechendem Maße gezollt hat. Freue mich, dass diese Heldentaten von Männern, die auf diese Weise Geschichte geschrieben haben, von unserer *PAZ* gebührend erwähnt werden.

Abschließend ein Vierzeiler von mir: „Als guter Europäer darf ich nie vergessen, stets ein überzeugter Deutscher zu sein!"

Manfred Sattler, Leese

Täter waren dabei

Zu: „Vergessene DDR-Opfer" (Nr. 46)

Als ehemaliger Bautzen-Häftling kann ich Ihnen berichten, wie ich im Herbst 1989 den Umsturz und jetzt das Gedenken daran erlebt habe. Der Zug in die Deutsche Einheit war schon abgefahren, da versuchten in Zittau einige Trittbrettfahrer nachträglich aufzuspringen, indem sie eine Kerzendemo veranstalteten. Als wir 1989 auf die Straße gegangen sind, war die Angst unser ständiger Begleiter. Am 9. November 2009 liefen im Demonstrationszug Menschen mit, vor denen wir damals Angst hatten.

Die echten Patrioten haben es abgelehnt, an dieser Klamauk-Veranstaltung teilzunehmen, und lieber im kleinen Kreis unsere wiedererlangte Freiheit gefeiert.

Ewald Kurbiuhn, Olbersdorf

Fortsetzung der alten Politik

Zu: „Aufbruch mit Augenmaß" (Nr. 44)

Bei dem Kommentar habe ich mir mehr Biss gewünscht. Der Koalitionsvertrag, der den Titel „Mut zur Zukunft" trägt, ähnelt einem Präsentkorb, der schön verpackte Sachen enthält, bei dem Aufschrift und Inhalt aber zumeist nicht deckungsgleich und für angenehme wie unangenehme Überraschungen gut sind.

Wie soll der Wähler die Aufschrift „Mut zur Zukunft" angesichts des demographischen Wandels verstehen, wenn ein Großteil des Kabinetts keinen „Mut zur Zukunft" hat, selbst kinderlos ist und den Kinderwunsch der politischen Karriere geopfert hat? Ich spüre jedenfalls weder einen sanften Reformwillen noch harten Realismus.

Übrigens, die Probleme, die die neue Regierung erbt, hat die alte und neue Kanzlerin mit zu verantworten, denn sie allein bestimmt die Richtlinien der Politik.

Und wenn der neue Außenminister nichts Eiligeres zu tun hat, als nach Warschau zu pilgern, um Treueschwüre abzulegen und zu versichern, dass die BdV-Präsidentin Erika Steinbach seine Unterstützung nicht hat, um endlich den ihr zustehenden Sitz im Stiftungsrat einzunehmen, dann ist das die Fortsetzung der alten Politik der alten Regierung.

Für die Heimatvertriebenen hat sich nichts geändert.

Wolfgang Thüne, Oppenheim

Unnötiger Kotau: Keiner hat Westerwelle gedrängt

Zu: „BdV, was nun?" (Nr. 45)

Ich gehöre zu den Glücklichen meiner Generation, die durch den Zweiten Weltkrieg weder den Besitz noch die Heimat verloren haben, und daher habe ich es immer als mein persönliches Anliegen betrachtet, mich für die Heimatvertriebenen einzusetzen.

Mit sehr großem Befremden habe ich die Äußerungen des Herrn Westerwelle anlässlich seines Polenbesuches zur Kenntnis genommen, dass er nicht zu Frau Steinbach steht. Dieses „Statement" ist sowohl taktlos als auch taktisch unklug.

Keiner hat Herrn Westerwelle wohl von der polnischen Seite zu dieser Aussage gedrängt und so war es vollkommen unnötig, diesen Kommentar abzugeben. Als Diplomat, wenn er einer sein will, sollte er sich immer einen Trumpf im Ärmel halten für spätere Diskussionen, die sich zu diesem Thema mit Sicherheit ergeben.

Ausgesprochen dumm allerdings und vollkommen unangebracht finde ich diese Einstellung den Vertriebenen gegenüber, die ja letztlich von Frau Steinbach repräsentiert werden. Dieser Affront den eigenen Landsleuten gegenüber wird sich sehr negativ auswirken, nicht nur für „Gelb", sondern auch für „Schwarz-Gelb" im Allgemeinen und im Besonderen zur anstehenden Wahl in NRW. Herr Rüttgers wird sicherlich nicht sehr „amused" sein.

Auch Herrn Westerwelle sei geraten, sich einmal etwas intensiver mit der Historie zu befassen, um die polnische aggressive und expansive Einstellung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zu studieren und zu begreifen, sich nicht bedingungslos in die ohnehin schon lange Reihe der Befürworter der so genannten Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg einzureihen.

Wenn Herr Westerwelle sagt, er möchte mit Polen das gleiche gute Verhältnis aufbauen, wie wir es mit Frankreich seit langem haben, so ist das richtig und lobenswert. Aber diese Verständigung darf nicht auf Kosten der Vertriebenen gehen, und Partnerschaft kann nur gedeihen, wenn die Vergangenheit von beiden Seiten in aller Objektivität besprochen wird. Ein unnötiger Kotau ist keine Basis für ein freundschaftliches Miteinander in der Zukunft.

H. Walter Boecker, Schwelm

Hitler schüttelte dem Athleten Owens sehr wohl die Hand

Zu: „Damenbesuch war tabu" (Nr. 44)

Wenn Frau Gerber uns in ihrem Beitrag Jesse Owens in Erinnerung ruft, der, wie sie meint, mit dreimal (richtig: viermal) Gold Hitlers Rassenwahn ad absurdum geführt hat, dann möchte ich in Bezug auf diesen bescheidenen und sympathischen afroamerikanischen Leichtathletik-Star etwas anmerken, was weder Frau Gerber noch allen anderen Nachgeborenen bekannt sein dürfte, aber – der Ausgewogenheit der Berichterstattung wegen – auch in Erinnerung gebracht werden sollte. Das olympische Komitee hatte Hitler (Gastgeber der Spiele) frühzeitig verboten, den Siegern persönlich zu gratulieren. Der deutsche Reichskanzler ließ es sich aber nicht nehmen, dem großartigen schwarzen Athleten hinter der Ehrentribüne trotzdem die Hand zu schütteln und sich dabei ablichten zu lassen. Dazu schrieb der „Telegraph" am 11. August 2009: „Das Bild (Hitler gratuliert Owens) wurde hinter der Ehrentribüne aufgenommen; deshalb nahmen die meisten Reporter den Vorgang nicht wahr. Der Sportreporter von 1936, Siegfried Mischner (83), enthüllt jetzt: Die vorherrschende Meinung im Nachkriegsdeutschland sollte sein, dass Hitler Owens ignorierte. Wir entschieden deshalb, das Foto nicht zu veröffentlichen. Alle waren sich einig, dass Hitler in einem schlechten Licht dargestellt werden müsse."

Die „Daily Mail" zitiert Mischner am selben Tag mit den Worten: „Owens zeigte mir das Foto und sagte mir: ‚Das war der schönste Moment meines Lebens.'" Auch weiß „Daily Mail", dass Owens die Hetze gegen Adolf Hitler sein ganzes Leben lang scharf verurteilte. Ferner: „Mischner hat ein Buch über die Olympiade 1936 geschrieben und berichtet, dass er sich in Gesellschaft anderer Sportjournalisten befand, als Owens ihnen das Foto zeigte. Alle weigerten sich, das zu berichten. Diese Kollegen sind jetzt tot. Owens ist tot. So dachte ich mir, dass dies die letzte Chance ist, die Sache darzustellen."

Am 11. August 2009 bestätigte „Daily Mail" auch, was der große Athlet zeitlebens beteuert hatte: „Owens sagte, dass er in Hitler-Deutschland besser behandelt worden sei, als in Amerika, wo Rassentrennung herrschte." Erfreulich ist, dass wenigstens englische Medien daran erinnert haben, dass Adolf Hitler dem „viermaligen" Goldmedaillengewinner persönlich zu seinem größten Sieg gratulierte und auch, dass der schwarze Ausnahme-Athlet voller Bewunderung für Hitler war. So schreibt der „Telegraph" am 11. August 2009: „Owens bestand Zeit seines Lebens darauf, dass Hitler ihn nicht gemieden hatte, als ich an der Tribüne des Kanzlers vorbei kam, stand er auf und winkte mir zu und ich winkte zurück. Die Journalisten handelten geschmacklos, den Mann der Stunde zu kritisieren". Schließlich berichtete „Telegraph" auch noch: Owens trug immer ein Bild in seiner Brieftasche, das ihn zeigt, wie ihm Hitler die Hand schüttelte, bevor er das Stadion verließ."

Das nur zur Kenntnisnahme all jener, die von der Gnade der späten Geburt beglückt worden sind und damit Vorgänge solcher Art nicht wissen. Woher sollten sie es auch?

Friedrich Kurreck, Offenbach am Main

Gemeinsame Sprache für Europa?

Zu: „Die Zeit ist noch nicht reif" (Nr. 45)

Das abgedruckte Gespräch ist sehr gelungen, im Fernsehen habe ich den Kabarettisten Steffen Möller des Öfteren gesehen, es waren immer angenehme und erfrischende deutsch-polnische Begegnungen.

Steffen Möller spricht auch das Problem der EU-Sprache an, das ist ein hoch brisantes Thema und sicher dauert die US-Amerikanisierung Europas nicht 500 Jahre. Hierbei geht es nicht um die Anwendung des Englischen als allgemeines Verständigungsmittel, sondern um die Verdrängung und Beseitigung der europäischen Nationalsprachen.

In weiten Bereichen der EU sind Nationalsprachen schon heute verboten. Wer nicht Englisch beherrscht, wird von der EU und auch in der deutschen Öffentlichkeit diskriminiert.

Bei allen möglichen Problemen oder Problemchen geht ein Aufschrei durch die EU, aber die Zerstörung der sprachlich-kulturellen Identität der Völker Europas wird schweigend und unterwürfig hingenommen.

Andere Staaten mit verschiedenen Völkern (zum Beispiel Indonesien) haben das beispielhaft gelöst, sie entwickelten eine neutrale, in Grammatik und Rechtschreibung logische (geplante) Sprache. Das Wichtigste war: Diese Sprache kam nicht aus einem ihrer Völker und bildete deshalb eine dauerhafte, gerechte und von allen Menschen akzeptierte Lösung. Sollte Europa das nicht hinbekommen? Zumindest sollte man schöpferisch darüber nachdenken.

Werner Pfennig, Neubrandenburg

Das Ostpreußenblatt

Nr. 47 – 21. November 2009

Ausstellung über Deutschen Orden

Im Museum Friedländer Tor wurde am 29. Oktober eine Ausstellung über die Geschichte des Deutschen Ordens eröffnet. Sie ist noch bis zum 15. Februar zu sehen.

Die Wahl scheint nicht zufällig auf das Museum gefallen zu sein, denn in einer Nische seiner Fassade steht die Skulptur Siegfried von Feuchtwangens, eines Großmeisters des Deutschen Ordens.

Die Ausstellung in Königsberg entstand gemeinsam mit dem Ostpreußischen Kulturzentrum in Ellingen, wo die Exponate zuvor gezeigt wurden. Das Kulturzentrum stellt bereits zum dritten Mal im Museum Friedländer Tor in Königsberg die Ergebnisse seiner Arbeit aus. 2007 galt eine gemeinsame Ausstellung den Trakehner Pferden, im vergangenen Jahr war der Königin Luise eine Ausstellung gewidmet.

Von russischer Seite hatten das Gebietsmuseum für Kunst und Geschichte, Schloss Schaaken sowie Mitarbeiter verschiedener Vereine für historische Rekonstruktionen mitgewirkt. Zu den Exponaten der Ausstellung gehören Kopien seltener Gravuren und Illustrationen antiker Bücher sowie Originalkunstwerke zur Geschichte des Ordens aus dem Mittelalter. Eine umfangreiche Dokumentation informiert in deutscher und russischer Sprache über die Literatur des Rittertums und die Geschichte des Ordens. Während der Ausstellung werden auch interaktive Unterrichtsstunden für Schulklassen durchgeführt.



Sebastian Pötinger

Sehr zur Freude der Museumsleiterin Swetlana Sokolowa war der Vizekomtur der Komturei „An Elbe und Ostsee“, Sebastian Pötinger, zur Eröffnungsfeier gekommen. Er verlas ein Grußwort des Hochmeisters Bruno Platter. Der Vizekomtur erzählte von den Aufgaben und Zielen des Ordens in der heutigen Zeit. Es sind dieselben, mit denen seine Geschichte vor über 800 Jahren begann: Wohltätigkeit, Hilfe für Notleidende und seelsorgerische Arbeit.

Pötinger hatte während seines Besuchs im Königsberger Gebiet Gelegenheit, sich die Ruinen der erhaltenen Schlösser anzusehen. Er stellte eine mögliche materielle Unterstützung seitens des Ordens bei deren Wiederaufbau in Aussicht. Dies hänge jedoch von den Zielen der Restaurierung und von der zukünftigen Nutzung der Burgen ab. *J. T.*

In den Semesterferien an die Albertina

Der bundesdeutsche Jurastudent Matthias Friehe nahm an der Sommeruniversität in Königsberg teil

Jahr für Jahr können ambitionierte Studenten weltweit an Sommeruniversitäten teilnehmen. Sommeruniversität, das bedeutet während der Semesterferien Vorlesungen zu Spezialthemen, über die man im normalen Studium oft wenig hört, das bedeutet ein Plus im Lebenslauf und meist auch noch Sonne, Urlaub und Spaß.

All das habe ich auch Ende Juli/Anfang August in der dreiwöchigen Sommeruniversität an der Juristischen Fakultät in Königsberg erlebt. Zwar hat die Stadt neben wenigen deutschen Überbleibseln – etwa dem wiedererrichteten Dom – vielfach nur stalinistisches Einheitsgrau zu bieten. Doch die bezaubernde Landschaft rund um die Kurische Nehrung, die hohen Wellen der Ostsee sowie die vielen anregenden Stunden mit den russischen Gastgebern und Kommilitonen haben Urlaubsstimmung hervorgerufen. Der für mich völlig neue Einstieg ins Völkerrecht und die Lehrveranstaltungen in den anderen Bereichen waren so umso leichter zu absolvieren.

Die Sommeruniversität findet alle zwei Jahre statt und ist Teil des Internationalen Programms für Studien im europäischen Recht, das von den Partneruniversitäten der Königsberger Kant-Universität in Marburg, Göttingen, Augsburg, Bergen, und Turku in Verbindung mit dem dortigen Zentrum für Völkerrecht angeboten wird. In diesem Zusatzstudiengang erhalten Jura-Studenten der Kant-Universität die Gelegenheit, das Recht der europäischen Staaten, der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie das Völker- und Internationale Privatrecht in deutscher und englischer Sprache kennenzulernen. Die Vorlesungen werden von ausländischen Dozenten gehalten, und man kann auch ein Semester an einer der Partneruniversitäten studieren. Über die erfolgreiche Teilnahme wird ein Zertifikat ausgestellt, an das sich später auch ein Magister-Studium im Ausland anschließen kann. Finanziert wird das Programm, einschließlich der Auslandsaufenthalte, von der Europäischen Union, vom Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und von privaten Geldgebern, namentlich auch der Landsmannschaft Ostpreußen.

Die Teilnahme an der Königsberger Sommeruniversität ist etwas ganz Besonderes: Schon an dem recht rustikalen russischen Studentenheim kann man das eindrücklich erleben. Oder auch an den Zwiebeltürmen der neuen orthodoxen Kathedrale, die von einer ganz anderen Kultur künden.

> Nicht-Russen und Russen lernten voneinander

Auch fast 20 Jahre nach der Öffnung der einst gesperrten Stadt kommen nur vergleichsweise wenige Ausländer dorthin. Am ehesten besuchen sie noch Deutsche, die sich auf die Spuren ihrer Kindheit oder ihrer Eltern machen. Aber kaum einer kommt für volle drei Wochen, kaum junge Menschen sind dabei und die wenigsten von ihnen hören dann auch noch juristische Vorlesungen. Hinzu kommt das Themenspektrum: Vorlesungen zu rechtsstaatlichem Polizeirecht oder zum Schutz der Menschenrechte scheinen zunächst nichts Ungewöhnliches zu sein, erhalten aber in der Russischen Föderation ihren besonderen Reiz.

Das soll nun nicht als schnöde Kritik verstanden sein, wie man sie oft in deutschen Medien über Russland vernimmt. Ganz im Gegenteil: Drei Wochen in der Russischen Föderation helfen, Land und Leute besser kennenzulernen, Vorurteile abzubauen und ein differenzierteres Bild zu erhalten. Etwa lernte ich, dass auch die russische Verfassung einen detaillierten Grundrechtskatalog enthält, dass Russland Vertragspartner der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ist und dass – laut russischer Verfassung – internationale Verträge, die von Russland ratifiziert wurden, unmittelbar geltendes russisches Recht sind, es sich bei den Garantien der EMRK also um russische Rechtssätze handelt. Für mich war deshalb wohl die EMRK-Vorlesung mit am interessantesten: Auch in Russland ist man Menschenrechtsverletzungen nicht schutzlos ausgeliefert. Der jährliche Bericht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), der über die Beachtung der EMRK wacht, verzeichnete für das vergangene Jahr zwar 233 Urteile gegen Russland (gegen Deutschland waren es sechs), in denen Menschenrechtsverletzungen festgestellt wurden. Aber das heißt auch, dass mittlerweile viele Russen ihre Rechte kennen und wissen, wo sie diese einklagen können.



Kant-Universität in Königsberg: Friehes Alma mater während der Semesterferien Bild: Rosenthal-Kappi

Durch diesen Besuch bin ich zuversichtlich geworden, dass sich Russland hin zu einer rechtsstaatlichen Demokratie nach europäischem Standard entwickeln wird. Dazu passt, dass viele der russischen Jura-Studenten, die ich kennengelernt habe, eine bemerkenswert kritische Einstellung zu den politischen Verhältnissen in ihrem Land haben. Außerdem gilt, dass wenn es erst einmal klare Gesetze (wie die Menschenrechte) und genügend darin ausgebildete Juristen gibt, dann diese Gesetze auch irgendwann einmal umgesetzt werden.

Ein kleines Erlebnis aus diesen drei Wochen: Bei der Polizeirechtsvorlesung tauchte die Frage auf, was ein Polizist unternehmen kann, wenn sich ein Fahrzeughalter weigert, sein Fahrzeug aus dem Parkverbot zu entfernen. Die schnelle Antwort eines russischen Kommilitonen: Er schießt in die Luft! Da hieß es, nachdrücklich den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns zu erläutern. Wir sind also zum Dialog gezwungen, um für Werte wie Rechtsstaat und Demokratie zu werben. Wie wichtig dieser Dialog ist, wird zumal in Königsberg vollends deutlich, weil hier die Russische Föderation nur eine Flugstunde von Berlin entfernt ist. Dabei war stets zu spüren, dass das auch die Königsberger längst erkannt haben. Und so war die Sommeruniversität nicht nur für die ausländischen Gäste, sondern auch für die Russen aus Moskau, St. Petersburg oder Kazan eine besondere Erfahrung. *Matthias Friehe*

Zur engen Zusammenarbeit zwischen den Partneruniversitäten in Königsberg und Marburg gehört auch, dass Studenten der Albertina an der Philipps-Universität studieren. Gefördert wird dieses durch die LO. Sie hat ein dauerhaftes Stipendium für ein einsemestriges Studium am Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität für Studenten der juristischen Fakultät der Albertina in Höhe von jährlich 3500 Euro gewährt. Partner der Landsmannschaft am Fachbereich Rechtswissenschaft der Philipps-Universität ist der dortige Professor und Teilnehmer an der Königsberger Sommeruniversität Hans-Detlef Horn.

Soldatenfriedhöfen droht Verfall

Die Zukunft der rund 800 Friedhöfe des Ersten Weltkrieges im Königsberger Gebiet ist ungeklärt

In den vergangenen Jahren wurde an den Soldatenfriedhöfen des Ersten und Zweiten Weltkriegs im nördlichen Ostpreußen einiges getan, doch reichen diese Bemühungen trotz finanzieller Hilfen der Europäischen Union nicht aus, um die Gedenkstätten vor dem Verfall zu retten.

Die Bemühungen sind vielfältig: Im Kreis Ebenrode/Stallupönen in der Nähe von Mattischkehmen (Sowchosnoje) beispielsweise sorgten Mitarbeiter des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) dafür, dass der Friedhof von Unkraut und Zweigen befreit wurde und wieder in einen gepflegten Zustand kam.

In der Königsberger Stadtbibliothek wurde im Mai dieses Jahres ein Katalog über „Die Geschichte der Kriege des 20. Jahrhunderts in Denkmälern für ihre Teilnehmer“ vorgestellt. Auch diese Präsentation wurde von der EU finanziell unterstützt. Dieses Buch stellt im Grunde den ersten Versuch einer systematischen Erfassung der Soldatenfriedhöfe und -denkmale nicht nur des Zweiten, sondern auch des Ersten Weltkriegs im Königsberger Gebiet dar.

> Geld der EU für die Friedhofs-Renovierung bleibt wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse ungenutzt

Die Europäische Union hat daneben auch Geld für die Wiedererrichtung einiger Kriegsgräber des Ersten Weltkriegs zur Verfügung gestellt. Jedoch ist die Unklarheit darüber, wem die Gräber und die Gedenkstätten aus dieser Zeit gehören, ein Problem, das dazu führt, dass sich niemand für die Restaurierungsarbeiten zuständig fühlt. In der Folge bleibt das bereitgestellte Geld ungenutzt.

Derweil drohen die Gedenkstätten und Gräber aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zu verfallen und für immer zu verschwinden. Forscher aus Königsberg, die die Grabstätten untersuchten, beklagten den Zustand einiger Gräber.

In Grünweiden (Nowostrojki) zum Beispiel gibt es Gräber aus dieser Zeit, von denen nur noch halb zerstörte Steinwände erhalten sind. An anderen Orten ist die Situation noch bedrückender. In Großwaltersdorf (Olchowatka) musste ein Teil des Soldatenfriedhofs der Erweiterung des heutigen, zivilen Friedhofs weichen. Die Forscher finden häufig Knochen aus Gräbern, die frei auf der Oberfläche liegen. Dies passiert meist dann, wenn ein örtlicher Friedhof erweitert wird. Beim Ausheben neuer Gräber werden die Überreste aus Gräbern aus dem Ersten Weltkrieg einfach nach oben geworfen und liegen gelassen. Bemerkenswert ist, dass dabei mit den Gebeinen russischer Soldaten nicht besser verfahren wird als mit denen ihrer einstigen deutschen Gegner.

In Herzogswalde/Gawaiten, Kreis Angerapp/Darkehmen gibt es einen großen Soldatenfriedhof aus dem Ersten Weltkrieg. Hier liegen über 700 russische und deutsche einfache Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere begraben. Neben historischen Obelisken tauchen immer mehr moderne Grabeinfassungen auf. An der Art der Gräber kann man erkennen, dass es sich um neue handelt.

Insgesamt gibt es im Königsberger Gebiet ungefähr 800 Grabstätten aus dem Ersten Weltkrieg. Sie stehen alle auf einer Liste des wissenschaftlichen Betriebszentrums für den Erhalt von Denkmälern. Jedoch ist man dort nicht immer in der Lage, den tatsächlichen Zustand der Gräber zu überprüfen. Auch Polizei und Justiz scheint es nicht sonderlich zu interessieren, wenn das Gesetz über den Schutz von Gräbern nicht befolgt wird.

Jurij Tschernyschew

Treuespende für Ostpreußen

Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser
der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und des *Ostpreußenblattes,*



was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir mit Hilfe Ihrer hochherzigen Spenden und aus eigenen Mitteln. Auch im vergangenen Jahr folgten Sie zahlreich dem Spendenaufruf und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer segensreichen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen. Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön. Für den sinnvollen Einsatz der eingehenden Spenden verbürgt sich der Bundesvorstand in seiner Gesamtheit.

Der satzungsgemäße Auftrag zum Erhalt kulturhistorischer Bausubstanz, zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird erfüllt durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende im Ostheim in Bad Pyrmont, im Haus Kopernikus in Allenstein, im Simon-Dach-Haus in Memel oder an anderen Orten durchführt. Ein besonderer Schwerpunkt in den letzten Monaten war die Stärkung der evangelischen Gemeinden in Ostpreußen. Durch andere Konfessionen ihrer ursprünglichen Kirchen beraubt, sind sie häufig auf unzureichende Ausweichquartiere bei der Ausübung ihres Glaubens angewiesen. Aus Mitteln der Treuespende konnte den im Memelland gelegenen evangelischen Gemeinden in Nattischken und Kinten bei der Renovierung ihrer Versammlungsräume geholfen werden. Auch an der Restaurierung der evangelischen Kirchen in Passenheim/Kreis Ortelsburg und in Heinrichswalde/Kreis Elchniederung hat sich die Treuespende beteiligt.

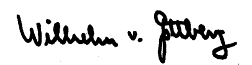
Mit dem Ableben der Erlebnisgeneration schwindet auch das Wissen um Ostpreußen. Die junge und mittlere Generation ist über den herausragenden Beitrag, den das Land zwischen Weichsel und Memel für die deutsche und europäische Geschichte geleistet hat, nur unzureichend oder gar nicht informiert. Aus diesem Grund fördert die Treuespende das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die mit Ausstellungsprojekten und Veranstaltungen auch gezielt Menschen außerhalb des Vertriebenenbereiches ansprechen. Beide Einrichtungen sind über ihre Trägervereine mit erheblichen Beträgen unterstützt worden. Gelegentlich sind es jedoch auch kleine Projekte, mit denen verhindert werden kann, dass Ostpreußen in wenigen Jahren zu einer „Terra incognita“ wird. So hat die Landsmannschaft die Nutzungsrechte an der Grabstädte Ernst Wicherts auf dem Friedhof der evangelischen Zwölf-Apostel-Gemeinde in Berlin erworben und so verhindert, dass das Grabmahl des berühmten Verfassers des „Heinrich von Plauen“ eingeebnet wird.

Die Forschung, Dokumentation und wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte Ostpreußens mit Hilfe noch lebender Zeitzeugen, um den nachfolgenden Generationen ein lebendiges Bild der Vielfalt und des Reichtums dieser deutschen Kulturlandschaft zu vermitteln, ist zentrales Anliegen der Treuespende. Um dieses Ziel zu erreichen, baut die Landsmannschaft Ostpreußen seit 2006 ein zentrales Bildarchiv für Ostpreußen auf. Mittlerweile sind über 14 000 überwiegend historische Fotos eingestellt und über das Internet weltweit abrufbar. Ein weiteres Projekt der virtuellen Sicherung des ostpreußischen Kulturerbes ist die Digitalisierung sämtlicher Bände des *Ostpreußenblattes* seit 1949. Die seit 60 Jahren erscheinende Wochenzeitung ist eine einzigartige Quelle zur Rolle der organisierten Vertriebenen in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Gerade die frühen Jahrgänge enthalten zahlreiche Augenzeugenberichte über das Leben in Ostpreußen vor der Flucht und liefern wertvolle Beiträge zur Geschichte und Kultur des Landes. Konkret bedeutet die dieser Tage gestartete Digitalisierung, dass zirka 60 000 Zeitungsseiten eingescannt und mit Schlagworten versehen werden, um sie dann übers Internet der wissenschaftlichen Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Neben vielen privaten Besuchern Ostpreußens sind es die in der großen Organisation der Landsmannschaft Ostpreußen ehrenamtlich Tätigen, denen ich an dieser Stelle meinen Respekt und Dank ausdrücke, denn sie halten den Kontakt zu den Deutschen Vereinen, Institutionen und den Familien aufrecht und teilen uns mit, wo geholfen werden muss.

Unsere Landsleute in der Heimat haben nur uns als Fürsprecher und Helfer. Bitte helfen Sie mit einer Spende, deutsche Sprache und Kultur in Ostpreußen zu erhalten. Unterstützen Sie unsere Bemühungen, nachwachsenden Generationen Ostpreußen als wichtigen Teil der deutschen Geschichte nahe zu bringen.

Wir geben Ostpreußen eine Zukunft.



Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck
oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der HSH Nordbank lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Konto-Nr.: 113 647 000 – BLZ 210 500 00

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

beginnen möchte ich heute mit dem seltsamen Gebilde, das Sie hier sehen, und sicher haben sich einige Leser schon die Frage gestellt, was dieses in unserer Familien-Kolumne zu suchen hat. Es hat aber schon seine Richtigkeit, auch wenn es sich um einen ausgefallenen Suchwunsch handelt, den uns die Lehrerfamilie Hinz stellt, die sich mit Sprecherziehung und Sprachheilkunde beschäftigt. Und den erklärt Herr **Ditmar Hinz** aus Berlin so: „Für die Erfüllung seltener Suchwünsche sind Sie ja berühmt, und zu etwas Zuversicht fühlen wir uns berechtigt, weil unsere Familienmutter uns Dreien schon helfen konnte.“ Die Blumen, lieber Hinz, muss ich weiterreichen an alle unsere Mitdenker und Mithelfer, die dies ermöglichten. Nun zu Ihrem neuen Wunsch, den Sie so formulieren: „Wir suchen die abgebildete Lesemaschine, die der verdienstvolle, leider vergessene Königsberger Sprachheillehrer **Paul Rigge** vor hundert Jahren entwickelte. Sie besteht aus Pappe und Holz und hat einen Durchmesser von 80 Zentimetern. Die Roggesche Lesetafel ist für den Lehrer bestimmt. Unser Aufruf geht an alle Heimatmuseen, -stuben und -freunde. Nicht nur für die Erforschung der Schulgeschichte Ostpreußens ist diese Lesemaschine von Bedeutung. Vielmehr können wir uns eine praktische Nutzanwendung heute in den ersten Schuljahren, also in den Anfangsklassen, vorstellen. Die dazugehörenden vier Alphabete werden dann der heutigen Druck- und Schreibschrift angepasst. In kurzer Zeit kann jeder Schüler zum Lesen von Lautverbindungen herangezogen werden – statt der Stillarbeit am elektronischen Rechner. Kehren wir zu altbewährten Sprech- und Leseübungsverfahren zurück, denn vier Millionen Analphabeten (!) hat es vor hundert Jahren nicht gegeben. Hier zeigt sich unter anderem das hohe Niveau des ostpreußischen Schulwesens, das es zu heben gilt.“

Soweit die Erklärung von Herrn Hinz zu der abgebildeten „Lesemaschine“. Interessant wäre es zu erfahren, ob sich noch ältere Leserinnen und Leser an das Lernen mit diesem Hilfsmittel erinnern können. Aber ob sich tatsächlich in irgendeiner musealen Einrichtung, die unseren Leserinnen und Lesern zugänglich ist, noch ein Exemplar befindet, ist allerdings fraglich. Unwissende hätten wohl mit dem für sie unerklärlichen Gebilde aus Pappe und Holz, selbst wenn es über Krieg und Nachkriegszeit gerettet wurde, nichts anfangen können. Es sei denn, es wäre einem Pädagogen in die Hände gefallen, der sich mit Sprecherziehung beschäftigt. Die Entwicklung dieser Lesemaschine Anfang des 20. Jahrhunderts und ihre Anwendung hat die Sprachheilautorin **Margund Hinz** in ihrem Buch „Die Geschichte des Sprachheilwesens in Ostpreußen“ eingehend behandelt. Sie hatte sich bei der Arbeit zu dem wissenschaftlichen Werk auch an unsere Ostpreußische Familie gewandt. In das mir beim Ostpreußentreffen in Berlin übergebene Buch schrieb sie als Widmung: „Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung bei meiner Arbeit, verbunden mit dem Wunsch nach weiteren erfolgrei-

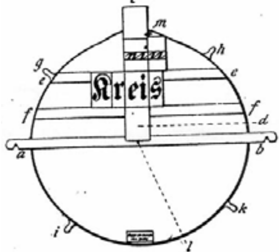


Bild: privat

Konstruktionszeichnung der von Paul Rigge entwickelten „Lesemaschine“

chen Aufgaben der Ostpreußischen Familie“. Eine liegt nun in ihrem Fall vor, hoffen wir, dass sie erfolgreich wird.

Dankesbriefe sind gekommen, und ich reiche sie gerne weiter. Von Frau **Fleddermann** aus Lindewitt, die auf ihre Frage nach dem Geburtsort ihres Vaters mehrere Zuschriften und Anrufe erhielt und sich darüber sehr gefreut hat. Dieser Ort hieß damals im Jahr 1905 Konstantinow und sollte im Kreis Kulm gelegen haben. Sie hatte ihn auf keiner Karte entdecken können und wir trotz emsiger Suche auch nicht, vermuteten ihn weiter östlich. Nun erhielten wir von Herrn Dr. **Nikolaisen** aus Büsum einen interessanten Hinweis, der darauf schließen lässt, dass es doch einen Ort dieses Namens im alten Westpreußen gegeben hat. Er hatte ihn in einem Reprint von Ritters Geographischem Lexikon von 1874 entdeckt, in dem mehrere Orte dieses Namens verzeichnet sind. Nr. 6 schien der richtige zu sein:

Konstantinow, Dorf in Preußen, Regierungsbezirk Bromberg, Kreis und bei Wirsitz. „Heureka, wir haben's!“, freute ich mich und fügte diesen Fund sofort in mein Manuskript für die nächste „Ostpreußische Familie“ ein. Die Lösung sollte schon in der letzten Ausgabe veröffentlicht werden, wurde aber aus Platzgründen auf diese Folge verschoben. Und das war gut so, denn inzwischen ist eine neue Version aufgetaucht. Unser Leser **Helge Jan Schmodde** übermittelte uns seine Vermutung: „Frau Fleddermann schwebt ein Name vor, der mit Konstant- beginnt. Es käme das etwa sechs Kilometer Luftlinie von Gollub entfernte ‚Konstantiewo/Konstancjewo‘ in Betracht, das damals zur rund 45 Kilometer entfernten Kreisstadt Kulm gehört haben könnte. Es erscheint auf der zweisprachigen Karte PL 011 des Höfer-Verlages mit dem deutschen Namen Golau (an anderer Stelle Oberförsterei Golau).“ In einem Nachtrag meinte Herr Schmodde, dass der kleine Unterschied in den Namen „Konstantinowo – Konstantiewo“ vielleicht auf einer fehlerhaften Auslegung der handschriftlichen Eintragung beruhe. Wer mit alten, in deutscher Schrift verfassten Urkunden zu tun hat, kennt diese Schwierigkeiten, zumal wenn es sich um kleinere Orte handelt. Die Lage ist nun so: Es gab in Westpreußen zwei Orte dieses oder ähnlichen Namens, die im südlichen Teil der damals preußischen Provinz lagen. Das mit 195 Einwohnern ebenfalls sehr kleine Konstantinow bei Wirsitz befand sich aber westlich von Kulm schon dicht bei Schneidemühl, während Konstantiewo südöstlich von Kulm lag. Immerhin können sich nun die weiteren Nachforschungen auf Westpreußen konzentrieren, und damit sind wir schon ein ganzes Stück weiter.

Ehrlich und freudig überrascht war Herr **Michael Wiesemann** aus Hitzacker über das erste Echo auf seine Wünsche betreffs Familienforschung, denn es kam von mir. Der Enkel wollte mehr über seinen Großvater, den Kaufmann **Carl** Wiesemann aus Stallupönen/Ebenrode wissen, und dieser war ausgerechnet der Trauzeuge meiner Eltern gewesen. „Siehe da, es gibt sogar eine Verbindung zu ihnen“ schreibt Michael Wiesemann, „das freut mich, rührt mich an und lässt mich fühlen und fragen, wie viele Verbindungen es noch geben mag, von denen wir nichts wissen. Auf jeden Fall ehrt es mich, meinen vermutlichen Großvater in ihrer Familiengeschichte auftauchen zu sehen. Da muss es ja freundschaftliche und engere Beziehungen gegeben haben, denn Trauzeugen kommen gewöhnlich nicht von der Straße. Welche mögen das gewesen sein, zumal wenn Ihre Eltern möglicherweise nicht einmal aus Stallupönen gekommen sein könnten.“ Sie kamen aus der Nähe, denn der Heimatort meiner Mutter, Schöckstupönen, liegt östlich der Kreisstadt, und ich weiß aus ihren Erzählungen, dass sie immer bei Wiesemann ausspannten. Da entwickelten sich schon freundschaftliche Beziehungen, das war im alten Ostpreußen nun einmal so, wo die Kreisstadt für die einsam gelegenen Höfe und Dörfer der Nabel der Welt war. Doch darüber und noch mehr will ich mit Herrn Wiesemann sprechen, für unsere Kolumne sind die Antworten aus unserem Leserkreis wichtig. Aus Berlin bekam Herr Wiesemann von einem Stallupöner einige Beschreibungen von dem Geschäft seines Großvaters in der Goldaper Straße, er verkehrte dort selber und konnte somit präzise Angaben machen. Es gab auch noch weitere Zuschriften, von denen zwei für Herrn Wiesemann wichtig sind in Bezug auf die Erforschung des Familiennamens. Eine Spur führt nach Göritten, gab es dort Verwandte? Hinweise auf einen Zusammenhang mit den Salzburger Exulanten ließen sich leider noch nicht finden. Seit dem 16. Jahrhundert ist in Antholz/Südtirol der stattliche „Wiesemannhof“ bekannt, der heute noch unter diesem Namen besteht. Aber ob es der Stammhof der Familie ist, blieb bisher ungeklärt. Nun hofft Herr Wiesemann auf weitere Hinweise und Hilfe auf der Suche nach den fehlenden Daten seines Großvaters Carl, die er für seine Salzburger Forschung benötigt. (Assessor jur. Michael Wiesemann, Schulweg 8 in 29456 Hitzacker, Telefon 05862/985869, Fax 05862/5328, E-Mail: Hommepraire@t-online.de)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Foto: Pawlik

Eure

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



99. GEBURTSTAG

Kellotat, Anni, geb. **Schwedopp**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 14, 67551 Worms, am 29. November

Selmikat, Auguste, geb. **Raschpichler**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, Langforter Straße 74, 40764 Langenfeld, am 23. November

97. GEBURTSTAG

Blask, Gertrud, geb. **Skopnik**, aus Lötzen, jetzt Tannenbergstraße 15, 59558 Lippstadt, am 16. November

Busch, Olga, geb. **Pfeffer**, aus Lyck, jetzt Nusberg 23, 24326 Ascheberg, am 23. November

Zielasko-Dubies, Liesbeth, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 2, und Treuburg, Bahnhofstraße 15, jetzt Mittelstraße 11, 33602 Bielefeld, am 27. November

96. GEBURTSTAG

Henke, Ida, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt Adam-Rückert-Straße 15, 64372 Ober-Ramstadt, am 25. November

Klockenhoff, Gertrud, geb. **Sachs**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Hoisdorfer Landstraße 72, Haus G 1/37, 22927 Großhansdorf, am 23. November

Wegner, Frieda, geb. **Hartwig**, aus Goldensee, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Baumweg 8, 48465 Schüttorf, 27. November

95. GEBURTSTAG

Brandt, Ida, geb. **Kaleyta**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 9, 15518 Falkenberg, am 24. November

Ennulat, Erna, geb. **Gurklies**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Hannoversche Straße 63, 31547 Rehburg-Loccum, am 29. November

Hoffmann, Elfriede, geb. **Zimmermann**, aus Königsberg, jetzt Bergstraße 35c, Diakonie Wohnstift, 49076 Osnabrück, am 28. November

Jegelka, Helene, geb. **Petrick**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Heinrich-Forke-Straße 3, 33609 Bielefeld, am 28. November

Ott, Grete, geb. **Rosengart**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schwarzwaldstraße 60, 58093 Hagen, am 25. November

Prinzen, Ruth, geb. **Schneider**, aus Tilsit, jetzt Birkenweg 1, 25938 Wyk auf Föhr, am 26. Oktober

Schnabel, Ilse, geb. **Nickel**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Diepenheimerstraße 6, 48683 Ahaus, am 29. November

94. GEBURTSTAG

Grust, Frieda, aus Albrechtsfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Pfarrfelderweg 1, 01833 Stolpen, am 26. November

Mischkowski, Bruno, aus Lötzen, jetzt Johanniter-Straße 35, 51065 Köln-Mülheim, am 16. November

Nebjonat, Herbert, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Brahmsstraße 14, 74369 Löchgau, am 29. November

Warnat, Siegfried, aus Preußenwall, Kreis Elchniederung, jetzt Oranienburger Straße 84, 65582 Diez, am 29. November

92. GEBURTSTAG

Alexander, Heinz, aus Ortelsburg, jetzt Pettenkoferstraße 21, 87439 Kempten, am 26. November

Eutebach, Hiltrud, geb. **Szelepusa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Burgstraße 74, 57518 Betzdorf, am 23. November

Klingenberg, Ida, geb. **Schrage**, aus Misswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Lerchenstraße 20, 37412 Herzberg/Harz, am 29. November

Unger, Bruno, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Grevenradenstraße 1, 23554 Lübeck, am 21. November

91. GEBURTSTAG

Gill, Gertrude, geb. Knott, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Auf der Wohrt 8, 30926 Seelze, am 23. November

Gleiminger, Betty, geb. **Borkowski**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Im Keifferle 27, 70734 Fellbach, am 7. November

Günther, Dipl. Ing. Herbert, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Kevelohstraße 31, 45277 Essen, am 23. November

Kitzelmann, Otto, aus Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Everstalstraße 2, 44894 Bochum, am 23. November

Klein, Fritz, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, jetzt Oberlinder Marktplatz 7, 96515 Sonneberg, am 28. November

Kohl, Margarete, geb. **Turowski**, verw. **Karrasch**, Vierbrücken, Kreis Lyck, Wohnstift Otto Dibelius, App. 402, Hausstockweg 57, 12107 Berlin, am 25. November

Laus, Brigitte, geb. **Meske**, aus Groß Ottenhagen, jetzt Auf dem Kiwitt 39, 21397 Barrendorf, am 27. November

Quoos, Aurora, geb. **Budrus**, aus Warten, Kreis Elchniederung, jetzt Souchaystraße 2, 23556 Lübeck, am 26. November

Schlusnus, Dr. Karl, aus Goldensee, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Johann-Werner-Straße 6, 82131 Gauting, am 28. November

90. GEBURTSTAG

Domscheit, Christel, aus Försterei-Ostau, Kreis Ortelsburg, jetzt Grelckstraße 40, 22529 Hamburg, am 24. November

Gleich, Bruno, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Im Steinriegel 40, 73240 Wendlingen, am 29. November

Ipach, Gerda, geb. **Mrotzek**, aus Treuburg, Marktstraße 33/34, jetzt Breite Straße 26, 76135 Karlsruhe, am 25. November

Kapteina, Heinrich, aus Osterfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Merziger Straße 7, 47059 Duisburg, am 28. November

Kornietzka, Gustav, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Weidwall 103, 45839 Gelsenkirchen, am 24. November

Koyro, Max, aus Nussberg, Kreis Lyck, jetzt An der Friedenseiche 1, 59597 Erwitte, am 28. November

Kucharski, Barbara, aus Lötzen, jetzt Eckenerstraße 7, 22045 Hamburg, am 18. November

Lebrecht, Erna, geb. **Zeise**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Berlinstraße 107, 29223 Celle, 24. November

Paschke, Margarete, geb. **Krüger**, aus Neuhausen, Kreis Samland, jetzt Am Erlengraben 13, 35037 Marburg, am 25. November

Quast, Charlotte, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, jetzt Mühlengraben 16, 31134 Hildesheim, am 27. November

Schlegel, Hildegard, geb. **Gliemann**, aus Lyck, jetzt Bahnhofstraße 21, 70734 Fellbach, am 24. November

Schmidt, Else, geb. **Senft**, Ebenrode, jetzt Am Wasserturm 41, 50226 Frechen, 25. November

Strusch, Herta, geb. **Willuda**, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Schollstraße 11, 50354 Hürth, am 23. November

Trojanzik, Ernst, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, Magdeburger Straße 15, 01067 Dresden, am 25. November

Völklein, Margarete, geb. **Gliemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, jetzt Maintalstraße 13, 81243 München, am 24. November

Wernikowski, Gertrud, geb. **Zemke**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Elbinger Straße 16, 45731 Waltrop, am 25. November

85. GEBURTSTAG

Auhage, Lieselotte, geb. **Ludwig**, aus Willenheim, Kreis Lyck, jetzt Große Bergstraße 7, 25712 Burg, am 29. November

Ballandat, Kurt, aus Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Alpenrosenweg 8, 26689 Appen, am 28. November

Ernst, Edith, geb. **Hein**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, jetzt 76703 Kraichtal bei Bruch, am 25. November

Faerber, Martha, geb. **Siebert**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Josefinenstraße 12, 44628 Herne, am 11. November

Falkhausen, Gerhard, aus Lötzen, jetzt Im Birkengrund 16, 61352 Bad Homburg, am 18. November

Gädke, Christel, geb. **Bartsch**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, jetzt Kielkoppelstraße 12, 22149 Hamburg, am 28. November

Galpin, Edith, geb. **Gurklies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, 40 Essex Street, 5034 Goodwood, S.A. Australien, am 23. November

Genth, Friedel, geb. **Gayk**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, Soltauer Straße 8a, 21335 Lüneburg, am 27. November

Gresch, Johannes, Neidenburg, jetzt Danziger Straße 3, 58256 Ennepetal, am 24. November

Hess, Hilde, geb. **Czychi**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Reismühle 8, 22087 Hamburg, am 9. November

Kähler, Eva, geb. **Kubat**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Hermann-Löns-Straße 17, 31311 Uetze, geb. 23. November

Kairis, Hilde, geb. **Brix,** aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, jetzt Joseph-Hehl-Straße 13, 46509 Xanten, am 8. November

Kaisler, Erika, geb. **Reinhold**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Adenauerallee 182, 53113 Bonn, am 23. November

Kalinowski, Gerda, geb. **Kouik**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Holunderweg 4, 40764 Langenfeld, am 28. November

Köhrsen, Christel, geb. **Dembski**, aus Friedberg, Kreis Treuburg, jetzt Bargkoppel 6, 25524 Itzehoe, 23. November

Kupski, Herbert, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, jetzt Engernstraße 7, 45891 Gelsenkirchen, am 27. November

Lehmann, Waltraut, geb. **Vogt**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, jetzt Landwehrstraße 46, 68167 Mannheim, am 28. November

Mikasch, Gertrud, geb. **Breslein**, aus Ebenrode, jetzt Im Kleestück 12, 56070 Koblenz, am 28. November

Minuth, Dora, geb. **Galandi**, aus Königsberg, jetzt Drosselweg 2, 73066 Uhingen, am 23. November

Oetterer, Ilse, geb. **Podleschny**, aus Lötzen, jetzt Breslauer Straße 34, 50858 Köln, am 11. November

Pukrowski, Erich, aus Wasienen, Kreis Neidenburg, jetzt Lindenallee 16, 42349 Wuppertal, am 25. November

Rogowski, Ernst, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Raesfelder Straße 27, 45982 Gelsenkirchen, am 24. November

Rueter, Waltraut, geb. **Brandt**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Schützenstraße 56, 24626 Gr. Kummerfeld, am 24. November

Schoen, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, jetzt Angerburger Straße 6, 31789 Hameln, am 20. November

Schönfisch, Ruth, geb. **Weinert**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrungen, und Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 11, jetzt Hardenberger Straße 70, 42549 Velbert, am 27. November

Schulze, Gerda, aus Neumalken, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Windmühlenberg 22, 38518 Gifhorn, am 29. November

Seitz, Else, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Kornstraße 79, 92318 Neumarkt, am 28. November

Tolkmitt, Ilse, geb. **Wohlgemuth**, aus Woydiethen, Kreis Samland, jetzt Schaarbargsweg 35, 22395 Hamburg, am 26. November

Wuerger, Erika, geb. **Waga**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, jetzt Brucknerstraße 13, 27474 Cuxhaven, am 16. November

80. GEBURTSTAG

Baltrun, Erich, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Flugplatzstraße 81, 77933 Lahr, am 26. November

Dultz, Horst, aus Königsberg, Rippenstraße 30, jetzt Matthias Grünewald-Straße 16, 37154 Northeim, am 28. November

Gellert, Gerda, aus Neidenburg, jetzt Wiesenstraße 14, 27628 Wilsbüttel, am 29. November

Hecke, Wilhelm, jun., aus Riesenburg, Westpreußen, und Heiligenbeil, Legion-Condor-Weg 40, jetzt Lerchenweg 4, 73479 Ellwangen/Jagst, am 26. November

Hirschböck, Johann Eduard, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Plötzenstraße 22, 16775 Löwenberger Land, am 27. November

Horn, Dietward, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Am Pfinztor 40, 76227 Karlsruhe, am 29. November

Kositzki, Herbert, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Schulstraße 41, 38372 Büddenstedt, am 29. November

Kropmeier, Helen, geb. **Loch**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Kampstraße 1, 32694 Dörentrup, am 24. November

Kühn, Helga, geb. **Thierau**, aus Siewen, Kreis Angerburg, jetzt Krevinghauser Straße 1, 49143 Bissendorf, am 24. November

Losch, Horst, Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Prozessionsweg 13, 49661 Cloppenburg, am 29. November

Matthias, Marga, geb. **Landt**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Meerkatz 7, 53359 Rheinbach, am 23. November

Meyer, Hedwig, geb. **Olschewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 60, 25451 Quickborn, am 26. November

Moselewski, Edeltraut, geb. **Senff**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hauptstraße 18, 56459 Stockum/Sauerland, am 26. November

Scharena, Walter, aus Osterode, jetzt An der Nebelbeeke 5, 34379 Calden, am 25. November

Zaiss, Hildegard, geb. **Spierat**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Storlachstraße 206, 72760 Reutlingen, am 29. November



Mayer, Werner, und Frau Eva, geb. **Gelbke**, aus Königsberg, jetzt Johann-Dietrich-Möller-straße 74, 22880 Wedel, am 26. November

Zewuhn, Alfred, aus Insterburg, und Frau Brigitta, geb. **Brunk**, aus Stettin, jetzt Denickestraße 167a, 21075 Hamburg, am 24. November



Müller, Rudi, und Frau Irmgard, geb. **Fehr**, aus Prothainen, Kreis Mohrungen, jetzt am Berg 52, 38229 Salzgitter, am 27. November

Skorzinski, Günther aus Berndhöfen, und Frau Edelgard, geb. **Meyer**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, jetzt Kraneburg 4, 49479 Ibbenbüren, am 28. November

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 20. November, 18.30 Uhr, Phoenix: Austerlitz – Napoleons langer Marsch zum Sieg.

Freitag, 20. November, 20.55 Uhr, Phoenix: Die Flotte des Kaisers.

Freitag, 20. November, 22.05 Uhr, N24: Berlin – Hitlers letzter Kampf.

Sonnabend, 21. November, 17 Uhr, Phoenix: Ritter, Ross und Drache – Der Heilige Georg.

Sonnabend, 21. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Bonner Republik. 1963–1969: Von Erhard zur Großen Koalition.

Sonntag, 22. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 22. November, 19.45 Uhr, Bayern: Gipfelsturm – Die Erstbesteigung der Zugspitze.

Montag, 23. November, 22.05 Uhr, N24: Kamikaze unterm Hakenkreuz.

Dienstag, 24. November, 20.15 Uhr, WDR: Die Ostsee – Zwischen Litauen und Dänemark.

Dienstag, 24. November, 20.15 Uhr, RBB: Immer geradeaus – Von Aachen nach Königsberg.

Mittwoch, 25. November, 21 Uhr, Arte: Wilde Zeiten in Shanghai.

Mittwoch, 25. November, 21.05 Uhr, 3sat: Schweizer im Stasi-Knast.

Mittwoch, 25. November, 23.30 Uhr, ARD: Alfred Herrhausen.

Freitag, 27. November, 20.15 Uhr, 3sat: Hitlers Kampf um Autarkie – Der Führer trank keinen Muckefuck.

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?" auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre. Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

24./6. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 29. November, Fahrt zum Weihnachtsmarkt in Marktbreit bei Würzburg. Informationen erteilt R. S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Göppingen – Mit einer würdigen Jubiläumsfeier beging die Kreisgruppe Göppingen im voll besetzten Saal der Gaststätte von „Frisch Auf“ Göppingen das 60jährige Bestehen der Gruppe. Vorsitzender Günter F. Rudat begrüßte die zahlreichen Gäste, besonders Bürgermeister Jürgen Lämmle als Vertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Göppingen, den Ersten Landesbeamten Ulrich Majocco als Vertreter des Landrates, Frau Marianne Bayreuther als Vorsitzende des BdV Kreisverbandes Göppingen, den Chor der Gruppe Um mit Jürgen Jahnke, Waltraud Häffner von der Gruppe Schomdorf, alle Landsleute und Freunde und ganz besonders die Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Uta Lüttich. Jürgen Lämmle überbrachte in seinem Grußwort die Glückwünsche von OB Guido Till und wies auf die in der Rückschau nur schwer vollstellbaren Umstände in den Jahren 1946 bis 1950 hin, als in den Kreis Göppingen über 43000 und in die Stadt Göppingen selbst fast 18000 Vertriebene und Flüchtlinge strömten. Die Glückwünsche des Landkreises Göppingen und die persönlichen Grüße von Landrat Wolff überbrachte Ulrich Majocco, Erster Landesbeamter in der Landkreisverwaltung. Nach den Grußadressen ergriff Günter F. Rudat wieder das Wort. Er erinnerte an die rund 1200jährige deutsche Geschichte, in der die Besiedlung und kulturelle Entwicklung Ost- und Westpreußens einen wichtigen Platz einnimmt. „Flucht und Vertreibung, wer könnte dies besser beurteilen als die Vertriebenen! Deshalb sind gerade die besonders verpflichtet, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung wach zu halten und das überlieferte Brauchtum in den Familien weiter zu pflegen und zu praktizieren. Dann wird Ostpreußen nicht untergehen, sondern weiterleben“. Er schloss mit den Worten: „Heimat ist ein Gefühl der Seele – es drückt sich aus in Liedern, Sagen und Worten – ist vor allem Erinnerung! Heimatliebe war es, die uns Kraft zum Überleben gab“. Nach einem Gedichtvortrag sprach die Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg der Landsmannschaft Ostpreußen, Uta Lüttich, zum Thema „Ostpreußen gestern und heute“. Das jahrhundertelange friedliche Zusammenleben der Deutschen und Polen, besonders in Westpreußen, wurde durch die beiden Weltkriege schwer gestört; nach dem Ersten Weltkrieg durch den Versailler Vertrag, mit dem große Teile Westpreußens an Polen abgetreten werden mussten und durch den Verlust des gesamten deutschen Ostens nach dem Zweiten Weltkrieg. Das ist für die Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesier heute noch schmerzlich. Frau Lüttich wies aber auch auf die zwischenzeitlichen positiven Veränderungen hin. Stadtjubiläen einst deutscher Städte werden gefeiert, der 200. Todestag des großen ostpreußischen Philosophen Immanuel Kant wurde von Deutschen und Russen gemeinsam gefeiert, in Königsberg wurde ein deutsches Konsulat eingerichtet, im südlichen Ostpreußen (heute polnisch) sind 24 Deutsche Vereine entstanden und es wurden 16 Städtepartnerschaften vereinbart. Umrahmt wurde die Jubiläumsfeier durch Tanzvorführungen und Chorvorträge der Gruppe Ulm, durch Gedichtvorträge und Gesang. Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied wurde der offizielle Teil abgeschlossen. Das anschließende gemütliche Beisammensein mit Grützwurstessen bot Gelegenheit zu angeregten Gesprächen unter Landsleuten, die ausgiebig genutzt wurde. Dieser gemütliche Teil der Feier wurde musikalisch von Klaus Wiesenbom begleitet. Er verstand es, die Teilnehmer immer wieder mit einzubeziehen und zum Mitsingen anzuregen. Als „Dankeschön“ für sein engagiertes Mitwirken bat er um eine Spende für eine von ihm ins Leben gerufene Hilfsaktion in Afrika. Damit fand eine würdige Jubiläumsfeier ihren Abschluss.

Reutlingen – Dienstag, 24. November, 13 Uhr, Abfahrt der Frauengruppe vom Busbahnhof Reutlingen. Die Fahrt geht nach Ulm zum Weihnachtsmarkt. Dort wird die Gruppe von der Frauengruppe Ulm erwartet, um gemeinsam diesen Nachmittag zu verbringen. Informationen und Anmeldung bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 21. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenanlage „Im Lindach“, Schwäbisch Hall. Elfi Dominik zeigt einen Videofilm von den letzten zehn Reisen nach Pommern, Ost- und Westpreußen sowie Schlesien. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Baldige Anmeldungen an Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553. – Mittwoch, 2. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe „Im Lindach“.

Stuttgart – Zum diesjährigen Erntedankfest luden die herbstlich geschmückten Tische die Gäste zum Verweilen ein. Der Erntetisch verriet eine reiche Ernte. Zum Auftakt sang der Egerländer-Stuttgarter Chor ein Loblied der Natur auf Gottes Schöpfung. Diesem Thema widmete sich auch die Zweite Vorsitzende Margarethe Sorg. Sie zeigte die prächtigen Blüten und Blätterfärbung der Natur auf, die mit allen Früchten zur Pflege dem Menschen anvertraut ist. Sie gedachte der fleißigen Ostpreußen, die ihr Land zur „Kornkammer“ Deutschlands werden ließen. Im Gegenzug stellte sie die gewaltigen Veränderungen der Gesellschaft durch Technik und Industrie dar. Dabei verwies sie aber auch auf die Verpflichtung hin, vom eigenen Reichtum an die Völker der Armen abzugeben, aller Notleidenden zu gedenken, die im Schatten stehen. Im zweiten Teil des Nachmittages wurden Tänze der Egerländer gezeigt. Die darauf folgenden ostpreußischen Geschichten steigerten die Stimmung, ebenso ein Sketch von Siegfried Lenz: „Liebe in Masuren“. Mit zwei Chorliedern und einem besinnlichen Gedicht ging der frohe Nachmittag zu Ende.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 21. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Wendlingen – Sonntag, 22. November, 14.30 Uhr, Totengedenkstunde auf dem Friedhof in Wendlingen. Anschließend Kaffeetafel im Gasthaus zum Lamm, Kirchheimerstraße. – Mittwoch, 2. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Stadthalle am Rathaus, Raum Treffpunkt Stadtmitte.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Landshut – Sonntag, 29. November, 11.30 Uhr, Busfahrt zum Christkindlmarkt Vilshofen. Abfahrt: 11.30 Uhr, Hauptbahnhof Landshut, Rückkehr gegen 19 Uhr.

München Nord / Süd – Sonnabend, 5. Dezember, 14 Uhr, Vorweihnachtliche Feier mit Kaffeetafel im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Auf dem Programm stehen gemeinsames Singen, kleine Lesungen und Vorträge.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 27. November, 19 Uhr, Treffen der Gruppe im „Jagdschlößchen“, Gunzenhausen. Nach dem gemeinsamen Grützwurstessen hält Dr. Jürgen Danowski einen Diavortrag über „Die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung“.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: bdvberlin@cityweb.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Nikolausfeier“. Anfragen: Benno Böse, Telefon (030) 7215570.



Rößel – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Nikolausfeier“. Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600, oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Dienstag, 1. Dezember, 9.15 Uhr, Busfahrt nach Lüneburg. Damit verbunden sind eine Führung im Ostpreußischen Landesmuseum sowie die Möglichkeit zum Besuch des Lüneburger Weihnachtsmarkts. Mittagessen im Gasthaus zur Krone, allerdings nicht im Preis enthalten. Tagesablauf: 9.15 Uhr Abfahrt, Bremen ZOB, 11.30 bis 13 Uhr Führung mit Dr. Hinkelmann durch die Sonderausstellung „Der Norden Ostpreußens in Fotografien von Christian Papendick“. 13.15 bis 14.30 Uhr Mittagessen in der „Krone“, anschließend Zeit zur freien Verfügung auf dem Weihnachtsmarkt oder zum persönlichen Rundgang im Museum. Die Abfahrtzeit wird in der Gruppe abgestimmt. Preis für Fahrt und Eintritt 23 Euro pro Person. Anmeldungen bei Frau Venderbosch, Telefon 4854633. Bezahlung bei Anmeldung auf das Konto JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Konto-Nr.: 18276717, BLZ 290 501 01, Sparkasse Bremen. Die Geschäftsstelle der Gruppe befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 27. November, 14.30 Uhr, Feier zum 50jährigen Bestehen der Frauengruppe im „Barlach-Haus“. Die Bundesvorsitzende der Frauengruppe, Uta Lüttich, hat ihr Erscheinen zugesagt, Anmeldung unter Telefon 86176, erforderlich. – 60 Ost- und Westpreußen, unter ihnen die Familie Werner Wedells, erlebten einen zweigeteilten Heimatnachmittag. Der erste Teil war als Gedenkfeier für den am 28. September 2009 84jährig verstorbenen Zweiten Vorsitzenden und Vertreter der Westpreußen-Gruppe, Werner Wedell, gewidmet. Sein blumengeschmücktes Bild stand im Saal, so dass jeder den Freund noch einmal sehen und sich verabschieden konnte. Vorsitzende Marita Jachens-Paul würdigte Wedell in einer Gedenkrede als „guten Geist der Landsmannschaft“, immer hilfsbereit, ansprechbar, humorvoll und voller Liebe für seine Heimat Reinau, Brosau, Kulm und Westpreußen. Seit dem 1. Januar 1970 war er Mitglied der Landsmannschaft. 1988 trat er in den Vorstand ein und wurde 1994 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Er war Handwerker, Organisator, Koch, Reiseleiter, Fotograf und Tänzer in einer Person und hatte für jeden stets ein offenes Ohr. Für die Vorsitzende war er der „Rosenkavalier“. Nun konnte sie ihm nur noch für alles danken und vor seinem Bild eine Rose niederlegen. Nach der Kaffeetafel mit einer Käse-Mandarinen-Schnitte spielten die „Barlachhaus-Musikanten“ leise, ernste Stücke, der vorangegangenen Trauerfeier angemessen. Tanzen tat niemand, wer hätte auch den ersten Schritt machen sollen? Das war bisher immer das Privileg und die Freude Werner Wedell und seiner Lebensgefährtin Irmgard Poller. Jachens-Paul ging im zweiten Teil des Nachmittages auf die 83jährige Geschichte der Gruppe ein, die am 13. Oktober 1926 als „Verein heimattreuer Ostpreußen“ in den damals selbstständigen Unterweserstädten Bremerhaven und Wesermünde gegründet und 1951 in „Landsmannschaft Ost- und Westpreußen“ umbenannt wurde. Die Vorsitzende erwähnte dabei besonders das mit seiner Ehefrau Marianne anwesenden Ehrenmitglied Paul Baumgardt, der am 26. Oktober 1926 in Neukrug Kreis Elbing geboren wurde, als der hiesige Verein gerade mal 13 Tage alt war. Er ist der „lebende Beweis“ für das Alter der Gruppe. Den Geburtstagskindern wurde das Gedicht „Mohnkuchen-Nostalgie“ aus dem Buch „Om'chen und ihr Herd“ gewidmet. Nach dem von Barbara Sandmann vorgetragenen Gedicht „Heimweh“ aus „Land an der Memel“ wurden die Anwesenden noch einmal an Werner Wedell erinnert: Er hatte verfügt, auf dem Stiftungsfest eine Runde auszugeben: „Trinkt auf mein Beisein bei Euch!“



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Montag, 30. November, 16 Uhr, **Stunde der Begegnung** im Haus der Heimat (Teilfeld 8, S-Bahnstation Stadthausbrücke beziehungseise U3-Station Rödingsmarkt) mit Funktionsträgern des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen (LvD) in Hamburg. Zugleich wird der Verband die Gelegenheit wahrnehmen, um einen Empfang im neuen Domizil zu geben und lädt dazu herzlich ein.

Sonnabend, 12. Dezember, 14 Uhr, **Weihnachtsfeier** im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg, Telefon (040) 504477, Einlass 13 Uhr, 14 Uhr Begrüßungsansprache des Ersten Vorsitzenden Hartmut Klingbeutel. 14.15 Uhr: mit Ruth Geede will man gemeinsam an die Weihnachtszeit in der Heimat erinnern, Weihnachtslieder singen und den literarischen Erzählungen lauschen. Mit ihrer Harfe wird Tatjana Großkopf (Leiterin des Lufthansachores) die Vorträge musikalisch umrahmen und dem Singen den richtigen Ton geben. 15 bis 15.30 Uhr Kaffeepause. Nach der Pause setzen wir das Programm fort und lassen unsere besinnliche Weihnachtsfeier langsam ausklingen. Durch die Veranstaltungen führt sie Hans Günter Schattling. 17 Uhr Ende der Weihnachtsfeier. An- und Abfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf. Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 2. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtlicher Nachmittag in den ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide Eimsbüttel, U-Bahn Christuskirche. Mit Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen soll der Advent gefeiert werden. Der Eintritt ist frei, aber bitte bringen Sie ein Päckchen für den Julklapp mit. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



Gumbinnen – Sonnabend, 21. November, 14 Uhr, vorweihnachtliches Programm mit Kaffeetafel im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahnlinie 1 bis Stadthausbrücke oder U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Richtung Michaelis-Kirche noch rund sechs Minuten. Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 28. November, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Gemeinsam will man sich mit Gedichten, Liedern und Geschichten auf das kommende Weihnachtsfest einstimmen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer Kirche, bis Bauerberg. Von dort sind es nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldungen bis zum 27. November bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092. – Neuntägige Ostpreußenreise in den Kreis Heiligenbeil vom 24. April bis 2. Mai 2010. Es werden alle Kirchspiele besucht, also auch Ihr Heimatort. Reisepreis ab 20 Teilnehmern 764 Euro; ab 30 Teilnehmern 714 Euro; ab 40 Teilnehmern 664 Euro pro Person im DZ. Im Preis enthalten: HP, Reiserücktrittversicherung, Krankenversicherung im russischen Teil des Kreises, Erlaubnis für den grenznahen Bereich im russischen Teil, Reiseleitung, Stadtführungen, Grenzgebühren und Visakosten. Reiseunterlagen ab sofort bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 2. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Die Vorweihnachtszeit wird eingeläutet mit einem schönen Weihnachtsprogramm. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Königsberg – Donnerstag, 3. Dezember, 14 Uhr, gemeinsame Kaffeetafel der Gruppe zum 30jährigen Jubiläum und zum vorweihnachtlichen Zusammensein im Restaurant Rosengarten (U/S-Bahn Ohlsdorf, Ausgang rechts), Alsterdorfer Straße 562, Hamburg, Telefon (040) 504477. Einlass ist ab 14 Uhr, ein Programm wird vorbereitet. Schriftliche Anmeldung bis zum 25. November bei Ursula Zimmermann, Klärchenstraße 21, 22299 Hamburg.



Osterode – Sonnabend, 28. November, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Ohlsdorf. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, die Feier wird musikalisch begleitet. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Anmeldungen bei Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Sensburg – Sonntag, 6. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Anmeldungen bis zum 4. Dezember bei K. Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. Dezember, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 23. November, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis „Waldquelle“). Manfred Samel zeigt den Film: „Eine historische Ostpreußenreise von 1937“. – Montag, 7. Dezember, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis „Waldquelle“). Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Dillenburg – Mittwoch, 25. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Dillenburg. Mehrere Mitglieder werden mit Geschichten rund um Advent und Weihnachten auf die Adventszeit einstimmen. – Gundborg Hoffmann hielt einen Vortrag über den Weberaufstand 1844 in Peterswaldau am Eulengebirge / Niederschlesien, der durch Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Die Weber“ bekannt ist. In Peterswaldau und im benachbarten Langenbielau lebten im 19.Jahrhundert zahlreiche Weber, die in Heimarbeit, bei der die ganze Familie einschließlich der Kinder beteiligt war, vor allem Baumwollstoffe webten. In den Wohnstuben der kleinen Häuser stand der Webstuhl, der meist eigener Besitz war; Rohstoffe und Garn stellte der so genannte Unternehmer, der dann die Weber entlohnte und die abgelieferte Ware verkaufte. Dabei wurden die Weber oft schikaniert: der Fabrikant fand angeblich Fehler im Gewebe und minderte deshalb den Lohn, oder er nahm die Ware gar nicht erst ab. Dann wurden die Fehler aber gekennzeichnet, damit der Stoff nicht anderswo angeboten werden konnte. Oder es gab statt der Bezahlung der Stoff-rollen nur neues Garn. Alles bedeutete aber, dass der Weber zu wenig oder gar kein Geld bekam. Oft dienten auch angeblich gefallene Stoffpreise oder zu viele Arbeitskräfte in der Region als Ausrede für niedrigere Löhne. Viele Weber übten nebenbei noch einen anderen Beruf aus, sie waren Kleinbauern oder arbeiteten auf dem Bau oder im Wald. In Peterswaldau gab es einen ganz besonders verhassten Unternehmer mit Namen Zwanziger. Auf ihn hatte einer der jüngeren Weber ein 24strophiges Lied gedichtet: „Die Herren Zwanziger die Henker sind …“, in dem haargenau die Schikanen aufgelistet wurden, und das er mit einigen anderen Webern öffentlich mehrmals gesungen hatte. Er wurde daraufhin auf Betreiben Zwanzigers verhaftet und eingesperrt. Die anderen, vor allem jüngeren Weber wollten das nicht einfach hinnehmen und beschlossen, seine Freigabe zu fordern. Als Zwanziger das ablehnte, rotteten sich mehrere hundert Mann zusammen und zogen, mit Steinen und Zaunlatten bewaffnet, zum neuerbauten protzigen Anwesen des Fabrikanten, schlugen Scheiben ein und zerstörten Warenlager sowie Geschäftsräume. Besonnene verhinderten, dass auch das Wohnhaus der Familie, die geflohen war, zerstört wurde. Die Weber überredeten immer mehr Kollegen, sich den Protesten für die Freilassung des Verhafteten, für gerechtere Behandlung und höhere Löhne anzuschließen. Die Unruhen weiteten sich über mehrere Ortschaften aus; das Militär griff schließlich ein. Am Ende standen den etwa 2000 un-

bewaffneten Aufständischen, die nur Parolen riefen, 600 Soldaten gegenüber. Während der drei Tage des Aufruhrs, vom 4. bis 6. Juni 1844, gab es elf Tote und zahlreiche Verletzte zu beklagen. Beim anschließenden Prozess gegen die Anführer der Proteste verhängten die Breslauer Richter, die sich über Weisungen „von oben“ hinwegsetzten, nur milde Strafen. Sie forderten außerdem, in weiser Voraussicht, die Einrichtung von Fabrikgerichten zur Schlichtung von Differenzen zwischen Fabrikherren und Fabrikarbeitern und eine zweckmäßige „Communal Ordnung“.

Wetzlar – Sonntag, 29. November, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. Gäste sind herzlich willkommen. – Über die Geheimnisse des Bernsteins referierte Charlotte Kaufmann auf der letzten Zusammenkunft. Auf drei Handelswegen sei das „Gold des Meeres“ von der Samlandküste und der Kurischen Nehrung bereits vor 4000 Jahren in den Mittelmeerraum. und weiter ans Schwarze Meer gelangt. So sei der Archäologe Heinrich Schliemann (1822–1890) bei seinen Ausgrabungen auf dem Gelände der altgriechischen Stadt Mykene auf Bernstein-perlen als Grabbeilagen gestoßen. Untersuchungen hätten ergeben, dass es sich bei diesen Funden um „Baltischen Bernstein“ aus dem Ostseeraum handelt, der sich vor 40 Millionen Jahren aus dem versteinerten Harz vorzeitlicher Nadelbäume gebildet habe. Heute sei Bernstein als Schmuck selbst unter jungen Menschen gefragt, berichtete die Referentin. Noch vor 70 Jahren habe dieser weithin als „Omaschmuck“ gegolten. Aber nicht nur zur Zierde diene Bernstein. Ihm wurde schon immer eine heilende Kraft nachgesagt worden. Entzündeter Bernstein werde vielfach in der Aromatherapie genutzt. In Russland propagiere man Bernstein sogar als Heilmittel gegen Alkoholismus. Auch sollen mit Bernsteinbehandlungen von Hauterkrankungen und Allergien gute Erfahrungen gemacht worden sein, ließ Charlotte Kaufmann ihre Zuhörer wissen. Warnend ging die Referentin auf einen schwunghaften Handel mit künstlich hergestelltem Bernstein ein. Zur Feststellung seiner Echtheit sei eine Kochsalzlösung ein erprobtes Mittel. Unechter Bernstein versinke darin, während echter Bernstein auf der Oberfläche schwimmt.

Mitgliederversammlung mit Neuwahl

Terminänderung! – Einladung zur Mitgliederversammlung (MV) der **„Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums“** am Sonnabend, 16. Januar 2010, zunächst im Museum, Ritterstraße 10, Lüneburg, anschließend in der benachbarten historischen „Kronen-Diele“, Heiligengeiststraße. Programm: 9 Uhr Eröffnung des Museums für die „Freunde“, 10 Uhr Begrüßung durch Jagdhornbläser der Lüneburger Jägerschaft und Ehrung der besten Absolventen der Jägerprüfung 2009. 11 Uhr Mitgliederversammlung in der „Kronen-Diele“ (1. Begrüßung und Totengedenken durch Dr. Dorff, 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, 3. Genehmigung des Protokolls der MV vom 25. April 2009, 4. Bericht von Dr. Mähnert über die Museumsarbeit, 5. Bericht über den Trägerverein von Herrn Hilgendorf, 6. Jahresbericht 2009 Dr. Dorff, 7. Kassenbericht von Frau Krey, 8. Erläuterung des Haushaltsplans für das Kalenderjahr 2010, 9. Bericht über die Kassenprüfung, 10. **Satzungsänderung** siehe unten, 11. Aussprache über die Tagesordnungspunkte 3 bis 10, 12. **Neuwahl** des gesamten Vorstandes, 13. Sonstiges, 14. Ende der Mitgliederversammlung, Abschlusslied). Das Protokoll der letzten MV und der Haushaltsplan-Entwurf werden für die Versammlungsteilnehmer bereit gehalten und können zuvor beim Ersten Vorsitzenden abgerufen werden (möglichst per Fax oder E-Mail). 13 Uhr Mittagspause (das Essen kann im Kronen-Restaurant eingenommen werden). 14.30 Uhr öffentlicher Vortrag des Schriftstellers Gert G. v. Harling: „Jagen in Masuren heute“.

Satzungsänderung – § 6 Abs. 1 der Satzung des Vereins der Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums e. V. erhält folgende Ergänzung: *„Der Vorstand stellt in der alljährlichen ordentlichen Mitgliederversammlung seinen Haushaltsplan für das folgende Geschäftsjahr auf und erläutert diesen. Die Mitgliederversammlung kann den vorgelegten Haushaltsplan ändern und muss ihn mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmberechtigten beschließen. Im Rahmen des genehmigten Haushaltsplanes entscheidet der Vorstand*“ über die Vergabe …

Nähere Informationen beim Ersten Vorsitzenden Dr. Erik Dorff, Telefon (04131) 735323, Fax (04131) 735325, E-Mail: e.dorff@web.de

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Dem Volk aufs Maul geschaut

Zusammengetragen von Felix Arndt und in »Worte aus Ostpreußen« veröffentlicht (Teil 5)



begrabbeln = mehrfach lose anfassen
begrabschen = etwas oder jemanden zuviel anfassen
begrunzen, sich = einander begrüßen und sich dabei lebhaft unterhalten
bei wenigst = wenigstens, mindestens
Beisatz = Gelee oder eingemachte Früchte beim Bratenfleisch
behumpsen = betrügen
sich bekaufen = falsch oder zu teuer einkaufen
sich bekleckern = sich mit Speiseresten beschmutzen
sich bekletern = sich stark beschmutzen, zum Beispiel mit Lehm
etwas beklemmen = einen Gegenstand am Körper verstecken
bekloppt sein = geistig nicht auf der Höhe sein
bekunkeln = heimatlich besprechen und verabreden
jemanden belapsen = jemanden erwischen, überraschen
sich belernen = etwas dazulernen, seine Meinung ändern
benusbeln = leicht beschmutzen
sich benuscheln = etwas zu viel trinken, sich etwas beschmutzen
bepuhlen, Kuchen = Streusel oder Rosinen vom Kuchen naschen
berappen = bezahlen
bereißen = Dummheiten machen
sich beriechen = einander vorsichtig kennenlernen
beribbeln, blechen = bezahlen
berupsen = schädigen
besacken = beschimpfen
beschabbern = überreden
beschettern = sich allzu sehr um jemanden kümmern
bescheuert = dumm, unvernünftig
beschicken, etwas = anstehende Arbeit tun, etwas erledigen
beschlabbern, sich = sich mit Suppe oder dergleichen „bekleckern“
beschlaucht = betrunken

Anzeigen

Am 30. Oktober 2009 ist mein lieber Mann







Heinz Seeherr
Goldschmiedemeister
∗ am 17. Februar 1924 in Lyck, Ostpreußen,

friedlich eingeschlafen.

Ursula Seeherr mit Katarina Seeherr
Jörg und Ursula Seeherr
Udo und Gertraude Seeherr
9 Enkeln und 4 Urenkeln

Traueradresse: Ursula Seeherr, Johanneshaus, Am Eichhof 20, 75223 Niefern-Öschelbronn

…und plötzlich ging alles ganz schnell!

Nach einem erfüllten und bis zu seinem Tode aktiven Leben müssen wir schweren Herzens Abschied nehmen von meinem lieben Mann, guten Vater, Schwiegervater und Opa



Albert Sudau
∗ 20. Juni 1916 † 12. November 2009

Danke für die schöne, gemeinsame Zeit.

In liebevoller Erinnerung
Hildegard Sudau, geb. Gronau
Peter und Ingrid Sudau
Torben Sudau

24582 Bordesholm, Holstenstraße 30

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 19. November in Bordesholm statt.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. November, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Christel Jaeger hält einen Vortrag über „Bedeutende Frauen in Ostpreußen“.

Delmenhorst – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier im Restaurant Zum Tell. Pfarrer August Hüsing und einige Mitglieder werden mit ihren Darbietungen die Feier gestalten. Michael Strunk sorgt am Keyboard für die richtige musikalische Untermalung.

Göttingen – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Gasthof Zur Linde, Hauptstraße 50, Göttingen. Anmeldungen bis zum 24. November bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 26. November, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 3. Dezember, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 3. Dezember, 12.30 Uhr, Abfahrt zur Modenschau in Stöckheim.

Holzminden – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kaffeenachmittag im „Felsenkeller“.

Osnabrück – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Dienstag, 24. November, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Aachen – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Haus des Deutschen Ostens, Franzstraße 74, Saal des Restaurants Franz, fünf Minuten vom Hauptbahnhof, gleich am Maschiertor. Der Weihnachtsmann hat auch schon seine Teilnahme zugesagt, um seine Grüße zu überbringen. Es wurde wieder ein buntes, besinnliches Programm zusammengestellt und ein neues Weihnachtsstück eingeübt. Alle Mitglieder, Freunde und Nachbarn sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. All denjenigen, die nicht mehr an den Aktivitäten der Gruppe teilnehmen können, sei schon jetzt ein geruhsames, friedliches Weihnachtsfest und alles Gute für das nächste Jahr gewünscht.

Bielefeld – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Advent-Heimatnachmittag im Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld.

Düren – Freitag, 20. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatabend.

Düsseldorf – Sonntag, 29. November, 11 Uhr, Messe für Heimatvertriebene und Aussiedler, St. Antonius-Kirche, Fürstenplatz. – Mittwoch, 2. Dezember, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Donnerstag, 3. Dezember, 19 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Christopher Clark: „Kaiser Wilhelm II. (1859–1941) in neuer Sicht“, Eichendorff-Saal, GHH.

Ennepetal – Sonntag, 22. November, 11.30 Uhr, kurzes Treffen am Gedenkstein in der Gasstraße zum Totensonntag.

Essen – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Lesung aus dem „Ostpreußisches Tagebuch“ von Hans Graf von Lehndorff.

Gevelsberg – Freitag, 20. November, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Keglerheim“, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 30. November, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Verkauf ostpreußischer Spezialitäten auf dem Weihnachtsmarkt in Gütersloh-Spexard. Es werden wieder Bigos, Grützwurst, Bärenfang Schmalzbrote und heiße Borschtsch-Suppe angeboten. Alle Spezialitäten werden selbst zubereitet. Wer helfen kann und möchte (kochen oder Zutaten spenden) melde sich bei Marlene v. Oppenkowski, Telefon (05241) 702919, oder Mariane Bartnik, Telefon (05241) 29211. Der Weihnachtsmarkt findet am Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14, Gütersloh statt. Wie auch in den vergangenen Jahren wird der Erlös gespendet. – Montag, 7. Dezember, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestr. 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Sonnabend, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Vorweihnachtsfeier im großen Saal der Herz Jesu Kirche, Marktplatz 1, Leverkusen-Wiesdorf. Eintritt Mitglieder 4 Euro, Nichtmitglieder 7 Euro. Kinder bis zum 12. Lebensjahr zahlen nichts. Ein schönes festliches Programm mit Beteiligung aller Kulturgruppe beginnt um 15 Uhr. Der Weihnachtsmann hat sein Kommen zugesagt. Anmeldung erforderlich bis spätestens 3. Dezember bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763. Gäste sind herzlich willkommen.

Neuss – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. Mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee und Kuchen sowie ostpreußischen Spezialitäten.

Witten – Donnerstag, 26. November, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Thema: „Der Fall der Mauer vor 20 Jahren in Berlin“.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 20. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 27. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 28. November, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Bildungszentrum, Untere Zahlbacher Straße 68, 55131 Mainz. Es wird um Gaben für die Tombola gebeten.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

PRUSSIA

Duisburg – Die Prussia trifft sich am Sonnabend, 21. November, 11 Uhr, im Museum Stadt Königsberg, Karmelplatz 5, Duisburg. Vor Beginn des Vortragsteiles (10 bis 11.55 Uhr) besteht Gelegenheit das Museum (Ausstellung „Königsberger Musikleben“) zu besuchen. 11 Uhr hält Prof. Dr. Hans Rothe seinen Vortrag: „Politik und Kultur in slawischen Ländern, vor allem im 20. Jahrhundert“. Ab 14 Uhr wird Prof. Oskar Gottlieb Blarr auch anhand von Beispielen „Von bedeutenden Musikern und vom Musikleben in Königsberg“ berichten. Gegen 16 Uhr berichtet Armin Matt über „Neues aus dem Königsberger Gebiet“, ergänzend dazu bringt Prof. Brilla neuste Nachrichten über die Arbeit in Nordostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen.

Weihnachtsfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 19. Dezember 2009 bis 2. Januar 2010 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen oder der Gymnastik nach dem Frühstück, über kleine Wanderungen, Diavorträgen, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel, sowie natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der alten Heimat ist. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein. Für diese 14tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, die Silvesterfeier, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Erwin Kühnappel wurde am 31. Dezember 1938 geboren. Noch herrschte Frieden im ostpreußischen Georgenau, wo sein Vater auf dem dortigen Rittergut seiner Tätigkeit als Maschinenführer nachging. Mutter sorgte sich um die große Kinderschar. Erwin war das fünfte von insgesamt acht Kindern. Schon bald nach seiner Geburt begann der Krieg. Dennoch verlebte er eine behütete Kindheit, auch wenn sein Vater an die Front musste. Erst als im schicksalhaften Januar 1945 die Rote Armee in den Kreis Bartenstein vorstieß, fand die Kindheit ein jähes Ende. Der sechsjährige Erwin musste mit seiner Mutter und den Geschwistern bei Frost und Schnee auf die Flucht. Über das Eis des Frischen Haffs gelangten sie nach Pommern. Hier wurden sie von den Russen überrollt. 1945 war der Krieg für sie noch lange nicht zu Ende. Erst 1947 erfolgte die Ausweisung durch die Polen. In Mecklenburg fanden sie eine neue Bleibe. Hier konnte Erwin – er war inzwischen zehn Jahre alt – endlich eingeschult werden. Der Vater kehrte 1948 aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Die Familie war nun wieder zusammen, doch das Glück währte nicht lange. 1949 verstarb die Mutter und drei Jahre später der Vater. Als Waise kam er zu Pflegeeltern auf einen Bauernhof und arbeitete nach Beendigung der Schulzeit in der Landwirtschaft. Als er 18 Jahre alt wurde, begann er seinen Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee, aus der er 1963 als Oberfeldwebel der Reserve ausschied. Er war dann wieder in der Landwirtschaft und später als Kraftfahrer tätig. 1971 kam Erwin Kühnappel nach Sachsen. Hier war er viele Jahre als Brigadeleiter für Transportwesen beschäftigt. 1991 schied er nach schwerer Krankheit aus dem aktiven Berufsleben aus. Nun fand er Zeit für seine Heimat Ostpreußen, der er die ganzen Jahre treu verbunden war. Im erzgebirgischen Olbernhau, wohin es viele Ostpreußen verschlagen hatte, entstand eine der ersten Kreisgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen in Sachsen. Als Vorstandsmitglied setzte er sich aktiv für die Belange der Heimatvertriebenen ein. Durch seine heimatverbundene Arbeit zur Bewahrung der Erinnerung an das Land der dunklen Wälder wurde er rasch bekannt und 1996 in den Landesvorstand gewählt. Als der damalige Landesvorsitzende Werner Stoppke seinen Rücktritt erklärte, übernahm Erwin Kühnappel im Mai 1999 das Amt des Landesvorsitzenden. Zehn Jahre stand er seitdem an der Spitze der Landesgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen im Freistaat Sachsen. Es gelang ihm, die Kreisgruppen zu aktivieren, neue Kräfte zur Mitarbeit zu gewinnen und eine wirkungsvolle Teamarbeit zu entwikkeln. Mit seinen zahlreichen Besuchen in den Kreisgruppen festigte er den Zusammenhalt der Ost- und Westpreußen und förderte ein reges Vereinsleben. Um auch jungen Menschen die ostpreußische Heimat nahe zu bringen, organisierte er Reisen nach Ostpreußen, die dazu beitrugen, die 700jährige Geschichte des Landes und das Unheil der Vertreibung zu begreifen. Auch die völkerverbindende Verständigung mit den heutigen Bewohnern war ihm ein wichtiges Anliegen, wobei er mehrere Hilfstransporte persönlich begleitete. Sein Wirken wurde von der LO hoch geschätzt und mit der Verleihung des Silbernen und Goldenen Ehrenzeichens gewürdigt. Auch wurde ihm 2008 der Kulturpreis der Landesgruppe verliehen. Wenn Erwin Kühnappel nun aus gesundheitlichen Gründen das Amt des Landesvorsitzenden nach zehn Jahren aufopferungsvoller Arbeit in jüngere Hände gelegt hat, dann weiß man, dass er das Feld gut bestellt hat. Seine reichen Erfahrungen wird er auch weiterhin zur Verfügung stellen. Der Landesvorstand hat beschlossen, ihn zum Zeichen des Dankes und der Anerkennung zum Ehrenvorsitzenden der Landesgruppe zu ernennen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 2. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Magdeburg – Freitag, 20. November, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 24. November, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Kiel – Am 1. Oktober 1949 erschien das erste Mal das Mitteilungsblatt der Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft: „Unsere Ostpreußen-Gemeinschaft“. Aus diesem Anlass fand eine kleine Feierstunde statt. Als Gäste konnte Hannelotte Berg den neugewählten Landesvorsitzenden des Verbandes heimatvertriebener Deutscher in Schleswig-Holstein, F. Mrozek, begrüßen. Außerdem freute sie sich, wieder einmal G. Stottmeister aus San Francisco (Kalifornien/USA) willkommen heißen zu können. Mit 90 Jahren hatte er noch einmal den Sprung über den großen Teich gewagt. Das Mitteilungsblatt erschien noch vor dem *Das Ostpreußenblatt*. Man war sich im Kreise der Vertriebenen einig, dass eine Unterrichtung der Mitglieder, ein Jahr nach Gründung der Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft, dringend erforderlich war. Lore Hielscher, Journalistin bei den „Kieler Nachrichten“ war vom 1. Oktober 1949 bis September 1950 die erste Redakteurin; es folgten Monate ohne extra erwähnten Redakteur. Ab März 1952 bis April 1970 erfuhr das Blatt große Kontinuität, fachmännische Gestaltung durch Eri-ch v. Lojewski, Journalist und Verleger. Erich v. Lojewski war Mitbegründer des Kieler Presseclubs und hatte zahlreiche Kontakte in Stadt und Land. Er kannte durch seine journalistische Laufbahn, die in Ostpreußen ihren Anfang nahm, seine Heimat und ihre Menschen, denn er war einer der ihren. Als er starb, führte seine Frau Ursel die Arbeit fort. Dieses tat sie mit viel Engagement und Herzblut bis zu ihrem Tode im November 1998. Die von ihr begonnene Novemberausgabe 1998 wurde von Hannelotte Berg zu Ende geschrieben. Ihr Sohn, Wolf v. Lojewski, las ihr diese Ausgabe noch am Krankenbett vor. Nun war es an Hannelotte Berg, diese Aufgabe zu übernehmen die sie bis heute innehat. Als Abschluss eines inhaltsreichen Nachmittags fesselte Günther Stottmeister die Zuhörer mit seinem „Lebensbericht“. Er verließ Kiel 1953 mit 40 Deutsche Mark in der Tasche. Ganze 9.60 Dollar standen ihm für die Schiffsüberfahrt und beim Arbeitsantritt in Kanada – bei einem Farmer als Knecht – zur Verfügung. Er, der berufslose Kriegsteilnehmer und Flüchtling, berichtet jetzt als 90-Jähriger von seinem stetigen Aufstieg im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das ihm alle Chancen geboten hatte, die er ergriff, zupackte und Erfolg hatte. Er erhielt viel Beifall und ein Fläschchen Trakehner Blut – zur Stärkung für den langen Rückflug. Zum Abschluss sangen alle gemeinsam ein Lied.

Neumünster – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier bei Kerzenschein in der Stadthalle.

Pinneberg – Sonnabend, 21. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Es steht „Gänseverspielen“-Bingo (es winkt der Weihnachtsbraten) auf dem Programm. Anmeldung unter Telefon (04101) 73473, oder Telefon (04101) 62667.

Uetersen – Auf der letzten Zusammenkunft konnte der stellvertretende Vorsitzende Jochen Batschko rund 40 Mitglieder und Gäste begrüßen. Diese waren begeistert, wieder eine so schöne herbstlich dekorierte Kaffeetafel, dank der fleißigen Damen der Gruppe, vorzufinden. Batschko gab einen kurzen Überblick über das Programm des Nachmittags. Nach diesem Hinweis übergab er das Wort an das Vorstandsmitglied Joachim Rudat. Dieser verlas die Namen der Geburtstagskinder der Zwischenzeit und gratulierte ganz herzlich mit gleichzeitiger Übergabe von Blumen. Anschließend stärkten sich alle bei Kaffee und Kuchen. Nun konnte das jüngste Vorstandsmitglied Frank Farin von seinen Eindrücken über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Polen und dem russischen Teil Ostpreußens berichten. Ausgegangen von den us-amerikanischen Bankenpleiten, waren nun fast alle Länder von dieser Wirtschaftskrise heimgesucht worden. Zweifellos eine Folge der Globalisierung. Während es in allen Ländern Europas zu Zusammenbrüchen von Banken und großen Unternehmen kam, mit Verlusten an Arbeitsplätzen, wären die Auswirkungen in Polen, so Farin, noch nicht so stark festzustellen. Lediglich auf den Schiffswerften in Danzig und Stettin kam es zu größeren Entlassungen. Durch die Überweisungen von Fördergeldern aus Brüssel hat die Bauwirtschaft, vor allem Dingen der Straßenbau, noch gut zu tun. Die Krise wird hier später eintreten. Viele Polen, die im Ausland gearbeitet und ihren Arbeitsplatz verloren haben, kehren jetzt zurück. Dadurch wird sich der Arbeitsmarkt verschlechtern. Im russischen Teil Ostpreußens ist die wirtschaftliche Verschlechterung früher eingetreten. Die Armut ist größer geworden. Es gibt nur noch einige reiche Russen, die sich auf der Nehrung in Rauschen pompöse Villen bauen können. Es ist nun die große Frage, wie die einzelnen Länder mit dieser Krise fertig werden. Damit schloss er seinen Bericht. Es folgte eine lebhafte Diskussion mit den Zuhörern. Lm. Batschko bedankte sich im Namen aller für diesen Vortrag.

Arbeitsgemeinschaft Junge Generation

Düsseldorf – Sonnabend, 21. November, bis 10 Uhr Anreise; 10 Uhr, „Universale Menschenrechte? Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“ Referentin: RA Sabine Birken (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen); 11 Uhr, „Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges“ Referent: Michael Weigand, BdV NRW; 12 Uhr, Zeitzeugenbericht Barbara Berger „Vertreibung und Integration“; 13 Uhr, Gemeinsames Mittagessen; 13.45 Uhr, Arbeitsgruppen: 1. Volksgruppenrechte in der Republik Polen (Leitung: Tobias Körfer, AGMO), 2. Menschenrechte in Russland (Leitung: Eleonora Faust, BdV NRW), 3. Medien und Menschenrechte (Leitung: Tatjana Weber, Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland NRW); 14.45 Uhr, Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum; 15.15 Uhr, Podiumsdiskussion: Wie wird den Menschenrechten Geltung verschafft? Teilnehmer: Sabine Birken, Hans-Günther Parplies (BdV NRW), Michael Weigand (BdV NRW), Klaus M. Deuchert (Gesellschaft für bedrohte Völker), Leitung: Markus Häßelbarth. Ende der Veranstaltung gegen 16.30 Uhr. Seminarleitung: Eleonora Faust, Markus Häßelbarth.

Das Seminar findet im Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, statt. Teilnehmerbeitrag: 10 Euro, Leitung: Eleonora Faust, Markus Häßelbarth. Anmeldung: Bund der Vertriebenen – Landesverband NRW, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon (0211) 350361, Fax 369676, Mail: faust@bdv-nrw.de, Anmeldefrist: 13. November 2009.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Einladung zur Adventsfeier – Einladung zur Adventsfeier am Sonnabend, 28. November, 14 Uhr, im „Handelshof“, Mülheim/Ruhr. Gäste und Freunde der Braunsberger sind herzlich eingeladen.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Gratulation – Am 25.Oktober feierte der langjährige Kirchspielvertreter von Deutsch Thierau, Heinz Klein, seinen 80. Geburtstag. Im Namen der Kreisgemeinschaft wünscht der Vorstand unserem Landsmann nachträglich das Allerbeste zu seinem Jubelfest. Heinz Klein führte Jahrzehnte lang mit Herz und Verstand das Kirchspiel gemeinsam mit seiner Frau Hanna. Annähernd jedes Jahr zog es Lm. Klein in die Heimat. Er pflegte dort das Miteinander zu den heutigen Bewohnern seines geliebten Heimatlandes. Im letzten Jahr erklärte Heinz Klein, das er 2010 sein Amt als Kirchspielvertreter niederlegen wird. Für seinen weiteren Lebensabend wünscht die Kreisgemeinschaft Herrn Klein und seiner Frau Glück und Gesundheit.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Str. 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstr. 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Str. 43a, 22149 Hamburg.

Goldene Hochzeit Skorzinski – Günther Skorzinski und Edelgard geb. Meyer, aus Berndhöfen und Bunhausen, Kr. Lyck, jetzt Kraneburg 4, 49479 Ibbenbüren, feiern am 28. November 2009 ihre Goldene Hochzeit. Günther Skorzinski ist Ortsvertreter seines Heimatdorfes Berndhöfen und Bezirksvertreter des Bezirks Waldwerder und als solcher Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck. Günther Skorzinski hat maßgeblich an der Erstellung der Ortspläne für sämtliche Dörfer des Kreises Lyck mitgewirkt. Am 30. August 2008 wurde ihm wegen seiner Verdienste das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen. Von Beruf ist Günther Skorzinski Schlossermeister, seit 1968 selbständig tätiger Maschinenbauer. Das Ehepaar Skorzinski hat drei Töchter, Sabine, Christine und Elke sowie mittlerweile acht Enkel. Die Kreisgemeinschaft Lyck gratuliert herzlich und wünscht noch viele gemeinsame Jahre bei guter Gesundheit.

Herbsttagung – Die Mitglieder der „Mittleren Generation“ trafen sich am 24. und 25. Oktober 2009 zu ihrer Herbsttagung in Lüneburg. Es war ein sehr interessantes Wochenende. Besichtigt wurde das Ostpreußische Landesmuseum, Norddeutschlands größtes Brauereimuseum und das Lüneburger Rathaus. Auch wurde eine Stadtführung durch das mittelalterliche Lüneburg unternommen. In einer gemütlichen Runde wurde über die Ziele der „Mittleren Generation“ philosophiert. Als Termin und Ort für die Frühjahrstagung wurde der 20. und 21. Februar 2010 in Bad Pyrmont festgelegt. Wegen der Überalterung der Kreisgemeinschaft Lyck ist es dringend erforderlich, die Mitgliederzahl der „Mittleren Generation“ zu erhöhen. Kreisvertreter Gerd Bandilla appelliert noch einmal an alle Ortsvertreter, mindestens eine Person entsprechenden Alters pro Dorf an Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen zu melden. Wenn uns eine Verjüngung der Kreisgemeinschaft nicht gelingt, wird in fünf, spätestens in zehn Jahren, unser Ende eingeläutet werden.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de Stellvertretende KReisvertreterin: Gisela Harder, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon (040) 7373220.

Besuch in der Heimat / Vom 10. bis 19. Oktober 2009 – Kaum in der Heimat angekommen, fuhren wir mit Angehörigen der „Herder-Gruppe“ nach Altstadt zur Einweihung der Orgel. Zu den Teilnehmern gehörten: Hilde Klosinska, Eva Filipowicz, Christel Liwen, Elfriede Buczynska, Elisa Kujawa mit ihrem Besuch Anneliese Müller und Brigitte Brandhorst sowie unser Fahrer Janusz Krol. Durch einen Übermittlungsfehler warteten wir drei Stunden im Gemeindehaus. Die Zeit wurde dank Ingrid Tkacz mit guten Gesprächen ausgefüllt. Um 13 Uhr erklang die Glocke der gegenüberliegenden Kirche, die sich langsam füllte. Peter Adrian, der aus New York anreiste und Hauptsponsor ist, bat uns, den ersten Vers von „So nimm denn meine Hände“ kräftig und stehend zu singen.

Klangvoll ertönte zum Gesang die restaurierte Orgel. Anschließend stellten sich vor: P. Adrian, Prof. Holland, der Orgelbauer Rainer Wolter, der noch drei Mitarbeiter benannte, Friedrich Graf zu Dohna-Schlobitten (Königsberger Linie), der seinen Vater erwähnte, der schon früh in der deutsch-polnischen Verständigung tätig war. Die Orgel nannte er „Königin der Musikinstrumente“.

Der Weih-Bischof segnete die Orgel vom Altar aus. Dann spielte Thomas Lennartz, Organist der Kathedrale in Dresden, verschiedene Kompositionen, so dass wir die Möglichkeiten hatten, die Klänge zu genießen: Eine Barockorgel, anno 1796, verfiel ab 1945 und erwachte erst 2009 erwachte zu neuem Leben. Sie wurde hoffentlich wieder für Jahrhunderte Frieden restauriert. Die Orgelbauer hatten eine wunderbare Leistung vollbracht. Akustik, Lautstärke, Zusammenspiel von Solo harmonisierten im Zusammenspiel, so dass eine große Zufriedenheit spürbar wurde. Die Messe erfolgte in Polnisch. Peter Adrian wählte danach aus einem Brief des Apostels Paulus die Worte: Ihr seid von Gott ausgewählt. Die Liturgie durch den Bischof beendete nach anderthalb Stunden die Einweihungsfeier, an der rund 300 Personen teilnahmen. Wir Mohrunger wurden anschließend von Peter Adrian ins Gemeindehaus zum Essen gebeten. Von der Kreisgemeinschaft übermittelte Ingrid Tkacz Grüße und Glückwünsche. Rückblickend ist zu sagen, dass die Altstädter Einwohner während eines Orgelspiels mit Sicherheit nicht an ihre Sorgen denken werden, denn die Orgel lebt und tröstet Seelen. Wer von Besuchern des Ortes die Möglichkeit hat, den Orgelspiel zu lauschen, sollte es auf keinen Fall versäumen.

Am Montag, dem 12. Oktober waren wir mit Herrn Preuß zu einer Sitzung in den Mohrunger Stuben verabredet, zu der E. Filipowicz später hinzukam. Die Räume sind sehr gut gepflegt. Herrn Preuß sei Dank. Am nächsten Tag hatten wir einen Termin bei dem Bürgermeister Herrn Sobierajski. Es war ein einvernehmliches, freundliches Gespräch. Wir erfuhren, dass Morag (Mohrungen) unter allen Hauptstädten Ermland und Masurens aufgrund des Erholungszentrums in Kranthau (Kretowiny) am Nariensee, seiner Sehenswürdigkeiten und Landschaft in einem Wettbewerb den ersten Platz belegte. Anschließend fuhr uns Herr Preuß nach Güldenboden zu einem von der Natur zugewachsenen Friedhof, um dort der Toten zu gedenken. Am Nachmittag freute sich eine sehr arme Familie mit acht Kindern in Venedien (Venecja) über eine Lebensmittelspende, die von privater Seite kam.

Am Donnerstag, trafen Martin Haese, Erhard Wiedwald und Hartmut Krause ein, um bei der Einweihung der „Herder-Aula“ teilzunehmen. Nach einem kurzen Besuch bei Frau Bartos, der Direktorin im Herder-Museum, gingen wir und die angereisten Mohrunger aus Deutschland in die Vereinsräume der Deutschen Bevölkerung „Herder“. Mit Gesprächen, gemeinsamem Gesang, Gedichten bei Kaffee und Kuchen verging die Zeit viel zu schnell.

Am 17. Oktober legte die Zweite Kreisvertreterin Ingrid Tkacz am Herder-Denkmal ein Blumengebinde mit den Worten Herders nieder. Anschließend wurden wir von Urszula Manka, der ersten Vorsitzenden der Deutschen Bevölkerung „Herder“ in die Vereinsräume zum selbstgebackenen Streuselkuchen und Kaffee eingeladen. In geselliger Runde verging die Zeit viel zu schnell. Der Nachmittag war dem Schwesterngrab mit einem Blumengruß gewidmet. Mit einer Teilnahme an einem Gottesdienst am 18. Oktober 2009 beendeten die Reiseteilnehmern diesen ereignisreichen und auch informativen Aufenthalt in Mohrungen.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Weihnachtsgeschenk – Weihnachten naht! Ein alternatives Weihnachtspräsent. Die Kreisgemeinschaft Rastenburg bietet für Interessenten und Heimatfreunde folgende Literatur an: „Das war unser Rastenburg“, „Stadtrundgang durch Rastenburg“ und „Weihnachten in Ostpreußen“. Die Bücher sind bei der Geschäftsstelle, Kaiserring 4, 46483 Wesel, Telefon (0821) 26950, zu erwerben.

Traumlandschaften Pingel-Ausstellung

Im In- und Ausland sind ihre Werke mittlerweile bekannt. Sigi Helgard Pingel, geborene Hübner, hat ihren ganz eigenen Stil gefunden, irgendwo zwischen Impressionismus, Expressionismus und Naturalismus. Seit gut zwei Jahrzehnten stellen wir unseren Lesern immer wieder einmal Bilder der 1940 in Allenstein geborenen Malerin vor, die sich als Künstlernamen ihre beiden Vornamen gewählt hat. Ihre Gemälde wirken zauberhaft transparent, wie von leichter Hand hingeworfen. Und doch steckt viel Arbeit und Mühe hinter jedem Bild. Traumlandschaften, Visionen von unbeschreiblichem Farbreiz sind entstanden. Bilder realer Landschaften verfremdet sie durch ein lebendiges Farbenspiel. Zarte Blüten und Tiere findet man in phantastischer Umgebung. Manches Mal wirkt ihre Farbgebung geradezu gewagt. Die Landschaften und Bauwerke scheinen unwirklich und doch faszinierend. Der Betrachter fühlt sich in eine Traumwelt entführt. Für die Künstlerin, die 1971 mit dem Malen begann und sich als Autodidaktin immer weiter entwickelte, ist jedes Bild von neuem ein Experiment. Unter ihren Händen entsteht eine magische Traumwelt, und Sigi Helgard freut sich, wenn der Betrachter ihrer Bilder sie auf dieser Reise begleitet.

In Berlin hat man derzeit Bilder von Sigi Helgard zu sehen. Im Hotel Berlin Residenz Golden Tulip, Meinekestr. 9, sind Motive aus Berlin und Königsberg (Schloss mit Kaiser-Wilhelm-Platz, Kneiphof mit Dom, Schlossteich, Albertina) ausgestellt. Im benachbarten Mark Hotel Meineke sind Städtemotive zu sehen (Potsdam, Hamburg, Stade, Jerusalem). os

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

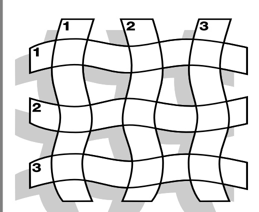
BBCEE KLORW, DEER, ANRTU, EEIR, BEINS, EOPR, ACLO, EKNT, ADISV, EOP, EENN RT, EEGL NR, ART

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für Arzneiglasröhrchen.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	SCHUELER		MOTOR
2	MAUER		KAFFEE
3	HERZ		FORM
4	HOLLYWOOD		STUHL
5	HAFT		VERTEIDIGER
6	TROMMEL		HELD
7	KOCH		PFLICHT

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Tatsachenmensch
2 Kostbarkeit, Juwel
3 Begleitmannschaft

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Austausch, 2. Bluemchen, 3. Tropfen, 4. Schaukel, 5. Pflicht, 6. Revolver, 7. Rezept – Ampulle

Magisch: 1. Realist, 2. Kleinod, 3. Eskorte

IN KÜRZE

Vor 25 Jahren starb der Mime Paul Dahlke

Knorrig-kauzig sind die Typen, die er verkörperte, mal aufbrausend, mal phlegmatisch. Mal sind es Familienväter, die mit strenger Hand für Ordnung und Gerechtigkeit sorgen wie Arthur Winslow in „Der Fall Winslow“, einem Stück von Terence Rattigan, oder brummige alte Männer wie der Rheinschiffer in Wolfgang Staudtes Fernsehserie „MS Franziska“ – Paul Dahlke konnte sie alle spielen. Auf der Bühne verkörperte er den Harras in „Des Teufels General“ ebenso wie Professor Higgins in Shaws „Pygmalion“. Ursprünglich wollte der am 12. April 1904 im pommerschen Groß-Streitz Geborene und in Köslin Aufgewachsene Bergmann werden, ließ sich dann aber an der Max-Reinhardt-Schule in Berlin ausbilden. Auf den Bühnen Berlins und Münchens spielte er in Klassikern, bis 1934 der Film auf ihn zukam. Später folgten Rollen im Fernsehen und in Hörspielproduktionen sowie als Synchronsprecher. Paul Dahlke starb am 24. November 1984 in Salzburg. *os*



Paul Dahlke — Bild :Internet

Wo Räuber Hotzenplotz Momo trifft

Eine Ausstellung in Augsburg erinnert an die Helden des Kinderzimmers aus Literatur und Puppentheater

Figuren wie Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer, das Urmel, der kleine dicke Ritter Sir Oblong-Fitz-Oblong und Kater Mikesch – sie alle haben die Herzen der Kinder im Sturm erobert. Von der Augsburger Puppenkiste wurden sie auf die Bühne gebracht. Turneen machten die Bühne auch im Ausland bekannt. Jetzt gibt es eine Ausstellung über die Helden des Kinderzimmers.

Vor einer Woche kehrten die Puppenspieler von einer dreiwöchigen Tournee aus Japan zurück. Das war tatsächlich eine große Reise für Urmel und seine Freunde von der Augsburger Puppenkiste. Fünf Marinonettenspieler um Theaterleiter Klaus Marschall waren in Augsburgs Partnerstädten Amagasaki und Nagahma unterwegs und spielten das neue Stück „Urmels große Reise“ bis zu dreimal täglich vor einem begeisterten Publikum. Dieses Theaterstück für Kinder und Erwachsene ab fünf Jahren wurde vom Ensemble der Augsburger Puppenkiste frei nach Motiven aus Max Kruses Kinderbüchern konzipiert und von Klaus Marschall in Szene gesetzt

Briefe von Astrid Lindgren kamen aus Stockholm

Die hölzernen Figuren strahlen viel Charme aus, obwohl sie an dünnen Fäden an einem Holzkreuz hängen und erst durch die kundigen Hände der Puppenspieler zum Leben erweckt werden. Das neue Theaterstück ist in offener Spielweise inszeniert, man kann also Puppe und Spieler sehen und beobachten, wie dieses Wunder geschieht.

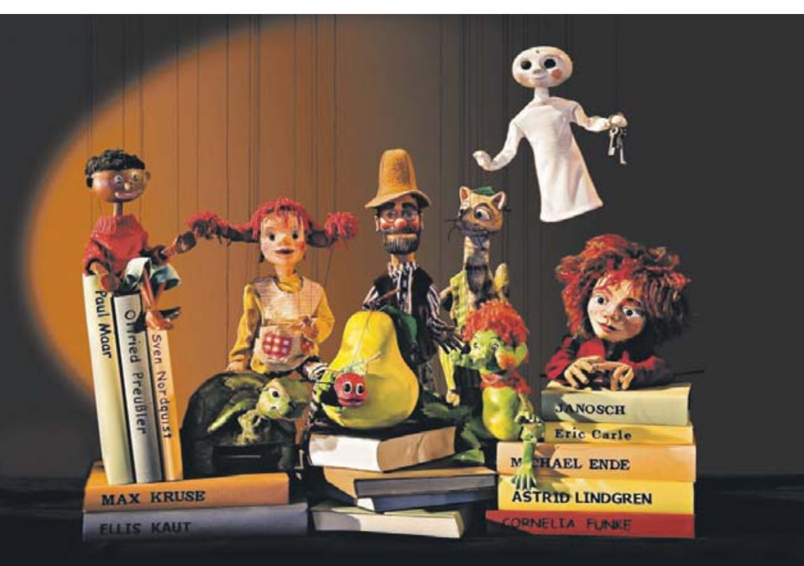
Während eine Tournee der gesamten Bühne nach dem Augsburger Vorbild, wie sie in den Jahre 1998 bis 2003 vielerorts durchgeführt wurde, nur mit enormen, zeitlichen und finanziellen Aufwand möglich und an bestimmte Raumgrößen gebunden war, ist die Aufführung der Puppenkiste in offener Spielweise an den unterschiedlichsten Orten möglich. Weitere Auftritte sind in Konstanz, Berlin sowie in Russland und Korea geplant.

„Wie die Welt von morgen aussehen wird, hängt in großem Maß von der Einbildungskraft jener ab, die gerade jetzt lesen lernen“, hat die schwedische Kinderbuchautorin Astrid Lindgren einmal gesagt. Die Augsburger Puppenkiste hat bereits seit Jahrzehnten viel dazu beigetragen, die Einbildungskraft der Kinder auf spielerische Art zu schulen. Seit 1948 werden in dem Haus in der Spitalgasse Märchen aufgeführt, aber auch ernste Schauspiele gezeigt. Mit zahlreichen Fernsehproduktionen erlangte die Puppenkiste seit 1953 bundesweite Bekanntheit.

In einer Sonderausstellung, die unter der Schirmherrschaft der Stiftung Lesen und in Kooperation mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels steht, zeigen die namhaftesten Puppentheater ihre Bühnenfassungen berühmter Kinderbuchklassiker. 150 Leihgaben sind szenisch mit Requisiten in Dioramen und Vitrinen dekoriert. Momo, Pippi Langstrumpf, Karlsson vom Dach, Krabat, die Unendliche Geschichte, Pettersson und Findus, die kleine Raupe Nimmersatt, das Traumfresserchen und Freunde von Helme Heine sind zu bestaunen.

Auch aus dem Repertoire der Augsburger Puppenkiste werden viele Marionetten präsentiert, die literarischen Vorlagen entstammen. Gezeigt werden das Sams von Paul Maar, Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer von Michael Ende, Schlupp vom grünen Stern von Ellis Kaut, das Urmel aus dem Eis von Max Kruse sowie das kleine Gespenst, die kleine Hexe und der Räuber Hotzenplotz von dem Sudetendeutschen Otfried Preußler. Eine echte Rarität sind auch die Filmrequisiten der Fernsehserie „Pumuckl“ nach dem Kinderbuch von Ellis Kaut. Die Original-Schiffschaukel und das kleine Bettchen des frechen Kobolds werden in einer „Meister-Eder-Werkstatt-Szene“ nachgestellt.

Die Archive berühmter Kinder- und Jugendbuchschriftsteller wie Cornelia Funke, Otfried Preußler, Michael Ende und Max Kruse haben sich für diese Ausstellung geöffnet und zeigen teilweise unveröffentlichtes Material, unter anderem Manuskripte mit handschriftlichen Korrekturen, Skizzen, Notizen und Zeichnungen. Selbst die königliche Staatsbibliothek in Stockholm hat Briefe und Typoskripte von Astrid Lindgren zu Verfügung gestellt. Spektakulär ist auch die handschriftliche Originalfassung der „Unendlichen Geschichte“ von Michael Ende. Originalillustrationen etwa von Janosch oder von Roswitha Quadflieg runden diese Familienausstellung ab. Ein Konzept, das angenommen wurde, kamen doch knapp einen Monat nach der Eröffnung bereits 10 000 begeisterte Besucher in die Ausstellung. Und es sind nicht nur die Kleinen, die angetan sind. So mancher Erwachsene fühlt sich zurückversetzt in die phantastische Traumwelt seiner Kindheit. *Silke Osman*



Populäre Figuren des Puppentheaters: Von Jim Knopf bis Momo — Bild: Elmar Herr

Die Ausstellung „Helden der Kinderzimmer“ im Augsburger Puppentheatermuseum „Die Kiste“, Spitalgasse 15, ist täglich außer montags von 10 bis 19 Uhr geöffnet.

Kampf der Systeme im Kinderzimmer

Mit dem Fall der Mauer kam auch das Ende der drei Jahrzehnte währenden Koexistenz der Sandmännchen Ost und West

Der Historiker neigt dazu, selbst bei aktuellen Themen wie dem 50. Geburtstag des TV-Sandmännchens nach den geschichtlichen Wurzeln zu suchen. Diese Suche führt in diesem Fall bis ins Mittelalter. Damals war Sandmann, auch „Sander“ genannt, ein Beruf. Er baute feinen Quarzsand ab, der beispielsweise zum Scheuern von Holzdielen genutzt wurde. Die Lieferung dieses Sandes erfolgte häufig am Abend und damit zu einer Zeit, in der es vor allem für Kinder angebracht war, das Bett aufzusuchen. Dieser Berufsstand fand dann auch Eingang in die Welt der Mythen, Legenden und Sagen.

Sandmann war einst ein ernsthafter und schwerer Beruf

Der Königsberger Dichter E. T. A. Hoffmann (1776–1822) widmete dem Sandmann gar eine eigene Novelle gleichen Namens. Dieser Sandmann ist allerdings grausam. Er kommt des Nachts in die Schlafzimmer der Kinder, um ihnen Sand in die Augen zu streuen, bis diese bluten. Der Sandmann des eine Generation jüngeren Dänen Hans-Christian Andersen (1805–1875) hat dann die sympathischen Eigenschaften, die wir an ihm schätzen. In seinem ebenfalls „Der Sandmann“ betitelten Märchen spritzt der „Ole Lukoje“ genannte Kobold jeden Abend den Kindern Milch in die Augen. Später trat dann Sand an die Stelle der süßen Milch.

Nach der Erfindung des Fernsehens nahm sich dann auch dieses Medium des kleinen Sympathieträgers an. Die Idee hierzu kam der leitenden Redakteurin des Kinderfunks und Kinderfernsehens beim Sender Freies Berlin (SFB) Ilse Obrig Anfang des Jahres 1959. Gemeinsam mit der Puppengestalterin und Autorin Johanna Schüppel entwickelte sie eine einfache kleine Handpuppe, die mit „Sandmännchens Gruß für Kinder“ eine eigene Sendung im SFB erhielt. Der Beginn der Ausstrahlung der Serie durch den SFB am 1. Dezember 1959 wurde bereits frühzeitig in den Medien bekanntgegeben.

In gewisser Hinsicht zu früh, denn als Heinz Adameck, seines Zeichens Intendant des staatlichen Fernsehens der DDR, des Deutschen Fernsehfunks (DFF), Anfang November von der neuen West-Berliner Gute-Nacht-Sendung erfuhr, hielt er die Zeit für noch ausreichend, der West-Berliner Konkurrenz mit einer eigenen Sandmännchen-Sendung, sozusagen mit einem „Me-too“-Produkt (Nachahmer-Produkt), zuvorzukommen. Am 22. November 1959 und damit neun Tage vor dem SFB-Original kam das DFF-Sandmännchen mit „Unser Sandmännchen“ in die Wohnstuben. Es folgten drei Jahrzehnte, in denen bundesdeutsches und DDR-Sandmännchen gemeinsam in Konkurrenz, aber auch in friedlicher Koexistenz um die Sympathien der deutschen Kinder rangen.

Mit dem Ende der Koexistenz der beiden Systeme, der beiden Blöcke und der beiden deutschen Staaten kam auch das Ende der Koexistenz der Sandmännchen. Im selben Jahr wie die Mauer verschwand auch das bundesdeutsche Sandmännchen.

Dem DDR-Sandmännchen schien ein ähnliches Schicksal beschieden. Am 31. Dezember 1991 stellte der DFF den Betrieb ein. Wie vieles in der Ex-DDR schien nun auch deren Sandmännchen abgewickelt zu werden. Aber anders als im großen Kalten Krieg gewann im Kalten Krieg der Sandmännchen der Osten. Nicht nur dass 1992 das DFF/DDR-Sandmännchen von den neu gegründeten mitteldeutschen Sendern Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) und Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB) übernommen wurde, auch der SFB und der Norddeutsche Rundfunk sowie KI.KA, der Kinderkanal der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) und des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), bringen inzwischen das Ostmännchen zu den Kindern ihres Ausstrahlungsgebietes.



Friedliche Begegnung: Sandmännchen West (rechts) trifft Sandmännchen Ost. — Bild: dpa

Wurde hier in einer vergleichsweise unpolitischen und daher den Erwachsenen unwichtig erscheinenden Frage der Ostalgie, der DDR-Befindlichkeit, dem in Mitteldeutschland anzutreffenden Gefühl, nur angeschlossen worden zu sein, Rechnung getragen, ein Opfer gebracht oder hat der Bessere das Feld als Sieger verlassen? Manche mögen ja, wie der aus Dresden stammende Matthias Gretzschel im „Hamburger Abendblatt“ den Zwitter aus Hubschrauber und Wolke, mit dem das West-Männchen einschwebte, „albern“ finden und statt dessen den Panzer und dergleichen vom DDR-Männchen benutzte Fahrzeuge als schicker erachten; mancher mag es ja auch bedauern, dass das West- im Gegensatz zum DDR-Männchen der Truppe keinen Besuch abstattete. Aber, mit Verlaub, es muss doch nicht jeder frühkindliche Wehrerziehung gut finden. Und alleine schon das Aussehen! Was ist das DDR-Männchen mit seinen zu Punkten reduzierten Augen und dem Verschnitt eines Walter-Ulbricht-Bartes im Vergleich mit dem West-Pendant mit seinem gutmütigen Mondgesicht, den vergleichsweise großen Augen und dem sympathischen norddeutschen Seemannsbart? Zudem war das West-Männchen viel großzügiger. Das DDR-Männchen kommt mit leeren Händen. So heißt es in dem von Walter Krumbach geschriebenen und Wolfgang Richter vertonten Lied „Sandmann, lieber Sandmann, hab' nur nicht solche Eil! Dem Abendgruß vom Fernsehfunk lauscht jeden Abend alt und jung, Sei unser Gast derweil.“ Das West-Sandmännchen hingegen ist spendabel, nach dem Begrüßungslied von Helga Mauersberger und Kurt Drabek verkündet es: „Nun, liebe Kinder, gebt fein acht, ich hab euch etwas mitgebracht.“

Hat der Bessere das Feld als Sieger verlassen?

Über die Frage, welches Lied nun schöner ist, gehen selbst in der *PAZ*-Redaktion die Meinungen auseinander. Über Geschmack lässt sich nicht streiten und die Beantwortung dieser Frage ist wie diese gesamte Gegenüberstellung subjektiv. Ich würde jedoch morgens nicht mehr in den Spiegel schauen können, hätte ich in diesem Artikel meine Sympathie für das Sandmännchen meiner Kindheit verleugnet. Meinem Herzen konnte ich in diesem Beitrag um so leichter folgen, als ich der festen Überzeugung bin, dass das andere Sandmännchen auf unserer Leserbriefseite eine angemessene, nicht weniger subjektive Würdigung finden wird. *Manuel Ruoff*

Kochen mit Geschichte

Griechin verrät Familienrezepte

Eine erfahrene, passionierte Geschichtenerzählerin ist die in München lebende, in Athen geborene Eleni Torossi. Es ist ein reines Vergnügen, ihre unterhaltsamen Plaudereien über ihre in Granada, Venedig und auf Korfu lebenden griechisch-deutsch-arabischen Tanten, Onkel und Cousinen zu lesen. Denn die Familie, obwohl weit verstreut lebend, hält zusammen und hält die Erinnerung an ihre Herkunft wach. Man trifft sich regelmäßig an verschiedenen Orten, genießt das seltene Beisammensein, nimmt gemeinsam am kulturellen Leben teil und – erfreut sich an erlesenen Speisen, mit denen die weiblichen Familienmitglieder den Rest der Familie regelmäßig überraschen. Rezepte der mittelmeerischen Küche stehen in diesem Buch von Eleni Torossi, die sich somit auch diesmal wieder mit einem interkulturellen Thema befasst, im Mittelpunkt. Doch auf die üblichen Farbfotos der zubereiteten Gerichte hat sie verzichtet. Statt dessen lässt sie den Leser ihres ausgefallenen Kochbuchs nach jeder Bekanntgabe eines Rezeptes – oder auch mehrerer nacheinander – an den Familientreffen in München, Spanien, Italien und Griechenland teilnehmen. Sie gibt dabei neben familiären Anekdoten auch solche über Pythagoras und Leonardo da Vinci zum Besten und nimmt den Leser mit auf die Suche nach griechischen Spuren in der Lagunenstadt.

So ist denn auch ihre griechische Herkunft der rote Faden dieses empfehlenswerten Kochbuchs. Wie einst Odysseus, so sind auch Torossis Verwandte der elterlichen Generation aus Griechenland ausgewandert. „Die Spuren meiner Familie väterlicherseits sind seit über 2000 Jahren in Kappadokien zu finden, heute ein Teil der Türkei. Vor 200 Jahren zog mein Ururgroßvater Andronikos, ein frommer Mann und Lehrer der griechischen Sprache, vom kappadokischen Sinasos nach Istanbul. Mit der Zeit holte er seine ganze Sippe dorthin. Mein Urgroßvater Theofilos wurde zum Studieren nach Wien und Leipzig geschickt … Mein Großvater Georgios wurde 1918, gleich nach dem Ersten Weltkrieg, nach München geschickt, um an der Technischen Hochschule Maschinenbau zu studieren und diente nach seiner Rückkehr als Sekretär des Sultans im Topkapi-Palast. Er war sehr stolz auf seine drei Töchter, die in ihrer Jugend bekannt waren für ihre Eleganz, aber auch dafür, dass sie aus Goethes ‚Faust' zitieren konnten."

Exotische Gewürze und Olivenöl

Eleni Torossis Mutter Aspasia, die älteste der drei, zog 1954 nach Athen und heiratete dort Lukas, Torossis Vater. Die in Europa lebenden Nachkommen von Georgios haben eine Gemeinsamkeit: die Anhäufung kulinarischen Wissens. „Aus dem Osten brachten sie die exotischen Gewürze mit, aus dem Süden, dem großen Garten der Sonne, das Olivenöl, die Feigen und die heilenden Kräuter, und aus dem Westen die Kunst der Zubereitung köstlicher Mittelmeerfische."

Sogar bis in die Antike wird der rote Faden zurückgesponnen. So erläutert Tante Pinelopi ihrer Nichte Eleni: „Man hat schon in der Antike Champignons mit verschiedenen Füllungen zubereitet, mit Hackfleisch, Kräutern und Frischkäse – sie schmecken einfach himmlisch!" *D. Jestrzemski*

***Eleni Torossi: „Warum Tante Iphigenia mir einen Koch schenkte – Geschichten meiner griechischen Familie"**, LangenMüller, München 2009, geb., 250 Seiten, 14,95 Euro*

Literatur-Preis für Bohlen?

Michael Jürgs erklärt, warum der Modern-Talking-Star fast noch Niveau hat

Nach den „Feuchtgebieten" von Charlotte Roche steht nun seit Wochen das Buch „Seichtgebiete" von Michael Jürgs in den Bestsellerlisten, doch außer dem ähnlich klingenden Titel haben die beiden Veröffentlichungen nicht viel gemein. Bestenfalls kann man die „Feuchtgebiete" als ein Symptom der von Jürgs in seinem Buch beschriebenen Verblödung der Nation bezeichnen.

Jürgs, ehemaliger Chefredakteur des Magazins „Stern", nimmt sich, wie der Untertitel seines Buches „Warum wir hemmungslos verblöden" schon anzeigt, der kulturellgeistigen Umnachtung der Deutschen an. Hier fängt er mit dem Fernsehen an. Dabei kommen die öffentlich-rechtlichen Sender mit ihren Musikantenstadteln kaum besser weg als die privaten Sender mit ihrer ständigen Suche nach Superstars. Zwar würden beide Sparten unterschiedliche Zielgruppen ansprechen, doch der Verblödung täte dies keinen Abbruch.

Gleich zu Beginn seines Buches betont der Autor, er wolle nicht der intellektuellen Arroganz anheimfallen, auch Besserwisserei wolle er sich verkneifen, doch schon kurz danach gelingt es ihm nicht mehr. „Die in diesem Zusammenhang rein zufällig passende Metapher des unvergessenen Heinz Erhardt, wonach viele deshalb einen Kopf besitzen, damit sie ihr Stroh nicht mit beiden Händen tragen müssen, beweist nur, dass Verblödung kein neues Phänomen ist. Früher waren nicht schon automatisch alle besser, weil alles besser war oder die Klugen klüger oder die Blöden gar nicht blöd."

Fernsehen, Schule, Literatur – Warum die deutsche Nation verblödet

„Explosiv", „taff", das Dschungelcamp, Raab und Pocher – Jürgs zieht alles durch den Kakao. Vor allem den Komiker Mario Barth watscht er über zig Seiten kräftig ab. „Verglichen mit dem Mario aller Marios sind die anderen Superstars des Genres würdige Kandidaten für den Ludwig-Börne-Preis. An dieser Stelle ist deshalb Reue angebracht … für alle auch persönlich verbreiteten Beleidigungen des Modern-Talking-Monsters Dieter Bohlen."

Auch auf die Lage an deutschen Schulen geht der Autor ein. Er nennt Beispiele, warum sich an den staatlichen Bildungsanstalten eher Unwissen als Wissen vermehrt. Danach wendet er sich den Fehlentwicklungen bei Buch- und Zeitungsverlagen zu.

Jürgs ätzt gegen fast alles und fast jeden. Doch da er in seiner Kritik genauso effektheischend und wenig feinsinnig vorgeht wie die von ihm Kritisierten, nervt er früher oder später. Schöne Sätze wie: „Eine Zielgruppe anzupeilen, ohne ein eigenes Ziel zu haben, endet in der Gruppendiskussion" gehen leider unter. Da das Buch auch nur in zehn Kapitel unterteilt ist, fällt es schwer, es Häppchenweise zu konsumieren. Auf gerade mal zehn Seiten geht Jürgs auch auf Positives ein, ohne jedoch eine Perspektive aufzuzeigen, dieses weiterauszubauen. *R. Bellano*

***Michael Jürgs: „Seichtgebiete – Warum wir hemmungslos verblöden"**, C. Bertelsmann, München 2009, 255 Seiten, 14,95 Euro*

Bürgertochter wird Terroristin

Porträt der Bolivien-Deutschen Ertl, die Ernesto Guevaras Mörder tötete



Sie gilt als Rächerin Che Guevaras: die Bolivien-Deutsche Monika Ertl, 1937 geboren als Tochter des in der NS-Zeit bekannten Kameramanns, Alpinisten und Abenteurers Hans Ertl. Man lastet ihr den Mord an dem bolivianischen Generalkonsul Roberto Quintanilla am 1. April 1971 in dessen Hamburger Domizil an, ohne dass ihre Täterschaft nachgewiesen werden konnte.

1953 war die Familie nach Bolivien ausgewandert, wo sich die junge Frau Ende der 1960er Jahre radikalisierte und sich der Guerillabewegung ELN anschloss. Bei der Erschießung Quintanillas, der zuvor als Chef des bolivianischen Geheimdienstes an der Verfolgung der Truppe um Ernesto „Che" Guevara und insofern an dessen Exekution am 10. Oktober 1967 beteiligt gewesen war, handelte es sich um einen geplanten Racheakt.

Monika Ertl wurde von Interpol gesucht, in Bolivien war ein Kopfgeld von 20000 Dollar auf sie ausgesetzt. In einen Hinterhalt gelockt, wurde sie am 12. Mai 1973 am Stadtrand von La Paz erschossen, vermutlich von bolivianischen Sicherheitskräften.

Der Journalist Jürgen Schreiber hat den Fall neu aufgerollt und im Reportagestil dargestellt. „Sie starb wie Che Guevara – Die Geschichte der Monika Ertl" lautet der Titel seines Buches, das auf umfangreichen Recherchen basiert, um das lückenhafte Wissen über die Hintergründe zu ergänzen. Es zeugt vom Ehrgeiz, noch spannender als spannend daherzukommen. Dabei ist der Stoff selbst fesselnd genug.

Verraten von Gestapo-Mann Barbie

Man muss sich als Leser immer wieder daran erinnern, dass der Autor bei den Szenen und Abläufen, die er oft im atemlosen Stakkato-Stil schildert, als Zeuge nicht dabei gewesen ist. Genau dies wird durch die übersteigerte Manier des Quasi-Draufhaltens mit Kamera und Mikrofon suggeriert. Als Quellen dienten Schreiber unter anderem die Bücher Hans Ertls und ein Interview mit ihm im Bayerischen Fernsehen nach der Ermordung seiner Tochter. Zudem konnte er sich auf die Auskünfte einiger Gewährsleute beziehen, darunter eines gewissen Alt-68ers in Hamburg, der über Anspielungen auf eine Mitwirkung von Angehörigen der damaligen linken Szene an der Ermordung Quintanillas hinaus aber wohl zu keinen weiteren Einlassungen bereit war. Um so mehr psychologisiert der Autor, insbesondere bei der Darstellung einer wichtigen Phase im Leben der Monika Ertl, nämlich deren Wandel von der Bürgertochter in eine Terroristin, die sich als ELN-Kämpferin das Pseudonym Imilla, (übersetzt: Indianermädchen) zulegte. Die Ursachen für ihren Rollenwechsel, die Loslösung aus der fest zementierten Klassengesellschaft des lateinamerikanischen Landes, waren für die jetzt noch lebenden Zeitzeugen, darunter ihre Schwester Trixi, offenbar nicht nachvollziehbar. Doch liegt Schreiber nicht falsch, wenn er auf den „Grundschmerz" Boliviens hinweist: „Zinkbarone scheffelten Millionen, die Kapitalisten verteidigten ihre Pfründe, die ihnen Geburt und Hautfarbe verliehen hatten, und zwangen Indios in feudalistische Abhängigkeiten." Auch Monika Ertls Geliebter Inti Peredo, Nachfolger des „Commandante" Che, fiel einem Anschlag zum Opfer. Sie selbst wurde nach Aussage ihres Schwagers von einem Freund, dem in Lateinamerika untergetauchten früheren Gestapo-Chef von Lyon Klaus Barbie alias Altmann, ans Messer geliefert. *D. Jestrzemski*

***Jürgen Schreiber: „Sie starb wie Che Guevara – Die Geschichte der Monika Ertl"**, Patmos Verlag 2009, geb., 285 Seiten, 19,90 Euro*

Lenker des Seehandels

Was treibt die deutsche Reeder-Elite an? – Bedeutung des Hamburger Hafen

Jedes Jahr Anfang November trifft sich alles, was weltweit in der Schiffsfahrtsbranche Rang und Namen hat, zum „Eisbein-Essen" in Hamburg. Am diesjährigen Mahl nahmen rund 4500 Reeder, Makler und Schifffahrtskaufleute teil. Weitere 5000 Personen aus der Schifffahrt, die zum gleichen Zeitpunkt in der Stadt waren, wären gerne dabei gewesen, aber dafür reicht selbst der Platz im großen Congress-Centrum der Hansestadt (CCH) nicht.

Zwar wissen die meisten, dass Hamburg den zweitgrößten Hafen Europas beherbergt, aber nur wenige machen sich die Dimensionen dieses Geschäftes klar. In „Die Herren der Container – Deutschlands Reeder-Elite" beschreibt Erik Lindner, wie rund um den Hafen 165000 Menschen im Hafen oder in Zulieferbetrieben für emsige Betriebsamkeit sorgen. Der größte Schiffsfinanzierer der Welt, die wegen unrühmlicher Spekulationsgeschäfte in die Schlagzeilen gekommene HSH-Nordbank, sitzt nicht ohne Grund in Hamburg. Seine Pleite würde teilweise den Welthandel zum Erliegen bringen. Im Verein mit einem Heer von Finanzmaklern, Reedern und anderen Kaufleuten bestellen sie alle einen großen Anteil der Flotte der Containerschiffe weltweit.

Rund 5000 dieser Container-Riesen befahren derzeit die Weltmeere. Bis zu 12000 Container passen auf ein Schiff. An die 6000 Lastwagen werden dann benötigt, um die Fracht an den richtigen Empfänger zu transportieren. Kaum einer weiß, dass jeder dritte dieser Riesen einem deutschen Eigner gehört und von Hamburg aus gemanagt wird.

Wer aber sind diese maßgeblichen Lenker des Seehandels? An der Spitze der maritimen Wertschöpfungskette, die derzeit eine schwere Krise durchmacht, rangiert und regiert, so Lindner, ein Dutzend deutscher Reeder, die im weltumspannenden Handelsnetz „Tonnage" verchartern. Das bedeutet: Nicht Hapag-Lloyd oder andere berühmte Schifffahrtslinien sind die Eigner dieser Schiffe, sondern diskret und gewieft handelnde Männer, die von kleinen Büros mit vornehmer Adresse agieren. Die großen Schifffahrtsnamen mieten nur die großen Schiffe. Die Besitzer im Hintergrund sind Fonds und einige hanseatische Familien, die in den Elbvororten mit Blick auf den Fluss residieren.

Im Hintergrund stehen Fonds und einige hanseatische Familien

Worauf die unternehmerische Strategie der alteingesessenen Hanseaten-Familien Rickmers, Döhle, Offen, Schulte, Schües, Leonhardt oder Kortüm gründet, erfährt der Leser in diesem spannenden Buch. Wer sind sie? Woher kommen sie? Welche Risiken müssen sie fürchten?

Erik Lindner, ein promovierter Historiker mit dem Spezialgebiet Unternehmensgeschichte, gelingt hier ein spannender Blick hinter die Kulissen der sonst so öffentlichkeitsscheuen deutschen Reeder-Elite. Da Lindner von 1999 bis 2007 das Unternehmensarchiv der Axel Springer AG leitete, verfügt er über Informationen, die sonst nur sehr wenige Autoren besitzen. Er kennt die Mechanismen der globalen Weltwirtschaft ebenso wie einzelne Schiffe aus eigener Anschauung. So beispielsweise die „Cosco Guangzhou", der damals größte Containerfrachter der Welt, der im März 2006 am Terminal Tollerort gegenüber dem Hamburger Fischmarkt festmachte. Die Volksrepublik China und der kleine Stadtstaat Singapur sind heute die wichtigsten Container-Handelspartner der Hansestadt. Auf diese Weise versteht man, wie derzeit die riesigen Handelsströme der Weltwirtschaft fließen. Wer das Buch liest, schnuppert dabei also nicht nur salzige Seeluft, sondern auch den „Duft der großen weiten Welt". *Hinrich E. Bues*

***Erik Lindner: „Die Herren der Container – Deutschlands Reeder-Elite"**, Hoffmann und Campe, Hamburg, gebunden, 287 Seiten, 19,95 Euro*

Wendepunkte

Berührende Kurzgeschichten

Nach seinem preisgekrönten Romandebüt „Unter Einzelgängern" meldet sich Christopher Kloeble mit „Wenn es klopft" zurück. Hierin erzählt Kloeble jedoch nicht wieder eine schicksalsträchtige Familiengeschichte, sondern hält für den Leser elf nachdenklich stimmende, brillant geschriebene Kurzgeschichten bereit.

Kloebles Kurzgeschichten handeln von jungen Menschen, die plötzlich eine alles ändernde Wendung in ihrem Leben erfahren. Ob durch das Klopfen an der Tür, eine lang ersehnte Kreuzfahrt, das Spielen auf einem Klavier oder einen Moment der Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit, all diese Ereignisse ändern das Leben der Betroffenen von einem Moment auf den nächsten.

Alle Erzählungen sind von einer melancholischen Grundstimmung geprägt. Veränderung liegt in der Luft, die Zeit scheint in Kloebles Geschichten zeitweise still zu stehen oder langsamer zu verstreichen.

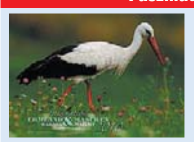
Ereignisse verändern urplötzlich das Leben

Von Beklemmung und Befremden über Hoffnung bis Freude reicht die Palette der Gefühle, die Christopher Kloeble durch seine Erzählungen auslöst. Von Liebe und Abscheu, von Zuneigung und Abwehr, von Schmerz und Einsamkeit erzählt der Autor und berührt auf diese Weise nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen seiner Leser.

„Wenn es klopft" ist nicht nur eine tiefgründige, sondern auch literarisch anspruchsvolle Lektüre. Kaum zu glauben, dass der erst 1982 geborene Christopher Kloeble bereits in so jungen Jahren über ein so vielschichtiges Repertoire an Lebenserfahrung und Einfühlungsvermögen verfügt. *A. Ney*

***Christopher Kloeble: „Wenn es klopft"**, dtv premium, München 2009, kartoniert, 197 Seiten, 14,90 Euro*

Faszination Masuren – Kalender 2010





Spiralbindung, Kalenderformat (Breite x Höhe): 29,7 cm x 42 cm (DIN A3), hochwertiger Vierfarb-Offsetdruck mit Drucklackierung, Kalendarium und Bildunterschriften, 3-sprachig (Deutsch/Englisch/Polnisch)

Best.-Nr.: 6827

Wunderschöne Aufnahmen aus dem Masurischen Landschaftspark

14 Blätter mit 13 großformatigen Fotografien auf edlem 170 g Kunstdruckpapier,

€ 14,80

Peter Walter (Hrsg.)
Deutschland in frühen Farbfotografien



Erstaunlich sind die ca. 380 Farbfotos aus der Zeit um 1913 bis 1930, einer Zeit, die wir heute meist nur aus dunkeln, unscharfen schwarz-weißen Aufnahmen kennen. Das auch diese Welt bunt war, zeigen diese Fotografien auf wunderbare Weise. Jedes Bundesland wird mit den schönsten Aufnahmen der Zeit dargestellt. Ein Ausflug in eine farbenprächtige Vergangenheit.

Geb., wattiert, ca. 380 farbigen Abbildungen, 244 Seiten
Best.-Nr.: 6851, € 14,95



- Spezifikation: Feinsilber 999, polierte Platte
- Durchmesser: 35 mm
- Gewicht: 15 Gramm reines Silber
- Verpackung: Repräsentatives Etui

Medaille ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt
Best.-Nr.: 6837

Subskriptions-Sonderpreis nur € 29,95

zzgl. Versandkosten € 2,50 (gilt nur für die Bestellung von Weihnachtstalern).
Nur über den Preußischen Mediendienst zu beziehen!





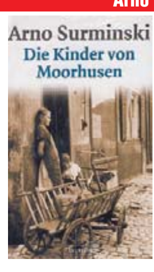
Donga- Sylvester/ Czernetzky/ Toma (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Geb., 367 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6862
statt € 26,90 nur noch € 14,95

Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

statt früher € 15,90 nur noch € 7,95
HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Ostpreußische Küche
Tradition, Geschichte und Gerichte
Geb., durchgehend farb. Abb., 128 Seiten, Format 19 x 24 cm
Best.-Nr.: 6233, € 7,95



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Peter Scholl-Latour
Angst des weißen Mannes
Ein Abgesang

Die Wahl eines amerikanischen Präsidenten mit afrikanischen Wurzeln und pazifischer Heimat ist Sinnbild eines tiefgreifenden Wandels, der weit über die USA hinausweist. Der fünfhundertjährige Siegeszug des »weißen Mannes« ist Geschichte. Die ehemals koloniale Welt ist im Aufbruch begriffen – demographisch, wirtschaftlich, politisch. Dabei wendet sie sich vom Westen ab, sucht neue Leitbilder, besinnt sich auf eigene Stärken und Traditionen. Die Maßstäbe der Welt werden zurecht gerückt, die Verlierer von einst sind die Gewinner von morgen.
Mit dem ihm eigenen Gespür für welthistorische Veränderungen schildert Peter Scholl-Latour seine jüngsten Eindrücke aus Südostasien und Lateinamerika, den beiden dynamischsten Regionen des neuen Zeitalters. Eindrucksvoll gelingt es ihm, die aktuellen Konflikte und Umbrüche dieser Länder vor dem Hintergrund ihrer kolonialen Vergangenheit zu beleuchten. Mit profundem Wissen spürt er dem verblassenden Erbe der holländischen, portugiesischen oder spanischen Kolonisten nach, das zunehmend überlagert wird vom erwachenden Selbstbewusstsein der einstigen Kolonialvölker und vom wachsenden Einfluss der neuen Weltmacht China. Wer verstehen will, wie sich die Welt heute verändert, der findet hier dank der sechzigjährigen Erfahrung Peter Scholl-Latours als Chronist des Weltgeschehens und seiner beispiellosen Kenntnis der Länder dieser Erde verlässliche Auskunft.

Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 6865

€ 24,90

Achtung!
Die Versandkostenpauschale* beträgt nur € 2.50, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Liefung versandkostenfrei
Ihr PMD

*nur gültig im November und Dezember und bei Versand innerhalb Deutschland

Arno Surminski



Eine gewisse Karriere
Erzählungen aus der Wirtschaft
Geb., 167 Seiten
Best.-Nr.: 6835
statt € 10,95 nur noch € 6,95

Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95

Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00

Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

Modernes Antiquariat – Mängelexemplare – Nur wenige Exemplare vorhanden



Jürgen Roth
Anklage unerwünscht!
Korruption und Willkür in der deutschen Justiz
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 6224

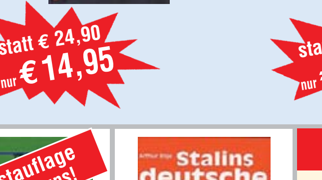
statt € 24,90 nur € 14,95





Jürgen Roth
Ermitteln verboten
Warum die Polizei den Kampf gegen die Kriminalität aufgegeben hat
Geb., 264 Seiten
Best.-Nr.: 4073

statt € 24,90 nur € 14,95



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95



CD
BernStein
Frohe Weihnachten für Ostpreußen
15 weihnachtliche Lieder und Gedichte, Laufzeit: 37:15 Min.
Best.-Nr.: 6690, € 14,95



Endlich lieferbar! € 9,95
Der redliche Ostpreuße 2010
120 Seiten, Kart., 128 Seiten
Best.-Nr.: 6841



Sonderpreis
statt € 6,40 nur € 2,95
Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 S., Best.-Nr.: 5209



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800
statt € 9,90 nur noch € 4,95



Restauflage nur bei uns!
Masuren-Fibel
Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787
statt € 16,95 nur € 9,95

Arthur Boje
Stalins deutsche Agenten
Ein Kriegsgefangener berichtet
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 3103
statt € 19,90 nur noch € 9,95



Modernes Antiquariat - Mängelexemplare – Nur wenige Exemplare vorhanden

Ulla Lachauer
Land der vielen Himmel
Memelländer Bilderbogen

Das alte Memelland, das Land der vielen Himmel, das von der Bernsteinküste mit ihren Dünen, den einsamen Gehöften der bäuerlichen Bevölkerung und den flachen Ebenen geprägt wurde, wahrte stets seine Eigenständigkeit. Die wie unter dem ewigen Seewind geduckten Holzhäuser, die ständig weiterziehenden Wanderdünen, die abgeschiedenen Gehöfte erwecken den Eindruck, als wären sie von den Zeitläuften unberührt geblieben. Der Bild-Text-Band »Land der vielen Himmel« enthält, das alles noch Sperrgebiet des sowjetischen Militärs war. Ulla Lachauer zählte zu den Ersten, die Zutritt zum alten und neuen Memelland erhielten. Ihre Texte und die schönen alten Fotografien von Walter Engelhardt gelten dem Land und seinen Menschen.

Geb., 158 Seiten, Bild-/ Textband
Best.-Nr.: 2018

statt € 24,90 nur € 14,95

Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45



Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.

Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847



€ 19,90

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

47/09

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig im November und Dezember und bei Versand innerhalb Deutschland. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

MELDUNGEN

Russland spart sich Zeitzonen

Moskau – Der russische Präsident Medwedew will zwecks Rationalisierung der Verwaltung und Beschleunigung von Datenübertragungen Russlands elf Zeitzonen auf vier verringern: Wenn die USA mit vier Zeitzonen auskommen, China nur mit einer, dann könne Russland das auch. Seit 1884 gibt es weltweit Zeitzonen, nur in Russland galten sie als Verstoß gegen dessen „heilige Natur“ und wurden erst von Lenins Bolschewiken 1918 eingeführt. *W. Oschlies*

Irans Einfluss stoppen

Kairo – Die Betreiber der von Ägypten beziehungsweise Saudi-Arabien aus operierenden Fernsehsatelliten „Nilesat“ und „Arabsat“ haben die Ausstrahlung des in arabischer Sprache sendenden iranischen Nachrichtenkanals „Al-Alam“ („Die Welt“) abgebrochen. Die Maßnahme erfolgte ohne Erklärungen. Es wird angenommen, dass die Machthaber Ägyptens und Saudi-Arabiens, deren Rückhalt in der eigenen Bevölkerung abnimmt, die Abschaltung anordneten, weil sie den wachsenden iranischen Einfluss fürchten. *RGK*

ZUR PERSON

Peinlicher Alleingang

Der Erfolg seiner Aktion war äußerst dürftig, ähnlich wie die Ergebnisse der darauf folgenden Welternährungskonferenz: **Jacques Diouf**, Generaldirektor der UN-Organisation Ernährung und Landwirtschaft (FAO), hatte vor Beginn der Konferenz zur weltweiten Solidarität mit den Hungernden dieser Welt aufgerufen. So viele Menschen wie möglich sollten sich in einen 24-stündigen Hungerstreik begeben, um so den Regierungschefs zu zeigen, wie wichtig ihnen die hungernden 1,04 Milliarden Menschen seien. Ziel war es, auf diese Weise Druck auf die Teilnehmer der Konferenz auszuüben und ihnen so Zugeständnisse abzuringen.

Doch aus der erhofften Massenveranstaltung wurde ein Alleingang. Von Freitag- auf Sonnabendabend fastete der 71-jährige Senegalese Diouf. Medienwirksam übernachtete er auf einer Luftmatratze vor dem FAO-Gebäude in Rom. Doch außer UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und dem Bürgermeister von Rom, Gianni Alemanno, schlossen sich laut Medienberichten keine weiteren Prominenten dem Hungerstreik an. Auch ist anzunehmen, dass Ban Ki Moon eher aus Solidarität mit seinem Kollegen streikte, konnte der diesen doch nach seinem öffentlichen Vorpreschen nicht ganz alleine lassen.



Der 1938 in Saint-Louis im Senegal geborene Diouf ist seit 1993 Chef der FAO. Bereits zweimal wurde er jeweils für eine Amtszeit von sechs Jahren wiedergewählt. Zwar wird kritisiert, dass der Agrarwissenschaftler, der in Frankreich studiert hat, inzwischen seine Amtsgeschäfte sehr intransparent führt, auch ist er für seine Alleingänge bekannt. Doch aufgrund seiner langjährigen Berufserfahrung in verschiedenen Positionen in Afrika hat er auf dem schwarzen Kontinent viele Kontakte. *Bel*



Kopenhagener Minimal-Nonsens

Zeichnung: Mohr

Beklemmend

Warum das Wort »Dialog« verboten werden muss, wie Westerwelle rein gar nichts bemerkte, und wann die Welt untergeht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Es gibt Wörter, die zum Schutze von Wahrheit und Klarheit verboten gehören. Womit fangen wir an? Vorschlag: „Dialog“. Nichts hat Barack Obama in China erreicht. Bloß ein paar weitschweifige Allgemeinplätze ließ sich Pekings Machthaber Hu Jintao entlocken und nötigte den US-Gast obendrein, an der kommunistischen Farce einer Pressekonferenz teilzunehmen (abgelesene Stellungnahmen, keine Fragen erlaubt). Doch obwohl Obama auf diese Weise erbärmlich vorgeführt wurde, versprach er ungerührt, diesen sinnfreien „Dialog“ auch noch fortführen zu wollen.

Genau deshalb muss dieses Wort jetzt endgültig verboten werden. Wäre es das in Peking schon gewesen, hätte Obama nämlich die Wahrheit sagen müssen: „Ich habe geschwafelt und geschwafelt und damit absolut nichts bewegt. Und weil ich Schwafeltasche davon ausgehe, dass das auch künftig keinen Deut besser wird, schwafel ich weiter, um meine Ratlosigkeit gegenüber China wortreich zu überdröhnen.“ Das hätte doch Eindruck gemacht, nicht wahr?

Allerdings dürfen wir hoffen, dass die Tarnvokabel dem Präsidenten nicht viel hilft. Die miserabel inszenierte Pressekonferenz war entlarvend genug. Die roten Herren von Peking haben offensichtlich eine panische Angst vor spontanen Formulierungen, sogar vor den eigenen!

Dabei ist es nur die Spontaneität, die einen retten kann, wenn es anders läuft als geplant und man schnell umschalten muss. Fragen Sie mal Guido Westerwelle! Der hat's gerade gründlich vergeigt. Wir haben ja schon vergessen, wie das eigentlich losging mit seinem Amoklauf gegen Erika Steinbach.

Das war nämlich so: Noch Anfang des Jahres spien prominente Polen Feuer und Schwefel in Richtung BdV-Präsidentin. Damals überzogen einige Grantler jedoch dermaßen, dass es selbst den eigenen Landsleuten unheimlich wurde. Warschauer Medien streuten die Befürchtung, dass die Deutschen eines Tages doch noch dazu übergehen könnten, die eine oder andere Frechheit tatsächlich übel zu nehmen – mit möglicherweise hässlichen Folgen für Polen.

Das nahm sich die Regierung von Donald Tusk zu Herzen und kam überein, Frau Steinbach fürs erste nicht mehr zu erwähnen. Von der Übereinkunft hat Westerwelle leider nichts mitbekommen, auch ist ihm, der sich für den idealen Außenminister hält, die plötzliche Veränderung im Verhalten unseres zweigrößten direkten Nachbarn völlig entgangen.

Dann kam die Pressekonferenz mit ihm und seinem polnischen Amtskollegen Radoslaw Sikorski. Der wich auf Steinbach angesprochen elegant aus, wohl in der irrigen Annahme, dass sein deutsches Pendant das Manöver bemerken und mitziehen würde. Der sichtlich aufgekratzte FDP-Chef aber bemerkte rein gar nichts und sagte mit geschwellter Staatsmännerbrust seine sorgsam vorformulierte Steinbach-Verdammung auf.

> Dieser Außenminister wird uns noch manch muntere Stunde bescheren

Es ist ja schwer zu umreißen, was „guten Stil“ oder „diplomatisches Fingerspitzengefühl“ genau ausmacht. Doch immerhin haben wir jetzt eine präzise Vorstellung davon, wie das genaue Gegenteil aussieht: Es ist Guido Westerwelle. Gewiss wird uns dieser Außenminister noch manch muntere Stunde bescheren und für allerhand Beschäftigung sorgen bei den deutschen Diplomaten rund um die Welt, die hinter ihrem tapsigen Dienstherren herräumen müssen.

Da können wir nur aufatmen, dass der Posten des Außenamtschefs heute weit weniger wichtig ist als vor einigen Jahrzehnten. Die Länder sind in unzähligen internationalen Organisationen miteinander verbunden, die ihre sagenhafte Bedeutung durch immer mehr Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschef in Szene setzen. Da sind Außenminister bestenfalls die Schleppenträger, wenn sie überhaupt mitkommen.

Ist Westerwelle beim „Welt-Klimagipfel“ im Dezember in Kopenhagen dabei? Keine Ahnung, ist auch egal. Angela Merkel will jedenfalls hinfahren, weil es um wirklich dramatische Dinge geht. „Überlebt unser Planet oder geht er bald unter?“, wagnert ihr Umweltminister Norbert Röttgen in die düsteren Schwaden der Klimakatastrophe hinein.

Alle haben erkannt, dass die Zeit drängt. In wenigen Jahren schon, so müssen wir Röttgen wohl deuten, kann etwas Schreckliches passieren. „Es ist fünf vor zwölf!“ schnauben uns die Apokalyptiker an. Weil sie das aber schon seit bald 40 Jahren tun, wollen einige besonders Originelle den Schrecken noch ein Stück hochdrehen und rufen: „Nein, nicht fünf vor zwölf – fünf NACH zwölf!“ Dabei scheinen die Leute nicht recht zu kapieren, was sie damit eigentlich sagen: Fünf nach zwölf? Na, dann ist die Sache ja offenbar durch, die „Katastrophe“ hat längst zugeschlagen und alles ist noch heil. Was regt ihr euch auf?

Aber das wollen sie uns natürlich gerade nicht mitteilen, sondern eher schon, dass uns die Tage davonlaufen, weshalb wir gar nicht genug Geld ausgeben können, um die Säckel von Ökostrom-Anbietern oder die Staatskasse damit zu füllen zugunsten des Klimaschutzes. Und dass man der gebotenen Eile wegen leider auch keine kritischen Fragen mehr beantworten kann, was mit dem Geld wirklich geschieht und ob das überhaupt etwas bringt.

Neben dem bevorstehenden Weltuntergang gibt es für die Hast noch einen weiteren möglichen Grund: Alle drohen uns mit der Erderwärmung, doch seit zehn Jahren erwärmt sie sich gar nicht mehr, die Erde. Die über den ganzen Planeten verteilten Wetterstationen melden stagnierende Temperaturen. Das, obwohl beim Kohlendioxid-Ausstoß in der vergangenen Dekade nichts Wesentliches passiert ist.

Man stelle sich nur vor, dieser unheilvolle Stillstand hält noch weitere zehn oder noch mehr Jahre an? Wann kreuzen die ersten strompreisgeschröpften Demonstranten beim Klimagipfel auf und fragen: „Noch mehr Geld für den Kampf gegen die globale ... was? Wovon redet ihr eigentlich?“ Eine beklemmende Perspektive.

Bislang geben wir uns ja mit der Begründung zufrieden, die Erwärmung mache nur mal Pause und komme bald wieder. Gut ausgeruht schlägt sie dann bestimmt noch viel härter zu. Doch irgendwann könnte uns die Pause etwas lang vorkommen und damit der Verdacht beschleichen, dass sie sich ganz aus dem Staube gemacht hat, die Katastrophe. Bis dahin müssen die Klimaschutzbeschlüsse alle unter Dach und Fach sein. Eine ganze Industrie von Klimaschutz-Profiteuren erwartet zu recht, dass wir ihr eine langfristige Überlebenschance bieten.

Andererseits soll es ja Leute geben, denen es derzeit viel zu frisch ist im kalten Germanien und die daher gegen ein bisschen Erwärmung gar nichts einzuwenden hätten. Viele von denen fliehen bei jeder Gelegenheit in den wärmeren Süden, andere ziehen sogar für immer dorthin und wieder andere machen sich ein Feuerchen, mancherorts bevorzugt unter parkenden Autos.

Die laufen dann aber immer schnell weg, weshalb es ihnen vermutlich nicht ums Aufwärmen geht. Was das für Typen sind, darüber wird gerätselt. Einfach Chaoten? Linke sollen es jedenfalls nicht sein, versichern die Linken. Eher schon, so heißt es, seien es die Gebeutelten der sozialen Kälte, die an den Rand Gedrängten, die so ihrer fremdverschuldeten Verzweiflung Luft machten. Was soviel heißt wie: Die gutsituierten Besitzer der Autos sind irgendwie selber schuld.

Jetzt hat die Polizei in Berlin endlich so einen mutmaßlichen Zündler erwischt, nachts mit einer Flasche Feuerzeugbenzin in der Hand. Es handelt sich laut Berliner Medien um den 23-jährigen Tobias P. Tobias' Vater sitzt für die Linkspartei in einer Bezirksverordnetenversammlung, die Mutter betreut als Sozialarbeiterin Suchtkranke. Tobias lebt in einem „Wohn- und Kulturprojekt“, sprich: einem von Linksextremisten besetzten Haus. Wenn das kein Sittengemälde der „sozialen Republik“ à la Linksaußen ist!

ZITATE

*„**Kapitalismus – Eine Liebesgeschichte**“ heißt der neue Streifen des US-Filmemachers **Michael Moore**, der die Marktwirtschaft am liebsten eliminieren möchte. Im „**Spiegel**“ (9. November), der Moore wegen seiner Einseitigkeit kritisch befragt, erklärt Moore, warum für ihn die Bankenkrise keineswegs überraschend gekommen und bewusst verschleiert worden sei:*

„Ja, ich habe schon im Mai 2008 angefangen, an meinem Film zu arbeiten, Monate vor dem Crash ... Am 15. September 2008 und an den Tagen, als erst Lehman Brothers darauf kollabierte und dann der Versicherungskonzern AIG, da redeten alle Fernseh-Anchormen (Moderatoren) und alle Zeitungskommentatoren von einem Schock. Ich dachte nur: ... So strohdoof könnt ihr gar nicht sein! Die Medienleute haben sich dumm gestellt, weil sie von den großen Konzernen ... finanziert werden.“

*Der New Yorker **Psychiater Michael Stone** beschäftigt sich mit **Serienmördern** und behandelt **Milliardäre**. Auf die Frage des „Focus“, wen er gern analysieren würde, antwortete er:*

„Barack Obama. Er ist halb schwarz, halb weiß, halb Amerika, halb Kenia, halb Israel-Fan, halb Nahost-Unterstützer. Jemand, der so zerrissen ist, muss eine Menge innerer Konflikte haben.“

*Der Islamwissenschaftler **Tilman Nagel** spricht dem **Islam** in der Wiener „**Presse**“ (15. November) jedwede **Toleranz** ab:*

„Toleranz hat im Islam keine Basis. Was immer heute als Toleranz angeführt wird, etwa, dass man die Andersgläubigen ... leben lässt, ist keine Toleranz. Denn diese ... sind in vielerlei Hinsicht gegenüber den Muslimen von minderem Recht.“

Das ominöse K-Wort

Keinem soll man es verübeln,
dass er sich den Kopf zerbricht,
denn sogar Experten grübeln,
ob's ein Krieg ist oder nicht.

Leicht kann nämlich es passieren,
dass man sich den Mund verbrennt,
wenn man ohne zu lavieren
Dinge schlicht beim Namen nennt.

Paragraphendeutler hoffen,
dass vielleicht die Taliban
selber Krieg es nennen offen
statt Dschihad wie im Koran.

Mancher denkt in dieser Frage
aber listig: Heißt's nicht Krieg,
gibt's auch keine Niederlage –
ahnt man ja, es wird kein Sieg.

Jetzt hat's doch wer ausgesprochen:
Frisch im Amt hat unverzagt
er ins Wespennest gestochen –
Jung davor hat's nicht gewagt.

Köhler mahnt beim üblen Spiele
nun sogar mehr Klarheit ein
über Ris'ken, über Ziele –
vorher hätt' es müssen sein!

Denn wie hat es angefangen,
ist das heut' noch jedem klar?
Plötzlich ist man dringehangen,
immer tiefer jedes Jahr.

Und dass Leute nicht begreifen,
wie extrem man sich verrannt,
wird der Tanz nach fremden Pfeifen
eben Bündnisfall genannt ...

Pannonicus